

Abonnements-Bedingungen:
Monatspreis 1,00 Mk.
Einzelnummer 5 Pf.

Vorwärts

Die Interaktions-Gebühr
betragt für die sechsgehaltene Kolonialzeit
oder deren Raum 50 Pf.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 15. August 1907.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Das Land der Kolonialkriege.

Die kürzliche Meldung über den Zustand im Adamaua-Gebiet in Kamerun hat die Aufmerksamkeit auf diese Kolonie und die dort bestehenden höchst kritischen Verhältnisse gelenkt.

Die schlimme es aber auch in den übrigen Gebieten Kameruns aussieht, beweist ein Artikel des Reichskommissars Paul Rohrbach, des theologischen Peters-Anwalts, der zurzeit Kamerun besucht.

Merkwürdig, wie wenig man in Deutschland von den kriegerischen Unternehmungen in Kamerun seit dem Ausbruch des Aufstandes (im Njogebiet) gehört hat!

- 1. Kongoa-Expedition im nordwestlichen Gebirgsland. Dezember 1903 bis Januar 1904. Gefallen ein weißer Feldwebel, verschiedene farbige Soldaten.
2. Gefechte gegen die Njoms in Süd-Kamerun. Anfang 1904.
3. Anjang-Expedition von März bis August 1904. Die Eingeborenen am Groß in S.-W.-Kamerun hatten einen Stationsleiter und eine Anzahl weißer Kaufleute erschlagen.

Diese Liste zeigt, wie unruhig es noch fortgesetzt in Kamerun ist, und nur die gleichzeitigen Aufstände in Südwest- und in Ostafrika können es verursacht haben, daß nicht doch etwas mehr von den Ereignissen in die deutsche Presse durchgedrungen ist.

pflegung, keine Tragbahnen für Verwundete und ähnlichen Kram mitzuschleppen und könnten so leichter und aber rascher an die Dörfer herankommen.

Wir können uns also nach der Ansicht des in diesem Falle zweifellos gut unterrichteten Herrn Rohrbach in Kamerun auf eine lange Reihe blutiger, opferreicher Kolonialkriege gefaßt machen.

Was herrliche Kulturpolitik, diese Kolonialpolitik nach dem Herzen der Handelsinteressenten und der Bankokratie, die mit der Vera Dernburg erst recht begonnen hat!

Das es damit aber auf sich haben würde, mögen folgende Tatsachen beweisen:

Die Kolonie Kamerun erstreckt sich vom 2.—13. Grad nördlicher Breite; sie liegt in unmittelbarer Nähe des Äquators, während der Kriegsschauplatz in Süd-West sich vom 21. bis zum 28. Grad südlicher Breite ausdehnte, also fast ausschließlich in der südlich gemäßigten Zone gelegen war.

Ueber die Gefährlichkeit des Tropenklimas für die Europäer herrscht bei uns eine weit verbreitete irrierte Annahme, welche die Tropenhitze bis zu einer selbst für die Eingeborenen unerträglichen Höhe ansteigen läßt.

In wie mörderischer Weise das Tropenklima gelegentlich unter europäischen Kolonialtruppen gewütet hat, beweisen die Berichte der verschiedenen Länder über ihre Kolonialkriege.

Die äquatorial-afrikanische Westküste (Französisch-Kongo), das unmittelbare Nachbargebiet von Kamerun, führt in Frankreich bezeichnenderweise den Beinamen „la cimetiére des blancs“ (der Friedhof der Weißen).

Der amtliche französische Sanitätsbericht über die Kolonialtruppen pro 1903 gibt die Sterblichkeitsziffer der Europäer auf 19,8 vom Tausend an; wohlverstanden in Friedenszeiten und trotzdem 139,7 vom Tausend der Gesamtstärke krankheits halber vorzeitig nach

Haufe gesandt wurden. Wesentlich ungünstiger war die Zahl der Sterblichkeit während der Tonkin-Expedition 1894—97, nämlich:

Table with 2 columns: 1894, 1897. Rows: 1000 Todesfälle im Jahre 1903 entfielen auf: Malariafieber, Darmkrankheiten, Erkrankung d. Herz, Lunge, Nieren usw., Unfälle und Verwundungen, Selbstmord, Gefallen vor dem Feind.

Die hohe Zahl der Selbstmorde spricht eine schredliche, deutliche Sprache über die in den Tropen auszuhaltenden Strapazen!

Nach weit grausamer wütete das Fieber während der Madagaskar-Expedition im Jahre 1895. Von den zur Verwendung gelangten 12 850 weißen Soldaten erlagen mehr als 4000 den Krankheiten, 6000 waren invalide und alle Ueberlebenden waren nach dem Bericht krank.

Als im Jahre 1905 der Aufstand in Deutsch-Ostafrika ausbrach, wurden ein heimisches Seejoldaten-detachement und Marinelandungskorps zur Niederschwerung desselben verwendet.

Man sieht aus alledem, was größere Kolonialkriege in einer Tropenkolonie wie Kamerun zu bedeuten haben! Wir erheben darum abermals die Forderung: Beschränkung der „kolonialistischen“ Tätigkeit auf die Küstendistrikte, damit dem deutschen Volke unabsehbare Opfer an Gut und Blut erspart bleiben!

Freisinn und Wahlrecht.

Die „Hilfe“ begnügt sich, auf die offiziöse Abgabe an die Wahlrechtsforderungen der Raumann-Gruppe zu antworten:

Wir meinen, die Erklärungen der linksliberalen haben es an Deutlichkeit nicht fehlen lassen, wie viel oder wie wenig sie geneigt sind, in dieser Frage auf den Bestand des Blocks Rücksicht zu nehmen.

Wirklich? Hat nicht gestern vielmehr die „Vossische Zeitung“ ein einflussreicheres Organ des „entschiedenen“ Freisinns als die „Hilfe“, die „national-sozialen Eiferer“ in aller Form von den Reichshöhen abgeschüttelt?

Und ein anderes Organ des „entschiedenen“ Freisinns, die „Vresl. Ztg.“ bemerkt heute:

„Das preußische Wahlrecht ist unhaltbar. Das soll nach den letzten Nachrichten selbst die Regierung eingesehen haben. Sie soll sich mit einer Umgestaltung beschäftigen.“

Das ist in der Tat „deutlich“. Nur nicht im Sinne Raumanns!

Die „Hilfe“ schreibt ferner: „Das Verhalten der Sozialdemokratie zur preussischen Wahlbewegung ist bis jetzt höchst ungeschicklich, denn es besteht bis heute nur in einer Verdächtigung aller derjenigen, die bereit sind, für eine Wahlreform einzutreten!“

Warnung vor der Einwanderung nach „Neu-Deutschland“!

Der bereits früher erwähnte „Informationsdreifache“ des „Verf. Tagebl.“, der „alte Afrikaner“ Hauptmann a. D. Gutler setzt seine Reiseberichte fort.

Er schildert zunächst die trostlosen Verhältnisse des „Hofens“ Swakopmund, der in Wirklichkeit nichts als eine „offene Aecde“ sei, offen freilich nur dann, wenn es die Brandung gestattet, die oft tagelang jede Landung unmöglich macht. Ohne Erwerbung der englischen Walfisch-Bai bestige ganz Nord-Ostafrika keinen einzigen Landungsplatz.

Ueber die Einwanderung nach der Dattelkistenkolonie schreibt Gutler:

„Die seit einem halben Jahre etwa eingeführte amtliche Kontrolle der ankommenden Passagiere und die erlassenen ersahrenden Bestimmungen haben sich sehr heilsam erwiesen, namentlich angesichts der, wie es scheint, voreist noch nicht abnehmenden Hochflut von Einwanderungslustigen, die oft mit gänzlich unzulänglichen Mitteln die Verladen zu Hause hinter sich abgehoben haben und nun glauben, in Südwestafrika mühelos das Gold auf der Straße aufheben zu können. Ich erhebe schon hier meine warnende Stimme und weis mich eins darin mit jedem soliden eingewiesenen Bewohner und Kenner der Kolonie. Das Tempo der Einwanderung nicht zu rasch und nicht ohne genügende Mittel! Ich werde diesen Mahnruf noch oft erheben.“

Als „genügende Mittel“ hat die Regierung wiederholt die Summe von 25 000 M. bezeichnet. Wer solche Mittel nicht hat, wird nicht nach „Neu-Deutschland“ herein gelassen!

Aber wenn Du gar nichts hast, Mensch, so lasse Dich begraben, Denn Neu-Deutschland Datteln sind Nur für die, die etwas haben!

Selbst heiratslustige Damen, die ja sonst in unseren Kolonien eine begehrte Ware sind, warnen Gutler vor der Auswanderung:

„Noch einen tounden Punkt möchte ich berühren: das ist die an sich ja sehr löbliche Absicht verschiedener Vereine und Gesellschaften zu Hause: junge Mädchen nach Südwestafrika zu schicken behufs späterer Verheiratung im Schutzgebiet. Solche unerfahrene Geschöpfe darf man aber dann doch niemals mehr in der III. Klasse reisen lassen und ohne erfahrenen älteren weiblichen Schutz einfach aufs Schiff legen. Man muß doch das Wort Leben und die für ein schuldloses weltunkundiges junges Mädchen damit verbundenen schweren sittlichen Gefahren kennen! Kommt so ein Geschöpf dann unten in Swakopmund als ganz etwas anderes an, als es in Hamburg an Bord gegangen, so trifft die Schuld nicht das arme Ding, sondern die, die es hinausgeschickt haben. Das Bezirksamt Swakopmund kann zu diesem Kapitel manche Beiträge liefern!“

Die Auswanderung nach Südwestafrika ist also außer für Kolonialagrarier nur noch für „Rusinen“ zu empfehlen! —

Verführtes Kopferbrechen.

Wie wir mitteilen, hatten die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ und Genosse Bernstein in der Breslauer „Volks-wacht“ bei ihren Erörterungen des Wahlrechtskampfes auch die Frage eines eventuellen Wahlbündnisses mit dem entschiedenen Freisinn angeknüpft. Dazu bemerkt die „Frank. Tages-post“:

„Dennoch halten wir die Erörterung gerade dieser Frage im gegenwärtigen Augenblick für unnötig, verwirrend und gefährlich. Sie war durchaus diskutabel bei den vorigen Landtagswahlen, auch noch bei den letzten preussischen Wahl-demonstrationen, selbst noch vor den Reichstagswahlen. Seit der Wlozpolitik sind derartige Diskussionen zum mindesten zwecklos.“

Alles, was über unser Verhältnis zu den bürgerlichen Vorkämpfern eines demokratischen Wahlrechts gesagt werden kann, hat Genosse Singer am Sonntag in Berlin angesprochen: Unterstützung jedes ehrlichen Eintretens von bürgerlicher Seite für das Reichstagswahlrecht in den Einzelstaaten.

Der Wlozfreisinn — und das ist der maßgebende — wittert Regierungslust und er ist entschlossen, mit dem kürzesten Wloz-irgen eine Reform zu machen. Die ganze Wlozpolitik hängt von dieser Gewaltprobe ab. Möglich, daß sie scheitert und die Trümmern die freisinnigen Hoffnungen nebst dem härtesten Wloz begraben. Wenn das geschehen, werden jene Anregungen, wie sie die obige Zeitschrift (der „Sächs. Arbeiter-Zig.“) enthält, sehr ernsthaft zu erörtern sein.

Einstweilen aber müssen wir damit rechnen, daß die Wloz-politik Erfolg hat. Sehen wir doch, wie selbst die um Raumann sich nur getrauen, mit dem kürzesten Wloz, nicht aber mit der Sozialdemokratie die Agitation für das demokratische Wahlrecht zu treiben. Ist dem so, so heißt es lähmende Illusionen hervorbringen, jetzt mit demartigen Gedanken uns zu beschäftigen. Wir müssen den Dingen ins Gesicht sehen, wir müssen uns darauf einrichten, daß wir nur auf unsere eigene Kraft angewiesen sind.“

Wir selbst haben uns bereits gestern im gleichen Sinne geäußert.

Reichskanzler und Agrarier.

Trotzdem Fürst Bülow sich als Inschrift auf seinem Grabstein die Worte gewünscht hat: „Dieser ist ein agrarischer Reichskanzler gewesen!“, beobachtet ihn die Agrarconservativen mit argwöhnischen Blicken, besonders seit sie wissen, daß so etwas wie eine Wenderung des preussischen Dreiklassenwahlrechts geplant ist. Und sie beargwöhnen ihn nicht nur, sie leisten sich auch hin und wieder das Vergnügen, ihn ihren Argwohn fühlen zu lassen und ihm zu verstreuen zu geben, daß sie seinen Konferenzen, Entschlüsse und Ausherrungen keine „bestimmende Bedeutung“ beimessen — natürlich nicht offen, sondern, wie es sich für Staatsmänner und agrarisch-bureaucratische Intriganten ziemt, halb oder dreiviertel verdeckt, das heißt eingehüllt in nebensächliches, wohlmeinendes Räsonnement. Stoff und Gelegenheit zu solchen kleinen Ausfällen bietet sich fast täglich. So bemüht z. B. die „Deutsche Tageszeitung“ die Konferenz Bülow mit Herrn Hoffmann am Strande von Nordberney dazu, dem Reichskanzler in folgender Weise ihre Hochschätzung seiner Entschlüsse zu bezeugen:

„Ob die Frage der Wenderung des preussischen Wahlrechts im Mittelpunkt gestanden hat, kann ja bezweifelt werden, da Herr Hoffmann nicht Preuss, sonach nicht persönlich beteiligt ist. Aber es ist nicht nur möglich, sondern auch wahrscheinlich, daß diese Frage, die man unbegründeterweise hier und da für brennend hält, mit den Gegenstand der Unterhaltung gebildet hat. Wir halten es aber für ein zweckloses Unterfangen, sich den Kopf darüber zu zerbrechen, was dort besprochen worden ist. Wir schätzen überhaupt die Besuche der führenden Parlamentarier bei dem Reichskanzler nicht zu hoch in ihrer politischen Bedeutung ein. Fürst Bülow pflegt nicht nur während der parlamentarischen Arbeiten, sondern auch während seiner Ruhezeit Herren aus fast allen der Regierung nahestehenden Parteien zu empfangen, um mit ihnen allgemeine und be-

verschiedene Mächte sollen beantragen, eine Zusammenkunft des diplomatischen Korps anzuberaumen, um die französische Legation zu befragen, welche Maßregeln zur Sicherheit der Europäer gegen alle Eventualitäten getroffen werden sollen.

Paris, 14. August. „Matin“ berichtet aus Tanger: Die Nachricht von der Beschließung Casablancas wurde in Fez am Freitag bekannt. Die städtischen Notabeln traten hierauf unter dem Vorsitz des Großveziers zu einer Beratung zusammen. Nach dieser Beratung hatte der marokkanische Minister des Auswärtigen eine längere Unterredung mit dem französischen Konsul, welcher dem Minister versicherte, daß die Beschließung Casablancas ausschließlich im Interesse des Sultans erfolgt sei. Die französische Regierung beabsichtige nicht, die ihr durch die Akte von Algeciras gezogenen Grenzen zu überschreiten. Die Aufregung der Bevölkerung von Fez ist groß.

Casablanca, 14. August. Ueber die Massaker werden noch täglich neue Einzelheiten bekannt. So erzählt man nachträglich, daß acht Kinder einer Jüdin vor den Augen der Mutter erschlagen wurden. Ein spanischer Väter wurde in seinem Badofen tot aufgefunden. Eine Jüdin mußte mitschauen, wie ihre beiden Söhne wurden.

Antistreichgesetz-Gelüste in der Schweiz.

Zürich, 12. August. (Eig. Ber.)

In den letzten Jahren haben die Unternehmner und ihre Organisationen wiederholt und an verschiedenen Orten versucht, die gesetzgebenden Behörden zu gesetzlichen Maßnahmen gegen streikende Arbeiter und gegen die Streikbewegungen überhaupt zu veranlassen. Manche Behörden, wie z. B. die Regierung und der Große Rat des Kantons Bern, wo ein Antistreichgesetz bereits die erste Lesung passiert hat, erwiesen sich als willfährige Werkzeuge des Unternehmertums; andere, wie die Luzerner Regierung und der Gemeinderat der Stadt St. Gallen, lehnten es ab, in Ausnahmefolgegebungen zu machen, weil sie der Ueberzeugung sind, daß die bestehenden Gesetze genügend Handhabe bieten, um die Streikenden zu kräften und das Streikrecht illusorisch zu machen.

In seiner nächsten Sitzung am 19. August wird sich nun auch der Kantonsrat des Kantons Zürich mit Antistreichgesetz-Gelüsten zu befassen haben. Es handelt sich um die Behandlung der mit 16 776 gültigen Unterschriften bedekten Streikinitiative, die nach den großen Streikbewegungen in Zürich vom Sommer 1906 vom reaktionären Bürgerverband (der würdigen Schwesterorganisation des deutschen Reichsländerverbandes gegen die Sozialdemokratie) ins Leben gerufen worden ist. Diese Initiative verlangt die Aufnahme scharfer Bestimmungen für Vergehen gegen den Staat und die öffentliche Ordnung sowie die persönliche Freiheit ins zürcherische Strafbuch. Namentlich haben es die Initianten abgesehen auf öffentliche Aufforderungen zum Ungehorsam gegen die Gesetze, auf den Vertragsbruch bei staatlichen und kommunalen Betrieben, das Eindringen in Geschäftsräume, Werkplätze u. dergl., den Zwang und die Drohung zur Einstellung der Arbeit und zu Vertragsbruch oder Beitritt zu Organisationen. Alle solche Handlungen sollen unter Strafe gestellt werden. Zur Illustration des Postulates, den Zwang auf Beitritt zu Organisationen unter Strafe zu stellen, sei hier nur nebenbei bemerkt, daß der schweizerische Verband der Arbeitgeber in der Schreinerindustrie in den letzten Tagen beschlossen hat, die Materialsperrung über Schreinermeister zu verhängen, welche dem Arbeitgeberverband nicht beitreten!

Der zürcherische Kantonsrat überwiegt im November des letzten Jahres die Initiative zur materiellen Prüfung und Antragstellung dem Regierungsrat. Dieser beantragt nun, dem Volke die Ablehnung der Initiative zu empfehlen. Um aber die Leute vom Bürgerverband und ihre reaktionären Trabanten nicht ganz zu verschrecken, möchte er doch das Hand bieten, daß in Zukunft den unliebsamen Streikgefehlen etwas schärfer auf die Finger geklopft werden kann. Der Regierungsrat unterbreitet nämlich dem Kantonsrat einen Gegenvorschlag. Allgemein die öffentliche Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze zu bestrafen, hält er für zu weitgehend; hingegen ist er damit einverstanden, daß die Aufforderung zur Vergehung einer durch das Strafbuch mit Strafe bedrohten Handlung und die Aufreizung zur Wiederverletzung gegen amtliche Verfügungen unter Strafe gestellt werden, und zwar nicht nur wenn sie öffentlich, sondern auch wenn sie privat und heimlich erfolgen. Das unbeschränkte Wohlgefallen des Regierungsrates hat hingegen die Forderung erwidert, wegen Störung des Hausfriedens nicht nur wie bisher das widerrechtliche Eindringen in die Wohnung eines anderen oder in die dazu gehörende eingefriedigte Umgebung als strafbar zu erklären, sondern auch das widerrechtliche Eindringen in Geschäftsräume oder Werkplätze eines anderen.

Prinzipiell ist der Regierungsrat auch damit einverstanden, daß gegen Arbeiter und Angestellte von Unternehmungen und Betrieben des Staates oder der Gemeinden, welche den Arbeitsvertrag vorsätzlich brechen und dadurch nicht nur eine Gefahr für Leib und Leben von Personen oder für öffentliches oder privates Eigentum herbeiführen, sondern Lebensinteressen jener Betriebe und weiterer Bevölkerungskreise gefährden und verletzen, ja, die Autorität des Staates oder der Gemeinden in Frage stellen, strafrechtlich eingeschritten werden kann. Inseiner Regierungskreise sind aber kluge Leute, und ihre Klugheit verbietet es ihnen, in einer Gesetzesbestimmung so klar und nach zum Ausdruck zu bringen, was von den Arbeitern der Gas-, Wasser-, Elektrizitäts- und anderer öffentlicher Werke, auf die es gemünzt ist, gewiß mit Recht als Eingriff in ihre staatsbürgerlichen Rechte empfunden werden müßte. Die Regierung will deshalb den von den Initianten verfolgten und von ihr gebilligten Zweck durch bloße Erweiterung der geltenden Strafvorschriften über Amts- und Dienstpflichtverletzung erreichen, und sie schlägt mithin vor, der Amts- oder Dienstpflichtverletzung auch die Angestellten und Arbeiter schuldig zu erklären, welche die Pflicht übernommen haben, öffentliche Betriebe von Staat und Gemeinden zu bedienen, wenn sie vorsätzlich und rechtswidrig ihrer Dienstpflicht zuwiderhandeln. Sicherlich läßt sich der Regierungsrat nicht in der Annahme, daß die Gemeindebehörden und Gerichte seine Absicht, den Arbeitern und Angestellten öffentlicher Betriebe das Streikrecht zu nehmen, wohl verstehen und danach handeln werden.

Die Initianten hätten es auch noch gerne gesehen, wenn eine besondere Vorschrift über die Bestrafung von Personen, die in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise in Versammlungen oder durch die Presse verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander aufreizen, aufgestellt worden wäre. Hier winkt der Regierungsrat entschieden ab; er befehlt die guten demokratischen Patrioten darüber, daß die zürcherische Staatsverfassung (wie übrigens auch die eidgenössische) die Gleichzeitigkeit der freien Meinungsäußerung in Wort und Schrift, sowie des Vereins- und Versammlungsrechtes enthält. Im übrigen, meint die Regierung, lasse sich gegenüber der Klassenverhebung auf dem Weg der Auffklärung des Volkes und durch geeignete Reformen mehr erreichen, als durch Strafvorschriften. Man darf auf den Zeitpunkt gespannt sein, in welchem der zürcherische Regierungsrat diese gesunde Erkenntnis in die Praxis umsetzen wird!

Da es sich um eine verfassungsmäßige Initiative handelt, so müssen die Vorschläge der Bürgerverbände der Volksabstimmung unterbreitet werden; am Kantonsrat ist es, zu entscheiden, ob die Gegenentschlüsse der Regierung in der vorliegenden oder in abgeänderter Form dem Volke gleichzeitig zur Annahme oder Verwerfung vorgelegt werden sollen.

Wie sehr es auch ohne besondere Gesetzesvorschriften möglich ist, Streikende zu inebeln und das Streikrecht tatsächlich illusorisch zu machen, das beweist wieder ein Gerichtsverurteil der letzten Tage. Das Polizeigericht in Orbe (Kanton Waadt) verurteilte 44 Arbeiter und Arbeiterinnen, die am Streik der Schokoladenarbeiter vom Mai teilgenommen hatten, wegen Streikvergehen (Welschpung, Drohung ufm.) teils zu Geldbußen, teils zu Gefängnisstrafe von 3 bis 25 Tagen.

Die alte Methode: wir werden berücksichtigt gemacht und vor der Bevölkerung als ganz nichtswürdige Volkstänzer hingestellt und dann, wenn es zum Klappen kommt, verlangt dieselbe Sozialdemokratie vom Freisinn, daß er im Zweifelsfalle für sie arbeitet. Das aber ist das Unmögliche. Es wird unmöglich sein, die Menge der liberalen Bürger zur gemeinsamen Arbeit mit der Sozialdemokratie zu bringen, so lange dieses Doppelspiel von der Sozialdemokratie gespielt wird. Nichts hindert heute den Fortschritt der Reformen in Preußen so sehr als die falsche Taktik der Sozialdemokratie, die uns immer wieder nötigt, uns nach links hin zu wehren, wo wir alle Kräfte brauchen, um gegen rechts etwas zu erreichen.“

Dies alte Lied ist denn doch zu abgeleiert. Unsere scharfe Kritik hat Herrn Raumann vorwärts getrieben, wie sie jeden wahrhaftigen Freisinnigen vorwärts treiben muß. Die Hintermänner der „Weser-Zig.“, der „Voss. Zig.“, der „Dresl. Zig.“ usw. werden wir aber auch durch häufiges Jureden nicht für eine wirkliche Wahlrechtsbewegung gewinnen! Und die Phrase, daß der Freisinn für die Sozialdemokratie arbeiten solle, hat ja Herr Raumann selbst mit den Worten abgetan:

„So natürlich und selbstverständlich es ist, daß die Sozialdemokratie, die heute im preussischen Landtage nicht vertreten ist, dort einen angemessenen und ihrer Kraft entsprechenden Platz zu gewinnen sucht, so klar ist es doch andererseits, daß es sich hier um gar nichts Sozialistisches handelt, sondern um etwas Liberales.“

Es scheint also fast, als ob die Unstimmigkeiten im freisinnigen Lager sich sogar bis auf die Redaktion der „Hilfe“ erstreckten! Herr Raumann sollte da doch etwas mehr nach dem Rechten sehen!

Schnod der Schreiner.

Die „Freis. Zig.“ gibt folgende Erklärung ab:

Die freisinnige Volkspartei denkt gar nicht daran, sich von der Sozialdemokratie ihre Taktik vorschreiben zu lassen. Wohl unabhängig und nach eigenem, besten Ermessen wird sie den Kampf um die Wahlreform führen, und sie wird sich in ihrem Vorgehen und in der Wahl ihrer Mittel weder durch Drohungen noch durch Versprechungen von rechts oder links abdrängen lassen. Insbesondere hat die Fraktion der freisinnigen Volkspartei bisher auch noch nicht durch ein einziges Wort erkennen lassen, daß sie die Agitation für die Wenderung des Wahlrechts aus dem gesetzlich und verfassungsmäßig vorgeschriebenen Boden auf die Straße verpflanzen will. Sie wird das ebensowenig jetzt tun, wie es während des sogenannten roten Januar im Jahre 1906 der Fall war. Wenn Zentrumsorgane der freisinnigen Volkspartei insinuierten, daß sie die Wahlrechtsaktion in der Gefolgschaft der Sozialdemokratie mitmache, so zeugt das entweder von sehr mangelhaftem Verständnis der politischen Situation oder von großem Uebelwollen.“

Wir haben bereits zweimal festgestellt, daß wir dem Freisinn gar nicht zumuten, auf die Straße zu gehen. Wir wissen ja, daß er solchen Divennüt nicht besigt. Warum also die erneute Versicherung:

„So wisst denn, daß ich Hans Schnod der Schreiner bin, kein böser Löw“ jümwahr, noch eines Löwen Weid.“

Aber denkt die „Freis. Zig.“ auch nicht daran, in eine Volksbewegung durch Massenversammlungen eingutreten?!

Um Antwort wird höchst gebeten!

Marokko.

Die französische Regierung läßt „entgegen gewissen Pressemeldungen“, erklären, „daß General Drude keine Verstärkungen erbeten habe und daß folglich die Regierung gar nicht in der Lage gewesen sei, ihm solche zu verweigern“.

Im starken Widerspruch dazu stehen Pariser Privatdepeschen, die da sagen, daß der Beschluß der französischen Regierung, vorläufig keine Verstärkungen nach Marokko zu schicken, in der dortigen europäischen Bevölkerung einen peinlichen Eindruck hervorgerufen haben. Die von Pariser Blättern nach Casablanca entsandten Berichterstatter melden übereinstimmend, daß General Drude Verstärkungen unabwieslich brauche. Der Berichterstatter des „Figaro“ sagt, man dürfe sich in Frankreich keiner Selbsttäuschung hingeben; die Affäre von Casablanca sei bereits die Affäre von Marokko geworden und sei ernst; es handle sich nicht mehr um eine bloße militärische Demonstration; die Marokkaner seien so entschlossen und verwegener wie am ersten Tage; ihre Reiter kämen den französischen bis auf 500 Meter nahe, als ob sie die französischen Soldaten verhöhnen wollten; die Vorposten würden nachts angegriffen. General Drude habe die Nachricht erhalten, daß das marokkanische Lager in Lebderit unaussprechlich nahe komme. Von anderer Seite wird berichtet, General Drude erwarte nur neue Weisungen und Verstärkungen, um vorwärts zu marschieren; er beabsichtige, die Stämme in Schauja anzugreifen, wo der Hauptherd der aufrührerischen Bewegung sei.

Ueber die neueren Angriffe der Kabylen auf die Franzosen zu Casablanca wird noch gemeldet:

Tanger, 14. August. Den letzten Nachrichten aus Casablanca zufolge bestätigt es sich, daß 5000 Marokkaner gestern die Stadt angegriffen haben. Es fanden insgesamt 10 Gefechte statt, bei denen die Mannschaft des Kreuzers „Gloire“ intervenieren mußte. Es heißt, General Drude habe die französische Regierung benachrichtigt, daß er weitere 3000 Mann benötige, um Herr der Situation zu werden.

Paris, 14. August. Das „Echo de Paris“ bestätigt den gestrigen Angriff auf Casablanca und berichtet, daß die Marokkaner den Schuß des Rebels zu benutzen versuchten, um die französischen Truppen zu überraschen. Da der Nebel aber bald sank, wurde die Stellung der Marokkaner offenbar, und die Granaten der „Gloire“ zertrümmten schnell die Angreifer. In der Umgebung von Casablanca stehen 6000 Marokkaner.

Die sonstigen Meldungen lauten:

Paris, 14. August. In hiesigen amtlichen Kreisen ist man insbesondere wegen der Lage in Mazagan beunruhigt. Es bestätigt sich, daß die dortigen Eingeborenen die Europäer nur deswegen nicht gefollet, damit sie ihnen im Falle eines französischen Angriffs als Geiseln dienen.

Oran, 13. August. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Der französische Torpedobootszerstörer Catapulte ist aus Casablanca hier eingetroffen. Er berichtet, daß die Stadt bei seiner gestern abend 9 Uhr erfolgten Abfahrt ruhig war, daß aber der Kreuzer Gloire die Umgebung bombardiert hatte. Der Bascha von Casablanca ist Befangener an Bord des Gloire. Die französischen Torpedobootszerstörer Catapulte, Vesler und Plombage gehen heute abend nach West ab. Der Torpedobootszerstörer Bellise bleibt zur Verfügung der französischen Gefandtschaft in Tanger, der Torpedobootszerstörer Dombarde zur Verfügung des Admirals Willibert in Casablanca.

Paris, 14. August. „Matin“ berichtet aus Tanger: Spanier und Juden fahren fort, die Stadt zu verlassen. Der Rat legt eine große Aufregung an den Tag. Auf den Bergen flammen zahlreiche Feuer auf, durch die sich die Marokkaner verständigen.

sondere Gedanken auszutauschen. Daß dabei weittragende Entschlüsse gefaßt werden könnten, ist ausgeschlossen. Trotzdem halten wir solche Unterredungen für ganz zweckmäßig, weil sie einerseits den Träger der Politik über die in den Parteien herrschende Stimmung unterrichten und weil sie andererseits geneigt sind, die unausbleiblichen Kämpfe zu mildern. Den Zweck solcher Unterredungen dient es aber gewiß nicht, wenn sie vorher der Welt verkündet oder nachher registriert werden. . . . Im übrigen sind solche Besuche und Unterredungen durchaus nicht eine besondere Eigentümlichkeit der Vera Walow; auch der erste Reichstagsler hat in Berlin, in Vargin und in Friedrichsruhe oft führende Politiker empfangen, um sich mit ihnen über einzelne Fragen zu verständigen oder die Gedanken im allgemeinen auszutauschen. Freilich hat er auch die Erfahrung gemacht müssen, daß eine solche Verständigung nicht immer gelingt. Wir erinnern nur an das Mißverständnis des Herrn v. Helldorf in der Frage, ob das Sozialistengesetz bei seiner letzten geplanten Erneuerung auch ohne Ausweitungsbefugnis annehmbar sei. Aber von der Möglichkeit eines solchen Mißverständnisses abgesehen, halten wir, wie gesagt, persönliche Unterredungen des Trägers der Politik mit führenden Parlamentariern und Politikern für zweckmäßig und nützlich, wenn wir ihnen auch nicht die hervorragende und bestimmende Bedeutung beimessen können, die ihnen hier und da beigemessen wird."

Die Boshheiten sind recht niedlich eingewickelt; aber in der Wilhelmstraße und auf Rorderney werden sie verstanden — und das genügt vorläufig den Agrardiplomaten. —

Noch ein „nationalsozialer Eiferer“.

Herr v. Gerlach, der ehemalige wild-freisinnige Abgeordnete für Marburg, schreibt in der „Hess. Landeszeitg.“: „Die deutsche Demokratie hat vor ihrem politischen Gewissen die Pflicht, durch keinerlei Extratouren mit der Regierung sich von dem energischen Kampf für den wahren Konstitutionalismus ablenken zu lassen. . . . Mit liberalisierenden Pflasterchen wie der Reform des Vörsengesetzes oder dergleichen sind die schweren Schäden unseres innerpolitischen Lebens nicht zu heilen. Es gilt, den Reichstag wieder zu einer wirklichen Volksvertretung zu machen, wie er von der Verfassung gedacht ist. Heute ist er ein Werkzeug der Regierung, dazu bestimmt, der Willkür des Bundesrates ein institutionelles Rindfleisch umzuhängen. Ist die Regierung nicht gewillt, diesem Spiel ein Ende zu machen, so erfüllt der Liberalismus seine nationale Aufgabe besser in der Opposition; anderenfalls hat die Sozialdemokratie recht, wenn sie sich allein als die Verfechterin der Volksrechte hinstellt.“

So urteilen wahrhaft Freisinnige. Ob ihre Stimmen nicht im Chorus der freisinnigen Geschäftspolitiker verhallen werden?

Der beleidigte Uebermensch.

Schon vor mehreren Wochen lasen wir in nationalliberalen Blättern, daß Herr Dr. Karl Peters durch seinen Rinkener Rechtsanwalt Dr. Rosenthal auch den „Vorwärts“ verklagt hätte, doch fehlte uns bisher eine Befestigung dieser Meldung. Jetzt haben wir jedoch die Befestigung in Form einer Abschrift des Klageantrages gegen unseren Kollegen Wermuth erhalten, und zwar fühlt Herr Peters sich in seinem sensiblen Uebermenschlichen Gemüt durch den in Nr. 152 des „Vorwärts“ enthaltenen, „Peters und Konforten“ überschriebenen Artikel beleidigt. —

Morenaga.

Morenga, der vermögende Wandersführer, macht auch jetzt noch unseren Selbstkannern zu schaffen. Ein amtlicher Bericht besagt: Im Hinblick auf die ernste zweifelhafte Haltung Morengas an der deutsch-südwestafrikanischen Südgrenze ist der deutsche Vorkämpfer in London bei der britischen Regierung vorstellig geworden. Daraufhin hat ihm die britische Regierung entgegenkommende Erklärungen gegeben; sie stellte in Aussicht, telegraphische Weisungen an die Kapregierung ergehen zu lassen, daß diese Morengas weitere Umriede verhindern, da der Ausbruch eines neuen Aufstandes durchaus vermieden werden müsse. Dem deutschen Vorkämpfer ist nunmehr von der britischen Regierung weiter mitgeteilt worden, der Gouverneur der Kapkolonie habe geantwortet, die Kapkolonie sei bereit, ihre Unterstützung zu leisten. Es seien Maßregeln angeordnet worden, um Morenga unverzüglich nach Ilpington zurückzubringen. Ihm werde ein Bohnstängel fern von der deutschen Grenze angewiesen werden. Falls er sich weigere, würde er aus der Kapkolonie deportiert werden. Unabhängig von diesen Verhandlungen meldet Unterstaatssekretär v. Lindquist, daß er sich mit der Regierung von Betschuanaland in Verbindung gesetzt habe. Morenga stehe mit 30—40 Mann nads der deutschen Grenze östlich Ntjebwa. Es seien zwei Boten von Simon Kopper (Volkas) bei Morenga eingetroffen. — Die Heimtransporte der Schutztruppe sind bis auf weiteres sistiert worden. Morenga hat sich ja als nicht zu unterschätzender Gegner erwiesen. Aber daß man seine Wege und der 30—40 Mann, die seinen Anhang bilden, den Heimtransport der Schutztruppe sistiert, finden wir denn doch sonderbar. Sollten denn wirklich die auch ohnehin in Südwest verbleibenden diversen Tausende von Mannschaften nicht in der Lage sein, es mit der Handvoll Leute des Morenga aufzunehmen? Wie viel Mannschaften wird man da erst gebrauchen, wenn es einmal zu einem Kriege gegen die Ovambo oder zu einem allgemeinen Aufstande in Kamerun kommt! —

Italien.

Richter unter öffentlicher Anklage.

Rom, im August. (Fig. Ver.)

Wie bei den sterilen Skandalen einer den andern nach sich zieht, so auch bei den italienischen Justizskandalen. Nach den Enthüllungen über die Mißbräuche am Gericht von Catanzaro und der Enquete über die Genueser Gerichte, die sehr belastende Resultate ergeben haben, hat jetzt der Abg. Genosse Giacomo Ferri in Modena eine neue Seite an dem Skandalbuch der italienischen Justiz aufgedeckt. Beim Beginn der Zivilgerichtsverhandlung erklärte Genosse Ferri in seiner Eigenschaft als Rechtsanwalt, den Richter Signocchi abzulehnen, weil dieser die Gerichtsakten wichtiger Prozesse den Verteidigern vorzulegen pflegt und wiederholt Gerichtskenntnisse am Tage vor dem Urteil den interessierten Parteien mitgeteilt hat. Genosse Ferri erklärte ferner, sich den Gerichten zum Beweise seiner Behauptung sofort zur Verfügung zu stellen, ohne Rücksicht auf den Schutz, den ihm sein Abgeordnetenmandat verleiht. Nach diesen Enthüllungen legten auch die Rechtsanwältler der Gegenpartei ihr Amt nieder und die Verhandlung wurde vertagt. Auf telegraphischen Bericht des Gerichtspräsidenten von Modena wurde darauf der Richter Signocchi vom Minister suspendiert und sofort ein Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet.

Holland.

Wahlrechtsdemonstrationen.

Amsterdam, 12. August.

Die am Sonntag abgehaltenen provinziellen Meetings für das allgemeine Wahlrecht haben bei herrlichem Sommerwetter durchschnittlich einen glänzenden Verlauf genommen. Das Amsterdamer Meeting war von ungefähr 4500 Arbeitern besucht und 60 Vereine mit 80 000 Mitgliedern waren durch Delegierte mit 50 Fahnen und Bannern vertreten, worunter die Abteilung

Amsterdam der Gemeindeführer, der sozialdemokratische Frauenklub usw. 4 Musikkorps begleiteten den nach Ablauf des Meetings durch den fünften Amsterdamer Distrikt stattfindenden Umzug. Größer denn je war die Teilnahme an Meeting und Umzug zu Eindhoven, wo 1000 Personen sich versammelten, zu Enschede waren 2500, zu Leeuwarden 2500, zu Riddelburg 1000, zu Meppel 1200 Personen anwesend. Zu Leeuwarden hatte der Bürgermeister den Umzug nicht gestattet, zu Meppel die Länge des Umzugs beschränkt. Groningen und Raasticht stehen noch aus.

Diese Demonstrationen waren würdige Vorläufer der Landesdemonstration, welche nicht im Haag, wie anfangs beabsichtigt, sondern am Sonntag den 15. September zu Rotterdam stattfinden wird, wo Meeting und Demonstrationsumzug durch die Stadt vom Bürgermeister unter der Bedingung zugestanden wurden, daß der Zustand im Rotterdam Hafen, d. h. die dortige Bewegung der Hafenarbeiter und Winger, keine Veranlassung zur Zurücknahme der Erlaubnis bietet. Die Demonstration findet nicht im Haag statt, weil der dortige Bürgermeister keine Soldaten zu dem Meeting zulassen will, eine Bedingung, die für das Niederländische Wahlrechtskomitee unannehmbar war.

England.

Die Lage in Belfast.

Während die kapitalistische Presse Deutschlands wahre Schauer- nachrichten über den „Mob“ von Belfast bringt, dessen Taten sie lieber an die der Kommunisten (I) erinnern, kommen Depeschen aus Belfast, die da zeigen, daß die verantwortlichen Behörden vernünftiger denken und anerkennend die Absicht haben, künftig noch etwas vernünftiger zu handeln, als sie es taten, da sie das Proletariat durch ihre Parteinarbeit gegen die Streikenden und die Verurteilung des Militärs provozieren. Diese Telegamme lauten:

Belfast, 13. August. Eine Deputation der führenden Bewohner des Falls Road Distrikts, wo die letzten Unruhen stattfanden, sprach heute bei dem Bürgermeister vor und bat ihn um Zurückziehung der Truppen. Es verlautet, daß die Truppen und die Polizei aus dem Distrikt zurückgezogen werden, und daß Geisteskräfte und Magistrat es unternehmen, die Bevölkerung in Ordnung zu halten, daß aber die Soldaten sich bereit halten, nach dem Bezirk zu marschieren, wenn ihre Dienste nötig sein sollten. — Sir Anthony Mac Donnell, der händliche Untersekretär für Irland, ist hierher zurückgekehrt und hat am Nachmittag mit den Lokalbehörden und mit den Arbeiterführern Besprechungen gehabt.

Belfast, 13. August. Militär und Polizei sind aus dem Stadtbezirk, in dem sich die Unruhen ereigneten, zurückgezogen worden. Am Abend sind Parlamentsmitglieder und Geistliche durch den Bezirk gegangen und haben den Leuten zugeredet, Ruhe zu halten. Bis 8 Uhr abends sind keine Ruhestörungen vorgekommen, obwohl man in den Seitenstraßen Menschenhaufen Steine andrehen sah.

Belfast, 13. August. Die Streikführer ermahnten in einer besonders eberufenen Versammlung die Auszubildenden, Ausschreitungen zu vermeiden. Daraufhin ging die Menge ruhig auseinander.

Neue Dreadnoughts.

London, 14. August. Nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ soll in nächster Zeit mit dem Bau von drei weiteren Schiffen des Dreadnought-Typs begonnen werden. Die Schiffe sollen noch größer und bedeutend härter werden als die Dreadnought selbst.

Aus der Partei.

Nachrichtsbureau.

Partei Vorstand und Kontrollkommission werden dem Parteivorstand in Essen folgenden Antrag unterbreiten:

Organisation der Nachrichten-Vermittlung für die sozialdemokratische Partei.

§ 1.

Die Partei errichtet ein Nachrichtsbureau, das seinen Sitz in Berlin hat.

§ 2.

Aufgabe des Bureaus ist:

1. Herausgabe der „Partei-Correspondenz“;
2. Erlangung wichtiger Nachrichten und Mitteilungen politischer, sozialer und wirtschaftlicher Natur zur Uebermittlung an die Parteipresse;
3. Sammlung geographischer und statistischer Materials, das für die Parteipresse von Wichtigkeit ist.

§ 3.

Zweck Erlangung bezüglicher Nachrichten und Mitteilungen aus Deutschland und anderen Ländern ist ein Berichterstatterdienst einzurichten. Ausgeschlossen von der Tätigkeit des Bureaus ist die Abfassung von Kritiken und Artikeln, die geeignet sind, die Selbständigkeit und Selbsttätigkeit der Redaktionen zu beeinflussen.

§ 4.

Der Nachrichtendienst ist derart zu organisieren, daß die Parteipresse in der raschesten Weise unterrichtet wird. Insofern hierfür Telephon- und Telegraphengebühren erwachsen, haben die betreffenden Parteiblätter diese Gebühren zu erstatten.

§ 5.

Die Unterhaltungskosten für den Nachrichten- und Mitteilungsdienst sind — mit Ausnahme der Kosten für die „Partei-Correspondenz“ — dergestalt aufzubringen, daß die beteiligte Parteipresse nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit einen entsprechenden Teil zu leisten hat.

§ 6.

Die Einrichtungen für das Bureau, die Anstellung der Redakteure, der Berichterstatter und des Hilfspersonals ist Sache des Parteivorstandes, dem zu diesem Zweck als Beirat fünf Redakteure der Parteipresse zur Seite stehen, die in allen das Nachrichtenbureau betreffenden Angelegenheiten beratende und beschließende Stimme haben. Ein Mitglied des Beirats kann nicht Angestellter bei dem Bureau sein.

§ 7.

So oft Angelegenheiten des Bureaus zur Beratung kommen sollen, hat der Parteivorstand die Mitglieder des Beirats rechtzeitig mit Angabe der Tagesordnung zu dieser Sitzung einzuladen. In der Regel sollen diese Sitzungen alle drei Monate stattfinden.

§ 8.

Die in dem Bureau angestellten Redakteure haben das Recht, zu jeder Sitzung einen ihrer Kollegen als Vertreter mit beratender Stimme zu senden. Der Parteivorstand hat zu diesem Zweck die Redakteure rechtzeitig von einer stattfindenden Sitzung zu benachrichtigen.

§ 9.

Die Mitglieder des Beirats werden alljährlich durch die Parteileitung gewählt.

Die Kreisversammlung des 3. braunschweigischen Reichstagswahlkreises hat die Nominierung des Genossen Calwer zum Reichstagskandidaten abgelehnt. In der Presse taucht die Behauptung auf,

die Beschlußfassung der Konferenz beruhe auf der Einwirkung des Parteivorstandes. Diese Behauptung ist aus der Luft gegriffen. Von der Absicht der Genossen des 3. braunschweigischen Reichstagswahlkreises, den Genossen Calwer nicht wieder als Reichstagskandidat zu nominieren, sowie der Ausföhrung dieser Absicht hat der Parteivorstand erst Kenntnis durch die Veröffentlichung des Verichts über die Verhandlungen der Kreisversammlung erhalten.

Zum Stuttgarter Kongreß.

Soeben erschien:

L'Internationale Ouvrière et Socialiste.

Rapports soumis au Congrès Socialiste International de Stuttgart (18—24 août 1907) par les organisations socialistes d'Europe, d'Australie et d'Amérique sur leur activité pendant les années 1904—1907. Edition française. Publiée par le Secrétariat du Bureau Socialiste International. Volume II. Augmenté d'une note complémentaire sur le mouvement ouvrier et d'une étude sur l'organisation internationale de la Jeunesse Socialiste.

Editeur: Bureau Socialiste International. Maison du Peuple, Bruxelles. 654 pages. 2,50 Fr.

(Die sozialistische Arbeiter-Internationale. Berichte der sozialistischen Organisationen Europas, Australiens und Amerikas über ihre Tätigkeit in den Jahren 1904—1907 an den Internationalen Sozialistischen Kongreß zu Stuttgart (18.—24. August 1907). Französische Ausgabe. Veröffentlicht vom Sekretariat des Internationalen Sozialistischen Bureaus. Band II. Vermehrt durch einen Anhang über die Arbeiterbewegung und eine Studie über die internationale Organisation der sozialistischen Jugend. Verlag: Internationales Sozialistisches Bureau, Volkshaus, Brüssel 1907. 684 S. 2,50 Fr.)

Der Band enthält den Bericht der sozialistischen Partei Italiens, den Bericht über die Gewerkschaftsbewegung in Italien, die Berichte der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Schweden, der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich, der Sozialdemokratischen Partei der österreichischen Ukraine, der polnischen Sozialdemokratie in Oesterreich, die der polnischen und gewerkschaftlichen sozialistischen Organisationen Rumaniens, der Sozialdemokratischen Partei Finnlands, der Revolutionär-Sozialistischen Partei Rußlands und der Sozialdemokratischen russischen Arbeiterorganisation in Rußland. Der Anhang teilt mit, daß bis zum 1. August nicht eingegangen waren beim Sekretariat des Internationalen Sozialistischen Bureaus die Berichte der Sozialdemokratischen Partei Polens und Litauens, des baltischen Bundes und der Lettischen Sozialdemokratie. Er gibt ferner einige kurze Ergänzungen zu den Berichten und einen Ueberblick über den Stand der sozialistischen und Arbeiterbewegung in jenen Ländern, in denen gesellige sozialistische Parteien noch nicht bestehen. Die am Schluß befindliche Studie über die internationale Organisation der sozialistischen Jugend hat den belgischen Genossen de Ran zum Verfasser und enthält Berichte aus Belgien, Bulgarien, Norwegen, Schweden, England, Ungarn, Schweiz, Spanien, Dänemark, Italien, Frankreich.

Serner erschien:

Anträge und Beschlusentwürfe nebst Begründungen an den Internationalen Sozialistischen Kongreß zu Stuttgart (18.—24. August). Dreisprachige Ausgabe des Internationalen Sozialistischen Bureaus. Französisch, Deutsch und Englisch. XXXII und 608 Seiten. Das Inhaltsverzeichnis weist nach: Bericht des Sekretariates des I. S. B., Bericht über die Sitzung des Bureaus (9. Juni 1907). Die Beschlusfassungen des Bureaus. — Verlaufs der Reglemente: Regelung der Kongresse und des Bureaus. Anträge. Statuten der Interparlamentarischen Kommission. — Der Militarismus. Resolution der deutschen sog. Partei. Resolution der S. V. de France (französische Sektion). Bericht nebst Antrag der belgischen Arbeiterpartei. Resolution der S. D. F. Großbritannien. — Die Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften: Antworten der angeschlossenen Parteien. Bericht und Resolution der belgischen Arbeiterpartei. — Die Kolonialfrage: Bericht Hollands. Bericht Großbritannien. Bericht Belgiens. Bericht Frankreichs. — Die Einwanderung und Auswanderung: Bericht und Resolutionen des „Socialist Party“ der Vereinigten Staaten. Bericht und Antrag der belgischen Arbeiterpartei. Bericht und Beschlusantrag der argentinischen sozialistischen Partei. — Arbeitergesetzgebung: Antrag der S. D. F. Großbritannien. — Frauenwahlrecht: Bericht und Antrag der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands. — Die internationale Hilfsfrage: Resolution des sozialistischen Vereins „Vorwärts“, Johannesburg. Beschlusformel der belgischen Arbeiterpartei. — Die sozialistischen Schulen: Resolution der sozialistischen Sonntagsschulen Großbritannien.

Polkliches, Gerichtliches usw.

Strasfanto der Presse.

Ein interessanter Beleidigungsprozess spielte vor dem Chemnitzer Schöffengericht. Es war gegen die Genossen Schubert und Wilde in Glauchau und den Verantwortlichen der „Volkstimme“ zu Chemnitz, den Genossen Müller, das Offizialverfahren wegen öffentlicher Beleidigung des Großindustriellen Böhm in Glauchau eingeleitet und B. war als Nebenkläger zugelassen worden. Zunächst sollte Schubert die öffentliche Beleidigung in einer Verurteilung begangen haben, in der er gelegentlich der Diskussion über einen vom Genossen Dr. Gradnauer gehaltenen Vortrag über das Thema: „Der deutsche Reichstag und die Sozialdemokratie“ von Böhm gesagt hatte, dieser habe sich seiner gesetzlichen Militärpflicht durch die Flucht nach Amerika entzogen. Wilde hat den Bericht an die „Volkstimme“ geschrieben und Müller hat ihn aufgenommen. Was Schubert in jener Verurteilung zur Kennzeichnung der „nationalen Ehre“, die Böhm während der letzten Reichstagswahlbewegung immer im Munde geführt, gesagt hatte, war seit einem halben Menschenalter ein offenes Geheimnis in Glauchau, was selbst der als Junge vernommene Polizeileutnant bestätigte. Böhm hat aber nie etwas dagegen unternommen. Als Schubert noch über diese Angelegenheit sprach, war ihm aus der Mitte der Versammlung schon der Name Böhm zugerufen worden. B. bestritt, daß er nach Amerika ausgewandert sei, um sich der Dienstpflicht zu entziehen. Es wurde festgestellt, daß er sich im 17. Lebensjahre nach dort begeben, sich aber nach seiner Rückkehr erst nach achtjährigem Aufenthalt der Militärbehörde gestellt hat! Trotz dieser Feststellung beantragte der Ankläger eine strenge Verurteilung. Das Gericht gelangte auch zur Verurteilung der Genossen; es soll jeder fünfzig Reichsmark bleihen.

Soziales.

Rohle Bezahlung.

Laut Ausschreiben in einigen nordostfälischen Amtsblättern sucht die sog. bayrische Stadt Weiskopf einen Polizeidiener. Als Besoldung erhält dieser jährlich 500 M. inkl. 80 M. Gehaltszuschuß, Montagsruhe und Dienstwohnung zu 80 M. Ferner werden (wie edel!) zwei Drittel der Beiträge zum Pensionsverein aus der Kommunalkasse gedeckt. Das Oberhaupt dieser für ihre Polizeidiener so „väterlich“ sorgenden Stadt ist der bekannte „liberale“ Landtagsabgeordnete Karl Schmidt, der bei der letzten Landtagswahl unter Anwendung aller Mittel mit einer Mehrheit von 600 Stimmen gegen unseren Kandidaten Zaumann gewählt wurde. Es ist derselbe Schmidt, der in einer Wählerversammlung bei der vorletzten Landtagswahl in Kirchenlamy sagte: „mit den 15 M. Tagesblättern als Abgeordneter seien seine großen Sprünge zu machen.“ Er form also pro Tag mit 15 M. nicht auskommen, während der Polizeidiener mit täglich 1,54 M. eine Familie ernähren soll. Geht es echt liberal!

Zurückzahlung von Beamtenversicherungsgebern auf Grund der Städteordnung vom Jahre 1898.

Ein interessanter Rechtsstreit wegen angeblich zu Unrecht bezahlten Krankentagegeldern entspann sich zwischen 21 Bureaubeamten der Stadt Cassel gegen die Städtische Betriebskrankenkasse zu Cassel. Die Kläger sind Angestellte des Magistrats und waren bis auf fünf schon vor dem Jahre 1898 in der jeweiligen Anstellung. Im November 1904 beschloß der Magistrat die jetzigen Kläger auf Lebenszeit anzustellen und wurde damit die Versicherungspflicht der Kläger gemäß dem Betriebskrankentagegeldgesetz aufgehoben. In dem jeweiligen Rechtsstreit behaupten die Kläger aber, daß sie auf Grund der im Jahre 1898 in Kraft getretenen Städteordnung von diesem Zeitpunkt an als lebenslanglich Angestellte zu betrachten seien. Die hierauf bezüglichen Bestimmungen gehen dahin, daß diejenigen Gemeindebeamten, die nicht lediglich zum vorübergehenden Dienst berufen sind, zu den lebenslanglich Angestellten gehören. Die Kläger verlangten deshalb die von 1898 bis 1904 gezahlten Krankentagegelder von der Kasse zurück und führten ihren Klageantrag besonders auf ungerechtfertigte Bereicherung nach § 812 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Die beklagte Städtische Betriebskrankenkasse legnete vor allen Dingen die nach einer Reichsgerichtsentscheidung bei einer Haftbarmachung des § 812 erforderliche Voraussetzung der unmittelbaren Verschöpfung der Vermögenslage der Kläger, da sie gemäß der Leistung der Kläger auch zur Gegenleistung in Krankheitsfällen verpflichtet gewesen sei.

Das Landgericht Cassel verneinte eine unrechtmäßige Bereicherung der beklagten Kasse, da diese während der ganzen Zeit das Versicherungsein gewährt habe, und somit eine gleichwertige Gegenleistung bestanden hätte. Infolgedessen wies es die Kläger mit ihrer Klage ab. Dahingegen kam auf die Berufung der Kläger das Oberlandesgericht Cassel zur Beurteilung der beklagten Betriebskrankenkasse zur Zahlung der seit 1898 unrechtmäßig eingezogenen Krankentagegelder. Das Oberlandesgericht führte aus, daß nach der Städteordnung die Kläger als lebenslanglich Angestellte vom Jahre 1898 zu gelten haben und von diesem Zeitpunkt an auch ihre Versicherungspflicht erloschen sei. Bis zu diesem Zeitpunkt hätten Kläger gekündigt bekommen können. Wenn dies aber nicht geschehen sei, so hätten sie dann auch in ihre vollen Rechte eingetreten werden müssen. Sie seien dann aber nicht mehr verpflichtet gewesen, Krankentagegelder zu zahlen und stünden ihnen deshalb die Ansprüche auf Rückforderung zu. Es bestehe allerdings kein unmittelbarer Zusammenhang zwischen ihren Zahlungen und der Kasse, jedoch werde derselbe durch den materiellen Zusammenhang begründet, indem ihre Gelder der Kasse zugeflossen seien. Ebenso sei auch durch die Geltendmachung der Kasse nicht der Tatbestand des § 812 des Bürgerlichen Gesetzbuches zu verneinen. Es läge hier keine direkte Leistung der Kasse gegen die jedesmal gezahlten Beiträge der Kläger vor.

Gegen dieses Urteil hatte die beklagte Betriebskrankenkasse mit vollem Erfolge Revision beim Reichsgericht eingelegt. Und zwar erkannte der VII. Zivilsenat des höchsten Gerichtshofes für Aufhebung des oberlandesgerichtlichen Urteils und Zurückweisung der Klägerschen Berufung gegen das landgerichtliche Urteil, wodurch das die Kläger abweisende Urteil des Landgerichts Cassel wieder hergestellt wurde. Der erkennende Senat führt hierzu aus, daß für die Kläger eine Verneinung der Klage noch gar nicht feststehe, da ihnen immer noch die Klage gegen den Magistrat auf Zahlung ihres vollen Gehaltes (also Rückzahlung der Abzüge) zustehe. Sodann liege aber auch eine unmittelbare Verschöpfung der Vermögensverhältnisse nicht vor. Infolgedessen ist die Anwendung des § 812 des Bürgerlichen Gesetzbuches nach einer früheren Reichsgerichtsentscheidung ausgeschlossen, da nach dieser Entscheidung eine direkte Verschöpfung der Vermögenslage gefordert wird.

Gewerkchaftliches.

Wie das Unternehmertum Arbeiter „ehrt“!

Anlässlich der letzten großen Metallarbeiterausperrung in München hat der dortige Metallindustriellen-Verband „Verdienstmedaillen“ gestiftet, die alljährlich an solche Arbeiter verliehen werden sollen, die 25 Jahre und länger es fertig brachten, bei einem und demselben Arbeitgeber zu fröhnen. Am Sonntagvormittag wurden im Münchener Rathaus ca. 100 Arbeitsveteranen mit der silbernen und goldenen Medaille dekoriert. Der Großbrauereibesitzer Gabriel Sedlmayer begrüßte die zahlreichen Prämierungen als ein gutes Zeichen für das schöne Einvernehmen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern.

Wie dieses „gute Einvernehmen“ aussieht, das mußten 5 Arbeiter der Gaderbrauerei, die 9 Proz. Dividende verteilt, erfahren. Die Arbeiter, die der Firma zu einer solch billigen Reklame verhelfen, mußten nämlich am Tage ihrer Auszeichnung früh morgens antreten und bis 8 Uhr früh stehen. Erst dann konnten sie schweißtriefend nach Hause eilen, um sich hier mit hungrigem Magen für ihre Verdienste für das profitgierige Unternehmertum mit der „Silbernen“ dekorieren zu lassen.

Erst der Profit und dann die — Dekoration, das sollten die „Altbewährten“ denn auch wissen.

Berlin und Umgegend.

Die Bewegung im Baugewerbe.

Die Sektion der Puher vom Zentralverband der Maurer hielt am Dienstagabend im großen Saal der Brauerei „Friedrichshain“ eine Mitgliederversammlung ab, in der Thöns über die gegenwärtige Situation Bericht erstattete. Er beleuchtete die Ausführungen der bürgerlichen Presse und erklärte, daß die Arbeiter gar nicht daran denken, einen neuen Vertrag ohne das Zugeständnis einer Verkürzung der Arbeitszeit abzuschließen. Wenn der Verband der Baugeschäfte offen zum Wortbruch aufgefordert habe, wo Verträge abgeschlossen worden sind, so werden die Organisationen um so eifriger darüber zu wachen haben, daß die erzwungenen Vorteile nicht wieder verloren gehen. Thöns besprach die letzte Bautenkontrolle und erklärte die Notwendigkeit einer Aenderung der Taktik. Dem Verhalten der Puher im Kampf sollte er volle Anerkennung. — In der Diskussion zeigten sich viele Redner unbefriedigt von dem bisherigen Ausgang der Dinge, einige gaben zu bedenken, daß man den Affordmureuren gegenüber mit mehr Klugheit vorgehen müsse und ihnen die Hand bieten sollte, denn viele seien darunter, die nur der Aufklärung bedürft hätten, um gewonnen zu werden. Großen Beifall erntete ein Redner, der erklärte, daß die Berliner Maurer nicht zurückweichen dürften, sondern ihr Ziel, die Verkürzung der Arbeitszeit, fest im Auge behalten müßten. Thöns betonte in seinem Schlusswort, daß man nicht veräußern habe, mit den Affordmureuren zu suchen, aber ohne bisher Erfolge erzielt zu haben. Der Kampf würde mit Energie fortgesetzt werden, wenn auch die Unternehmer schon über ihren Sieg jubeln. Die folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die Versammlung der Sektion der Puher nimmt Kenntnis von dem gegenwärtigen Stand der Bewegung im Baugewerbe und die Versammlung erklären, daß sie sich vollaus bemüht sind, in dem Kampfe ihre Schuldigkeit getan zu haben; sie sehen die Notwendigkeit ein, daß die bisherige Kampfweise von den Maurern und Bauarbeitern in andere Bahnen gelenkt wurde. Es wird beschlossen, daß es auch unseren Kollegen gestattet sei, auf den Bauten Arbeiten anzunehmen, wo die Forderungen der beteiligten Gruppen nicht bewilligt sind. Ferner wird beschlossen, daß unsere Kollegen, welche arbeitslos geworden sind, sich von morgen, den 14. August, ab täglich einmal in ihren Kontrollstellen

zu melden haben, und daß die Unterstützung vorläufig noch fortbesteht, bis eine demnächst einzuberufende Versammlung endgültig darüber entscheidet.“

Ueber die letzte Bautenkontrolle machte der Vorsitzende Schulz folgende spezielle Angaben für die Puher:

Am 7. August wurden kontrolliert 171 Bauten:

Bearbeitet wurde auf	141 Bauten
Die Arbeit ruhte auf	18 „
Zum Anfangen waren fertig	12 „
Insgesamt 171 Bauten	
Angetroffen wurden	786 Außenpuher
	925 Innenpuher
Kontrolliert wurden 1711 Puher	

Zur Streikkontrolle meldeten sich am 7. August 877 Puher, das ergibt zusammen 2688 Puher für Groß-Berlin. Am Sonnabend, den 10. August, meldeten sich 895 Puher, am Montag, den 12. August, dagegen nur 835 Puher in den 12 Kontrollstellen. Auf den angefangenen Bauten ist noch zu puhen auf: 27 Bauten 1 Woche, 26 Bauten 2 Wochen, 14 Bauten 3 Wochen, 18 Bauten 4 Wochen, 11 Bauten 5 Wochen, 8 Bauten 6 Wochen, 1 Bau 7 Wochen, 9 Bauten 8 Wochen. Innen zu puhen ist auf 23 Bauten 1 Woche, 26 Bauten 2 Wochen, 21 Bauten 3 Wochen, 16 Bauten 4 Wochen, 12 Bauten 5 Wochen, 6 Bauten 6 Wochen, 2 Bauten 7 Wochen.

Die Fliesenleger und Hilfsarbeiter

haben ihre zum 1. Oktober ablaufenden Tarifverträge gekündigt und sind sich die in Frage kommenden Organisationen „Vereinigung der Fliesenleger Deutschlands, Ortsverein Berlin, Abteilung 1 und 2“, „Zentralverband der Maurer Deutschlands, Sektion der Fliesenleger Berlin“, „Verband der christlichen Bauhandwerker“ und „Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter, Zweigverein Berlin“ dahin einig geworden, diesmal geschlossen in den Kampf zu ziehen und einem einheitlichen Tarife für das ganze Gewerbe Giltigkeit zu verschaffen. Die beteiligten Verbände haben eine Tarifberatungskommission eingesetzt, welche ihre Vorarbeiten eben beendet hat. Der den Unternehmern der Branche bereits zur Kenntnisnahme eingelangte Tarifentwurf sieht gegen den alten Vertrag namhafte Verbesserungen vor. Es wird in erster Linie die achtstündige Arbeitszeit bei einem Stundenlohn von 95 Pfennig gefordert. Die in die Branche eintretenden Gesellen haben eine Karenzzeit von drei Monaten (früher zwei Jahre) durchzumachen, doch darf während dieser Zeit die Entlohnung nicht niedriger sein, als der jeweilige Maurerlohn. Als Arbeitszeit gelten die Stunden von 7 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags und ist eine halbstündige Frühstück- und eine einstündige Mittagspause vorgesehen. Am Sonnabend soll eine Stunde und an den Arbeitstagen vor den Weihnacht-, Oster- und Pfingstfesten drei Stunden früher Arbeitslohn eintreten und muß die Lohnzahlung vor Beendigung der Arbeit erfolgt sein. — Unter dem alten Tarife hat sich ein erheblicher Mißstand bei der Bezahlung des Fahrgeldes herausgestellt und verlangt der neue Entwurf die Regelung dieser Frage derart, daß bei allen Bauten, die 1 Kilometer vom Spittelmarkt entfernt liegen, Fahrgeld gezahlt werden muß. Bei Arbeiten, die auf außerhalb der Ringbahn liegenden Baustellen ausgeführt werden müssen, soll auch die Laufzeit nach halben und ganzen Stunden bezahlt werden. Außerdem muß für Arbeiten auf Baustellen, die außerhalb des Vorortverkehrs liegen, pro Tag 3,50 M., bei Gewährung von Kost und Logis 1,50 M. Zuschlag gezahlt werden. — Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit sollen möglichst vermieden werden. Ist dies nicht möglich, so ist für die Zeit von 5—8 Uhr abends ein Zuschlag von 25 Proz., für Nacht- und Sonntagsarbeit ein solcher von 100 Proz. zu zahlen. Alford darf nicht gearbeitet werden. — Des weiteren sieht der Entwurf Bestimmungen vor über das vom Unternehmer zu liefernde Handwerkszeug und verlangt für die Arbeiter zur Unterbringung ihres Werkzeuges und ihrer Sachen auf jedem Bau einen verschließbaren Raum. In den Wintermonaten haben die Unternehmer dafür zu sorgen, daß in Räumen, wo Fliesenarbeiten ausgeführt werden, die Fenster verglast sind. Zur Beilegung von Streitigkeiten ist eine Schlichtungskommission vorgesehen, die von Arbeitgebern wie Arbeitnehmern von je 7 Mann besetzt wird. Als Vorsitzender soll ein Gewerbereichter fungieren. Die Giltigkeit des Vertrages soll vom 1. Oktober 1907 bis 1. Juli 1909 laufen, doch soll am 1. Juli 1908 eine Lohnerhöhung von 5 Pf. pro Stunde eintreten. — Für die Hilfsarbeiter wird ebenfalls die achtstündige Arbeitszeit bei einem Stundenlohn von 70 Pf. gefordert. Die Karenzzeit soll ebenfalls drei Monate, der während dieser Zeit zu zahlende Lohn nicht unter 60 Pf. betragen. Für Säurearbeiten ist ein Zuschlag von 25 Proz. zu gewähren. Im übrigen gelten für die Hilfsarbeiter dieselben Bestimmungen wie für die Fliesenleger. —

In der am Dienstag abgehaltenen von Mitgliedern aller in Frage kommenden Organisationen besuchten Versammlung wurde nach einem einleitenden Referat von Püttlich beschlossen, die Regelung des Fahrgeldes so zu verlangen, daß innerhalb des Stadtgebietes 20 Pf. pro Tag, im übrigen nach den Bestimmungen des Entwurfes das Fahrgeld gezahlt werden muß. Ebenfalls wurde beschlossen, in den Entwurf eine Postion aufzunehmen, wonach bei Arbeiten, die von Leiterschülern aus gemacht werden müssen, ein Zuschlag von 50 Proz. zu zahlen ist. — Püttlich teilte mit, daß sich die Firma Rosenfeld u. Co. als Vermittlerin bei den Tarifverhandlungen angeboten hat. Die Versammlung beschloß, mit allen Machtmitteln dem abgeänderten Entwurf Geltung verschaffen zu wollen.

Achtung, Kleber und Bauhandwerker! Der Unternehmer Schade, Kixdorf, Kaiser Friedrichstr. 52 — Bauten: Böhmischestr. 8, Schudomast. 48 und Donaustr. 17/18 — ist für Kleber wegen Nichtbezahlung der Tarifpreise gesperrt. Die dort arbeitenden Kleber verrichten Arbeitswilligendienste, und bitten wir die Bauhandwerker, dieselben auf ihre Pflichten aufmerksam zu machen. Freie Vereinigung der Tapezierer, Bureau und Arbeitsnachweis: Schützenstr. 18/19, Tel. I, 8000.

Achtung, Dachdecker Berlins! Wegen Nichtinhaltung des Tarifvertrages ist die Werkstelle von E. Ruschik, Kreuzbergstr. 10, von jedem organisierten Dachdecker zu meiden. Zentralverband der Dachdecker, Verwaltungsstelle Berlin.

Achtung, Friseurgehäfen! Wegen Differenzen gesperrt: Drescher, Grossenerstr. 14 und Franz, Hufschmidtstr. 18. Verband der Friseurgehäfen, Rosenthalerstr. 67. J. A.: Paul Liere.

Deutsches Reich.

In der Osnabrücker Gasuhrfabrik von Kranshröder sind, wie schon telegraphisch gemeldet, die Arbeiter am Dienstag, den 13. August, in Streik getreten. Die Arbeiter forderten in der Hauptsache eine fünfprozentige Lohnerhöhung, zehn Prozent Zulage für die Lohnarbeiter und vor allem Abschaffung von Mißständen, außerdem Einführung eines Arbeiterausschusses. Die Fabrikanten, welche in der national-liberalen Partei die erste Geige spielen, lehnten alles brüsk ab, insbesondere die Einführung des Arbeiterausschusses. — Es liegt die Möglichkeit vor, daß die Firma Verjuchen wird, bei anderen Firmen Streikarbeit herstellen zu lassen. Insbesondere wird sie es in Kopenhagen oder in ihren Filialen von Brüssel, Amstel (Holland) und Königberg versuchen. Der Zug nach Osnabrück ist unter allen Umständen fernzuhalten. Alle arbeitsfreudigen Mütter werden um Abdruck gebeten.

Tarifbewegung in der Münchener Gelbmetallindustrie.

Die in den Metallgießereien, Wälzereien und Schleifereien beschäftigten Arbeiter Münchens hatten mit ihren Unternehmern

einen Tarifvertrag abgeschlossen, in dem 9 1/2 stündige Arbeitszeit und Mindestlöhne vereinbart waren. Der Tarifvertrag ist am 12. August abgelaufen. Die Gehäfen riefen das Einigungsamt an, hier gaben die Unternehmer die Erklärung ab, daß sie dem Metallindustriellen-Verband angehören, der den Abschluß von Tarifverträgen nicht gestattet. Als diese Verhandlungen sich zerlegten, bemächtigte sich der Schachtmacherverband der Angelegenheit, der für Montagvormittag Verhandlung anberaumte. Die geforderte neunstündige Arbeitszeit sowie die verlangten Mindestlöhne wurden von den Schachtmachern rundweg abgelehnt, dagegen den Arbeitern 9 1/2 stündige Arbeitszeit (bisher 9 1/2 Stunden) sowie Lohnaufbesserungen von 3 bzw. 2 Pf. zugestanden. Eine stark besuchte Versammlung der beteiligten Arbeiter lehnte diese Zugeständnisse ab; in einer mit 240 gegen 24 Stimmen angenommenen Resolution wurde die Lohnkommission wegen ihres Entgegenkommens in bezug auf 9 1/2 stündige Arbeitszeit getadelt und die Lohnkommission beauftragt, nochmals mit dem Industriellenverband in Unterhandlung zu treten. Die Verhandlungen fanden am Dienstagvormittag im Kunstgewerbehaus unter dem Vorsitz des Oberschachtmachers Dr. Guggenheimer-Augsburg statt. Die Industriellen lehnten jedes weitere Entgegenkommen brüsk zurück, sobald die Verhandlungen scheiterten. Eine weitere Versammlung der in Betracht kommenden Arbeiter wird die weiteren Schritte beraten. Zugang von Gürtlern, Metallgießern und Schleifern nach München ist fernzuhalten.

Schuhmacherausperrung zu Dettweiler i. G. Nach vielen Mühen war es gelungen, in dem Städtischen Dettweiler i. G. die für Unternehmer meist in Heimarbeit beschäftigten Schuhmacher dem Verband zuzuführen. Als bald setzten aber auch die Gegenbewegungen der Unternehmer ein und sie forderten von den Arbeitern die Unterzeichnung eines Meveries, daß sie nicht mehr der Organisation angehören. Da dies nicht geschah, wurden mehrere Arbeiter gemahregelt. Aber auch dies schätzte die Arbeiter nicht ein. Jetzt haben nun die Fabrikanten Roth, Zimmermann, Vogel und Levy die organisierten Arbeiter ausgesperrt. Zugang ist fernzuhalten.

Ausland.

Der Telegraphistenstreik in Amerika.

Die Telegraphisten der Great Northwestern Company (Western Union) in Montreal und Toronto weigern sich, mit nichtorganisierten Telegraphisten in New York und Chicago zu arbeiten und haben deshalb die Arbeit eingestellt. Die Canadian Pacific Company ist von dem Ausstand nicht betroffen. Der Nadeldienst funktioniert noch.

Der nationale Vollzugsausschuß des Telegraphistenverbandes hielt in Chicago eine Versammlung ab. Nach derselben wurde bekannt gegeben, der Ausschuß werde dem Verbandsvorsitzenden bei seiner Ankunft in Chicago empfehlen, daß der Generalstreik sofort proklamiert werde.

Der Sekretär des Eisenbahntelegraphisten-Verbandes hat den Mitgliedern dieses Verbandes erklärt, sie müßten ihre Verträge mit den Eisenbahngesellschaften achten und ihre Pflicht erfüllen wie vor der Proklamation des Ausstandes.

Die Messenger Boys der Postal Telegraph Company sind ebenfalls in den Streik getreten. Auch in anderen großen Städten der Oststaaten sind die Messenger Boys ausständig geworden.

Von beiden Parteien im Telegraphistenausstand wird erklärt, daß ihre Lage sich gebessert habe. Die Gesellschaften behaupten, daß sie in vergangener Nacht genügend Ersatzkräfte erhalten hätten, um den gewöhnlichen Geschäftsbetrieb aller Bureaus in allen Teilen des Landes aufrecht erhalten zu können. Die Telegraphisten erklären, daß der Zuwachs an Ausständigen die noch Schwankenden anderer Bureaus veranlaßt habe, sich der Bewegung anzuschließen.

Ein Mitglied des New Yorker Staatsdepartements hat den Leitern der Western Union und der Postal Telegraph Company seine Vermittlung zur Beilegung des Streites angeboten, aber die Antwort erhalten, daß es nichts zu schlichten gäbe. Der Vorsitzende der New Yorker Telegraphisten-Vereinigung erklärte dem Betreffenden, die Telegraphisten seien bereit, sich einer ernst gemeinten schiedsgerichtlichen Entscheidung zu unterwerfen. Die Telegraphengesellschaften haben sich aber bis jetzt noch nicht hierzu bereit erklärt.

Die kaiserliche Oberpostdirektion zu Berlin gibt bekannt, daß infolge des im Bereiche der Nordamerikanischen Vandelegraphengesellschaften ausgebrochenen Streiks Telegramme nach allen Orten der Vereinigten Staaten von Amerika — außer New York (Stadt) und Boston — Verzögerungen unterworfen sind. Ihre Annahme bei den hiesigen Postanstalten erfolgt daher bis auf weiteres nur auf Gefahr des Absenders.

Eingegangene Druckschriften.

Protokoll über die Verhandlungen des 7. Verbandstages des Verbandes der Steinseher, Plasterer und Berufsge nossen Deutschlands, abgehalten in Leipzig vom 17. bis 23. Februar 1907. Verlag des Verbandsvorstandes, Berlin NW, 21, Wilschstr. 16.

Jahresbericht des Vorstandes des sozialdemokratischen Vereins für den achten und zehnten (Schleswig-Holsteinischen) Reichstagswahlkreis für den Zeitraum vom 1. Juli 1906 bis zum 30. Juni 1907. Verlag: C. Heimrich, Hamburg.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein schwerer Sünder.

Frankfurt a. M., 14. August. (W. S.) Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ aus Wilhelmshöhe erregte heute auf Wilhelmshöhe einiges Aufsehen, als zwei Posten mit aufgeschlagnem Seitengewehr einen Verhafteten begleiteten. Es war indessen nur ein Uebermütiger, der sich den Anordnungen der Postenliste nicht fügen wollte.

60 Häuser eingäschert.

Herbstein, 14. August. (W. L. W.) Im Hause eines hiesigen Bäckers brach in der letzten Nacht Feuer aus, das sich über einen großen Teil des Ortes ausbreitete. Es sind ungefähr 60 Häuser abgebrannt. Die Kirche, das Amtsgericht, die Bezirkspostasse, welche bedroht warer sind gerettet, dagegen ist die Schule und das katholische Pfarrhaus eingäschert. Die Entstehungsurache des Feuers ist unbekannt, da die Bewohner beim Ausbruch des Brandes mit Feldarbeiten beschäftigt waren. Das Feuer war heute gegen Abend eingedämmt und jede weitere Gefahr beseitigt. Es konnte nur wenig gerettet werden.

Folgenschwerer Zusammenstoß.

London, 14. August. (W. S.) Infolge eines Zusammenstoßes eines Automobils und einem mit Ausflüglern besetzten Wagen sind 10 Personen schwer verletzt worden.

Korruption.

Chicago, 14. August. (W. L. W.) Der Richter hat die Prüfung der Anklage gegen die Chicago- und Alton-Eisenbahn wegen Gewährung von Rabatten an die Standard Oil Company durch die Groß-Jury bis zum 8. September aufgeschoben und erklärt, der Grund der Aufschubung sei eine Mitteilung des Chefs des Justizdepartements Bonaparte, nach welcher festgestellt ist, daß der frühere Distriktsanwalt Beamten der Eisenbahn Straßlosigkeit für ihre Hilfe bei Erlangung von Beweismitteln gegen die Standard Oil Company zugesichert habe.

Der französische Parteitag.

Zweiter Verhandlungstag. Nancy, 12. August. (Fig. Ver.)

Rappoport kritisiert den Bericht der Fraktion, den er lächerlich findet. Er vernimmt auch in der Parlamentaristik der Abgeordneten an manchen Punkten den Geist der prinzipiellen Opposition.

Brade vernimmt im Bericht die Konstatierung, daß oft bei wichtigen Abstimmungen Meinungsverschiedenheiten zutage traten. Die parlamentarischen Schwierigkeiten sollten erklärt werden.

Thomas: Wir haben ein bedeutungsvolles Jahr hinter uns. Die Geschichte wird vielleicht von ihm die Forderung jenes 1871 erzielten Frankreichs der Revanche, den Beginn eines Frankreichs der Demokratie, die nur im Sozialismus eine wirkliche Vertretung hat, datieren.

Varennes verteidigt den von ihm erstatteten Fraktionsbericht. Gewisse Meinungsverschiedenheiten sind unvermeidlich, so zwischen den Abgeordneten des Nordens und des Südens, besonders auch in der Sozialpolitik.

Reuter (Winger aus dem Süden): Thomas hat recht. Die sozialistische Partei hätte die Führung der Bewegung an sich bringen können. Die Bauern des Südens sind dem Sozialismus zugänglicher, als man glaubt.

Jaurès: Die Fraktion hat im Augenblick der Krise getan, was sie konnte. Der Parteitag geht zum Punkt: Internationaler Kongreß über.

Militarismus und internationale Konflikte.

Brade, ein Mitarbeiter der Herbschen „Guerre Sociale“, spricht gegen die Annahme einer Resolution, wie die in Limoges, die eine große Mehrheit auf Kosten der Klarheit vereinigte. Vaillant und Guesde sind der Meinung, daß die Resolution von Limoges die ganze Partei binde, falls der Parteitag keine andere beschliesse.

Nachmittagsführung.

Der Parteitag schickt dem Genossen Goude, Arsenalbeamten in Brüssel, dem der Marineminister den Urlaub zum Besuch des Kongresses verweigert hat, seine Grüße zu.

Genossin Dr. Lepelletier spricht für die herbstliche Resolution der Parteitag. Michel (Dordogne) verteidigt die Tagesordnung der Föderation der Dordogne. Sie erklärt, daß der Militarismus eine notwendige Folge der Klassenherrschaft sei und nur mit dieser verschwinden werde.

Wenn man alle Anstrengungen der Arbeiterschaft auf diesen einen Punkt konzentrierte, verrichte man eine gesellschaftserhaltende Arbeit, indem man das Proletariat von seiner einzigen Aufgabe, der Eroberung der politischen Macht, ablenke. Andererseits seien die vom Antimilitarismus empfohlenen Mittel (von der Desertion und dem Militärstreik bis zur Insurrektion) nur geeignet, die sozialistische Propaganda zu erschweren.

Die Resolution schließt: Der einzige Kampf gegen den Militarismus und für den Frieden, der keine Utopie und keine Gefahr ist, ist die sozialistische Organisation des Weltproletariats zur Abschaffung des Kapitalismus, und bis dahin sind internationale Konflikte so weit als möglich durch die internationale Herabsetzung der Dienstzeit, die Verweigerung der Militärkredite und durch die allgemeine Volksbewaffnung an Stelle der stehenden Heere zu bekämpfen.

Lévy (Rhône) begründet die folgende Resolution seiner Föderation. Sie lautet:

„In Erwägung, daß in unseren demokratischen Staaten das Proletariat am meisten am Frieden interessiert ist; in Erwägung, daß der Friede nur international organisiert werden kann; in Erwägung endlich, daß die Armee eine Volkarmee sein muß, beschließt die sozialistische Partei, daß die allgemeine Volksbewaffnung an die Stelle der stehenden Heere gesetzt und der Frieden international organisiert werden muß durch die Herabsetzung der Militärdienstzeit und die Verweigerung des Militärbudgets und daß der Krieg mit allen Mitteln verhindert werden soll, unter der Bedingung, daß sie einen internationalen Charakter haben.“

Der Redner sagt in seiner Begründung: Die Resolution der Dordogne hat darin unrecht, daß sie den Krieg als Folge des Kapitalismus ansieht. Er hat aber auch vor diesem bestanden. Aber wir dürfen nicht Antipatrioten sein, im Gegenteil! Wir wollen die Nationen wie die kleineren Gemeinschaften innerhalb ihrer erst zu voller Entwicklung bringen. Forderung ist nicht Revolution. Die Doktrin Herbes ist ein Gegensatz zum Nationalismus. Hier ist vielleicht niemand so wenig Sozialist wie Herbe.

Guesde: Man weiß, daß die meisten Parteien des Auslandes in dieser Frage anders als wir denken. Freilich, man stellt sie heute als althergebrachte hin. Aber sie haben Sozialismus gemacht, während wir alle Weile etwas anderes treiben: einmal Antimilitarismus, dann wieder Antimilitarismus. Der Antimilitarismus hat zwei Seiten: eine innerpolitische und eine weltpolitische. Ueber die erste herrscht keine Meinungsverschiedenheit zwischen uns. Auch haben wir in Stuttgart nur die andere zu besprechen. Im vorigen Jahre haben wir eine Resolution beschloffen, die die Insurrektion im Kriegsfall fordert. Aber niemals ist eine Insurrektion weniger möglich. Wenn wir sie beschließen, bereiten wir nur eine neue Enttäuschung des Proletariats vor. Wir betreiben keine revolutionäre Propaganda, wenn wir unsere Genossen anleiten, vor den Augen der Ausländer davon zu laufen. Uebrigens stehen wir vor einer Tatsache: der Erklärung Debels über den Antimilitarismus. Ebenso wie die deutschen Sozialdemokraten Deutschland, so dürfen auch wir nicht Frankreich an einen fremden Eroberer verraten.

Vaillant verteidigt in einer temperamentvollen Rede die Resolution von Limoges. Diese Forderung nicht feste, unter allen Bedingungen geltende Verhaltensregeln vor, sondern gebe ein Maximalprogramm. Der Generalstreik habe seine Probe in England geliefert. Wenn wir diese revolutionäre Aktion des Proletariats ablehnen, werden wir eine bloße Wählerpartei.

Zafargue spricht über den bürgerlichen Charakter des Militarismus. Herbes Auffassung ist metaphysisch. Sie fast europäische Kriege ins Auge, die nicht kommen, aber nicht die immer häufigeren Kolonialkriege, denen zahllose Arbeiter zum Opfer fallen. Die sozialistische Partei darf nicht die von Herbes empfohlene — im Wesen bürgerliche — Ausweiserpolitik propagieren, sie muß aber das Proletariat dazu erziehen, daß es das Vaterland, dessen Verteidigung man von ihm verlangt, für sich erobert.

Varennes spricht gegen Herbes, der die Partei sehr geschädigt habe. Die Resolution der Dordogne ist durchaus sozialistisch gedacht, sie scheint mir aber zu fatalistisch. Ich stimme für die Resolution von Limoges. Wir wollen sie dem internationalen Kongreß vorlegen, trotzdem sie vielleicht zu weit geht, und sehen, auf welchem Standpunkt sich die deutschen Genossen stellen. Weiter als sie will ich auch nicht gehen. Wir Sozialisten müssen Patrioten im besten Sinne bleiben.

Herbe verteidigt sich hauptsächlich gegen den Vorwurf persönlicher Rache und tritt für die Resolution der Föderation ein. Diese fasse eine internationale, gleichzeitige Aktion ins Auge, eine Wiederholung im großen Stil dessen, was das 17. Regiment getan habe. (Rappoport: Sie haben aber das nationale Recht der Marokkaner verteidigt!) Wenn zwei Völker von gleicher Kultur wie Frankreich und Deutschland gegen einander gehetzt werden, müssen sie den gegenseitigen Mord verweigern. (Jaurès ruft: Also je kultivierter ein Volk ist, desto weniger hat es das Recht, sich zu verteidigen?) Die Resolution von Limoges gefällt mir nicht mehr als Guesde. Ihr erster Teil dient dazu, daß Jaurès den zweiten schänden kann. Wenn indes ihr Schicksal von mir und meinen Freunden abhängt, so werden wir für sie gegen die der Dordogne stimmen. (Ironischer Beifall der Delegierten des Nord und ihrer Freunde.)

Lougnet meint gegen Guesde, daß die Resolution von Limoges nicht das Land mit dem besser organisierten Proletariat seinem Gegner ausliefern, da sie einen Beschluß des internationalen Bureaus voraussetze. (Guesde ruft dazwischen: Ich bezweifle, daß das internationale Bureau die Verantwortung dafür übernehmen kann, daß Deutschland, das heute mehr sozialistische Soldaten hat, von Frankreich überrollt wird.)

De la Porte: Daß Herbe bei den Bauern Beifall findet, ibundert mich nicht. Was er predigt, ist das alte Schlagwort der Chouans, der antirevolutionären Bauern, die man aufreizte, auf ihrer Scholle zu bleiben und die republikanische Regierung lieber zu bekämpfen, statt sich von ihr an die Grenze schieben zu lassen.

Auf eine Frage Drechsels antwortet Herbe: Wenn die Deutschen die Insurrektion ablehnen, werde ich im Kriegsfall lieber meine Haut wahren, als sie für den kapitalistischen Staat zu Markte zu tragen.

Renaudel: Wir müssen Herbe trotz aller seiner Ueberreibungen dankbar dafür sein, daß die Frage auf den internationalen Kongreß kommt. Dies ist ein Verdienst seiner Agitation. Ich bin kein Patriot, gebe aber zu, daß es Situationen gibt, wo das Interesse des Proletariats mit dem der nationalen Bourgeoisie zusammenfällt. Der Redner polemisiert heftig gegen Guesde, dessen Resolution (die der Dordogne) ihm die Partei zur Unbegreiflichkeit zu verurteilen scheint. Die Ereignisse in Belgien zeigen den revolutionären Einfluß des Antimilitarismus, der wohl doch keine „Irrführung“ (deviation) ist.

Internationaler Metallarbeiter-Kongreß in Brüssel.

Brüssel, 12. August. (Fig. Ver.)

(Fortsetzung des 1. Verhandlungstages.)

Genosse Latapie, Frankreich als Berichterstatter über den Generalfreist.

Schildert die Tendenzen des französischen revolutionären Syndikalismus. Er bezeichnet seine Anhänger als Reformisten in dem Sinne, daß sie die Arbeiterschaft physisch und moralisch stärken wollen. Aber sie wollen mehr, denn die Erfahrung lehrt uns, daß uns auf der anderen Seite genommen wird, was man uns auf der einen gibt. Die Arbeiter erhalten dank der Organisation eine 20prozentige Lohnerhöhung, die die Unternehmer und Kaufleute durch Erhöhung der Lebensmittelpreise und Wiederverkauf wieder wettmachen. Durch den unerfülllichen Kapitalismus gezwungen, muß die Arbeiterschaft dem Unternehmertum die direkte Aktion entgegenstellen. Der Redner sucht den Begriff der „Sabotage“ richtig zu stellen, von dem seiner Meinung nach im allgemeinen eine falsche Vorstellung verbreitet ist. Die „Sabotage“ komme von dem friedlichen und konservativen Trade-Unionismus. „Sabotage“ will nichts anderes sagen als: auf schlechten Lohn schlechte Arbeit.

Latapie verteidigt sodann die direkte Aktion, die nicht auf eine Zertrümmerung der Feuerscheiben steuere, sondern nur den Einfluß des Arbeiters auf das Unternehmertum außerhalb der so unzulänglichen parlamentarischen Aktion zur Geltung bringen will. — Der Antimilitarismus der französischen Syndikalisten erklärt sich schon damit, daß bei allen Streiks, die sich gegen die Interessen der Unternehmer richten, Militär interveniert. Er kommt sodann auf den Einfluß des Antimilitarismus bei den Ereignissen in Südfrankreich zu sprechen, wo es das Interesse der Gewerkschaften war, die bewaffnete Macht zu neutralisieren. Wir glauben, sagt er weiter, an die Macht des Generalfreist, als an ein revolutionäres Mittel, die Gesellschaft umzuformen. Der Generalfreist muß kein gewalttames Mittel sein, er will nur die Arbeit zum Stillstand bringen und die Arbeiter in den Besitz der Produktionsmittel setzen.

Janzen (Holland) spricht von den Erfahrungen der holländischen Genossen, die gegen derartige Ideen — eines Umsturzes durch allgemeine Arbeitseinstellung — zu kämpfen hatten. In Holland seien heute die drei Kampfformen — politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Aktion — unzertrennlich. Es ist ein Irrtum zu glauben, daß der politische Kampf die proletarischen Kräfte absorbiert.

Duppler (Schweiz) empfiehlt den französischen Genossen, die den ausländischen das Studium ihrer Taktik empfehlen, daß auch sie den Rat für sich selbst befolgen, ehe sie unsere Bewegung kritisieren. Auch wäre es besser, wenn die französischen Syndikalisten sich mehr mit der Stärkung ihrer Organisationen beschäftigten. Der Redner weist überdies den französischen Syndikalisten vor, daß sie in Lausanne ein Blatt unterfüttern, das auf die Vernichtung der Gewerkschaftsorganisationen der Schweiz hinarbeite. Latapie ruft dazwischen, welches Blatt dies sei, worauf Duppler antwortet: „La voix du Peuple“.

Nach Duppler spricht Davis (England) ebenfalls gegen die von Latapie empfohlene „revolutionäre“ Taktik. Enorme der in England für die Arbeiterschaft errungenen Vorteile seien nicht allein der gewerkschaftlichen, sondern auch der auf der Arbeiterbewegung ruhenden parlamentarischen Aktion geschuldet. Was vermögen die Anhänger der revolutionären Taktik gegen praktischen Resultaten entgegenzusetzen. Solange die französischen Syndikalisten keine sichtbaren Beweise von der Vortrefflichkeit ihrer Taktik aufzuweisen haben, werden wir sie bekämpfen.

Wach (Belgien) bemerkt u. a., man möge derartige Methoden wie die „Sabotage“, die Forderung der Maschinen und Produkte der Bourgeoisie überlassen, die „Sabotage“ durch die aufs äußerste getriebene Konkurrenz in ihren Unternehmungen betreibt, ebenso wie an der menschlichen Maschine durch niedrige Löhne und lange Arbeitszeiten. Statt Mittel zu predigen, die keinen Erfolg bringen, solle man erst die Einigkeit in der Arbeiterschaft herzustellen trachten und sie mit gut fundierten Gewerkschaften für den Kampf ausstatten. Auch Coupat (französischer Verband der Mechaniker) verteidigt die parlamentarische Aktion und bekämpft den Generalfreist, wie ihn die französischen Syndikalisten angewendet wissen wollen. Die Vorbereitung der künftigen Gesellschaft geschieht am besten durch die organisatorische und erzieherische Tätigkeit innerhalb der Arbeiterklasse.

Cohen-Verlin regt an, einen Korrespondenten zu ernennen, der für die Entwicklung der gegenteiligen Ansicht ebenso wie Latapie eine halbe Stunde Redezeit erhält. Der Kongreß steht davon ab, nachdem ohnedies eine große Reihe von Rednern gegen die Auffassung Latapies gesprochen hat.

Um 6 Uhr werden die Verhandlungen geschlossen.

Zweiter Verhandlungstag.

Der heutige Vormittag brachte die Abstimmung über die Resolution Latapies, die anspricht, daß die Tendenz des revolutionären französischen Syndikalismus und seiner Kampfmittel (Vorkort, Sabotage, direkte Aktion, Antimilitarismus, Generalfreist) den Mitgliedern des internationalen Metallarbeiterbundes quasi zur

Begutachtung empfohlen und eventuell neben allen anderen Mitteln in Anwendung gebracht werden.

Latapie, der ursprünglich eine Abstimmung seiner Resolution bezweckte, hielt es jedoch nach der Diskussion, die seinen Ideen so wenig Zustimmung brachte, für angezeigt, seine Resolution nur in eine Anregung umzuwandeln, und sie nur dem Protokoll des Kongresses einverleiben zu lassen, ohne daß die Kongreßmitglieder in Form einer Abstimmung ihr Urteil über die von ihm vertretene Taktik abgeben. Der Kongreß bestand jedoch auf der Meinung, daß eine so ausführliche Diskussion über eine taktische Frage ein Abstimmungsergebnis zur Folge haben müsse. Entsprechend der Bereitschaft der Diskussion sichtbar gewordenen Stimmung entschied sich der Kongreß gegen die Aufnahme oder das „Studium“ der „revolutionären Taktik“ und ihrer Mittel. Für die Resolution stimmten bloß die drei französischen Vertreter der revolutionär-syndikalistischen Richtung und Genosse Guggler (Schweiz), letzterer mit der Motivierung, daß er sich gegen das „Studium“ dieser Mittel nicht lehnen wolle.

Es wird nur der Punkt:

Bericht des Sekretärs

aufgenommen, und Genosse Schlick ergreift das Wort zu seinem Bericht.

Wir ergänzen hiermit die gestern nur unvollständig wiedergegebene Zusammenfassung des Kongresses.

Bertraten ist Deutschland durch 10 Delegierte, England durch 10, Belgien durch 15, Desterreich durch 5, Ungarn durch 4, Dänemark durch 1, Schweden durch 1, Frankreich durch 5, Holland, Schweiz und Amerika durch je einen Delegierten, die zusammen rund 700 000 organisierte Metallarbeiter vertreten. Die Verhandlungen werden in drei Sprachen, Deutsch, Französisch und Englisch, geführt. Als Uebersetzer fungiert für das Französische Genosse Guggler, für das Englische Guilan. Die Verhandlungszeit beträgt 6 1/2 Stunden, und zwar wird beraten von 9 1/2 Uhr vormittags bis 12 Uhr und von 2 Uhr bis 6 Uhr abends.

Die Berliner Partei und der Parteitag in Essen.

Die Genossen Berlins nahmen am Dienstag in 6 großen Versammlungen Stellung zum Parteitag in Essen. Ueber den Verlauf der Versammlungen erhalten wir folgende Berichte: Erster Wahlkreis.

Die Generalversammlung des Wahlvereins für den ersten Berliner Reichstagswahlkreis fand im Klubhaus in der Krausenstraße statt. Genosse Dr. Leo Arons referierte über den Parteitag in Essen. Er griff einzelne Punkte aus der Tagesordnung heraus und besprach diese in recht anregender Weise. Jedenfalls, so meinte er, werde auf dem Parteitage auch das Drehhalten der schwäbischen Genossen in bezug auf die Budgetfrage eine lebhaftere Erörterung finden. Ueber die Art der Diskussion, wie sie im „Vorwärts“ über diese Frage gepflegt wurde, äußerte er seine lebhafteste Befriedigung. So nur allein sollten streitige Fragen unter Genossen diskutiert werden, ruhig, sachlich und würdig. In der Sache selbst weiche seine Meinung von der im „Vorwärts“ vertretenen ab. Er sehe die ganze Frage der Budgetablehnung als nicht so außerordentlich wichtig an. Als Demonstration sei diese Ablehnung des Budgets von den Fortschrittlichen in der Konfliktperiode erfinden worden; den Charakter einer Demonstration derselben dagegen die ständige, unbedingte Ablehnung, denn sie würde inhaltlos und verpuffte wirkungslos. Eine Demonstration, die Wert besitzt, könnte erst dadurch erzielt werden, daß man sich auf den Standpunkt stellt: Nicht grundsätzlich lehnen wir ab, sondern wir sind gezwungen, aus diesen und jenen Gründen diesmal abzulehnen. Gegen eine Auslassung des „Vorwärts“ in dieser Frage nahm Genosse Arons noch Stellung, indem er sich energisch gegen den Satz wandte, daß die Sozialdemokratie nicht die Aufgabe hat, diese langsame Ueberleitung einer sozialen Institution in die andere zu fördern. Dieser Satz könne nicht nur nicht zugegeben werden, sondern er sei sogar als gefährlich zu betrachten. Arons wandte sich dann gegen das Gebrauch großer Worte in der Agitation. Er führte unter anderem an, daß man so oft von der „glorreichen russischen Revolution“ schreibe und rede, und dazu läge seines Erachtens gerade keine Veranlassung vor. — Er ging dann über zu dem Punkt Partei und Gewerkschaften, der als eine Erbschaft vom Mannheimer Parteitag in Essen vorliegen werde. Sein Standpunkt in dem Streite zwischen Zentralisten und Lokalisten sei der, daß die Partei die Hände davon lassen und eine Einigung zwischen den feindlichen Brüdern nicht weiter von Partei wegen betrieben werden sollte. Wie im praktischen Leben die ganze Frage verstanden und schnell alle Gegensätze überbrückt werden, wo die Notwendigkeit dazu erstanden würde, das habe der Bauarbeiterstreik am besten gezeigt. — Gegen die jetzigen Beziehungen zwischen Parteivorstand und Gewerkschaftskommission hat der Redner viel Bedenken. Zwei Dinge hätten diese Beziehungen in ein scharfes Licht gerückt, nämlich der Raiffeiseraufruf des Parteivorstandes und das Abraten an die Bauarbeiterchaft, in den Kampf zu ziehen. Der Redner will keinen Vorwurf erheben, aber es gefalle ihm gar nicht, daß der Parteivorstand in den Apfel beissen mußte, den die Gewerkschaftskommission so ja u. er fand. Die Partei sollte immer ihre großen Ziele im Auge behalten, die prinzipiellen Fragen erörtern und es den Gewerkschaften überlassen, kleinere Erfolge zu erringen und Opportunisten zum Besten der Arbeiterklasse zu sein. — Dann verbreitet sich Genosse Arons über die Alkoholfrage und erklärt, daß der Parteitag nicht so leicht darüber hinweggehen könnte. Die Wechselwirkung zwischen Armut und „Suff“ sei nicht zu leugnen; der Schnaps sei die größte Stütze der verdamnten Verdummungslosigkeit der Massen. — Arons bespricht dann noch die folgenden beiden Anträge, die er der Versammlung vorlegt und die angenommen wurden:

1. Der § 18 des Organisationsstatuts ist dahin abzuändern, daß 1. auch die beiden Vorsitzenden im Parteivorstand durch den Parteitag gewählt werden und daß 2. niemand länger als zwei Jahre hintereinander Vorsitz sein darf.

2. Der „Vorwärts“ ist in das Eigentum der Genossen von Groß-Berlin überzuführen und verliert den Charakter als Zentralorgan der Partei. — Dem Parteivorstand ist die Ermächtigung zu erteilen, in zwanglosen Blättern eine „Sozialdemokratische Korrespondenz“ herauszugeben, die an familiäre Parteiblätter zu versenden und von diesen abgedruckt ist.

Die Versammlung gab ihren Delegierten für den Rest, daß Ausschlußanträge gegen die Isolationierten Genossen dem Parteitage vorgelegt werden sollten, bestimmte Instruktionen. Die Delegierten sollen durch Anträge auf Uebergang zur Tagesordnung solchen Absichten entgegenwirken. Ein Antrag des Genossen Wagner, daß der Parteitag sich mit der Agrarfrage näher beschäftigen möge, wurde angenommen.

In der Diskussion traten verschiedene Genossen dem Referenten Arons wegen seiner Ausführungen über die Budgetablehnung entgegen; aber die vorgerückte Zeit erlaubte den einzelnen Rednern nicht, tiefer darauf einzugehen. Genosse Lätzerow bezweifelt, ob die „großen Worte“ über die Phrasen in der Agitation so sehr in den Vordergrund gerückt werden; er kritisiert das Bestreben, „Realpolitik“ zu treiben und nimmt den Parteivorstand in Schutz. — Genosse Kunze erklärt das Verhalten des Parteivorstandes vor dem Bauarbeiterstreik als gerechtfertigt und greift heftig die Lokalisten an. — Genosse Gutmann verteidigt die letzteren. —

Genosse **Wewada** kritisiert scharf, daß sich der Parteivorstand in die gewerkschaftlichen Angelegenheiten mischte und verlangt, daß der Wille der Arbeitermassen respektiert werde. — Auch die Kaiserfrage wurde in Verbindung mit einem Antrage von **Ruffel**, der aber abgelehnt wurde, von den Rednern erörtert.

Als Delegierte für den Parteitag wurden die Genossen **Dr. Krons** und **Schwabedahl** gewählt, der letztere gegen eine größere Anzahl Stimmen, da Schwabedahl vielen Genossen als schamlos in der Frage der Kaiserfrage erschien.

Als Delegierte für die Brandenburger Provinzialkonferenz wurden gewählt die Genossen **Petermann**, **Strechlow** und **Schwabedahl**.

Zweiter Wahlkreis.

Die Generalversammlung für den Wahlverein des zweiten Berliner Reichstagswahlkreises war ziemlich gut besucht. Der Vorsitzende **Genosse Schwabedahl** gab zunächst bekannt, daß er trotz angestrengter Mühe nicht gelungen sei, für den 1. Punkt der Tagesordnung einen Referenten zu gewinnen, da die meisten Redner anderweitig beschäftigt oder sonst verhindert seien, ein Referat zu übernehmen. Redner gibt dann kurz die provisorische Tagesordnung des Essener Parteitag bekannt. Zum Geschäftsbericht des Parteivorstandes werde man ohnedies erst Stellung nehmen können, wenn dieser gedruckt vorliegt, daßselbe gelte auch vom Tätigkeitsbericht der Reichstagsfraktion. Mit der Kaiserfrage habe sich ja bereits die vorletzte Generalversammlung beschäftigt, so daß man unter den gegebenen Umständen auf ein Referat heute verzichten könne. Es wird in die Beratung der Anträge zum Parteitag eingetreten.

Fährlich begründet folgenden von den Genossen der Bezirke 88 und 89 gestellten Antrag:

Den Delegierten zu den Parteitagen ist eine gleiche Entschädigung zu zahlen, so daß der alte Mißstand, durch welchen Genossen aus kleineren Orten bedeutend weniger erhalten als die Delegierten der Großstädte, aus der Welt geschafft wird. Die Kosten der Delegation sollen der Zentralkasse zur Last fallen.

Angestellte Genossen, deren Gehaltsbezug durch eine Delegation nicht unterbrochen wird, sollen 33% Proz. weniger an Diäten beziehen oder die Diäten sollen gleich sein, und die nicht angestellten Genossen erhalten einen Zuschuß in der Höhe des entgangenen Arbeitsverdienstes.

Der Antrag bedürfte keiner besonderen Begründung, er spreche für sich selbst. Die Genossen aus der Provinz erhalten meist nur eine geringe Entschädigung, brähen somit bei Delegationen ein nicht unerhebliches Opfer. Die beste Regelung sei daher die Entschädigung aus der Zentralkasse.

Ewald wendet sich gegen diesen Antrag. Werde die Entschädigung von der Zentralkasse der Partei getragen, dann kann es soweit kommen, daß jeder der weit über 800 Wahlkreise Anspruch erhebt, sich durch drei Delegierte vertreten zu lassen, so daß der Parteitag dann aus circa 1000 Genossen gebildet würde. Den Antrag möge man also in allen seinen Teilen als unzumutbar und ausichtslos ablehnen.

Der Antrag wird abgelehnt, nachdem vom Vorsitzenden erklärt war, daß die Entschädigung für Angestellte bereits durch frühere Beschlüsse geregelt ist. Einen von den Genossen des Bezirkes 141 gestellten Antrag, der sich ebenfalls auf die Entschädigung der angestellten Genossen bezieht, zieht **Lehmann** zurück.

Vom 185. Bezirk wird beantragt: Der Parteitag möge beschließen, daß bei allen Parteidelegationen diejenigen Kreise, welche seither das Recht hatten, durch drei Delegierte vertreten zu sein, fernerhin nur einen Genossen delegieren dürfen.

In der Begründung führt **Wöhme** aus, daß durch die Annahme des Antrages, weil allen Kreisen nur ein Delegierter eingeräumt werde, eine Majorisierung nicht zu befürchten sei. Die ersparten Kosten ließen sich besser für Agitationszwecke verwenden. Der Antrag findet keine Zustimmung.

Die Genossen des 185. Bezirkes beantragten ferner: Da die letzten Reichstagswahlen bewiesen haben, daß unsere Presse, Versammlungen und sonstige Agitation den Gegnern gegenüber nicht hinreichend waren, und da voraussichtlich in den nächsten Wahlkämpfen die gesamten Gegner geschlossen der Sozialdemokratie entgegenzutreten werden, der Reichslügenverband alles, was er im Lügen, Verdrehen, Verleumben und Entstellen der indifferenten Wahlmassen zu unserer Ueberraschung nicht ganz ohne Erfolg geboten hat, noch überboten wird, möge der Essener Parteitag dem Parteivorstand Mittel und Wege schaffen, um erfolgreicher als bisher den Reichslügenverband und die gesamten Gegner bekämpfen zu können.

Der Parteitag möge ferner in Erwägung ziehen, ob es sich empfiehlt, daß Partei und Gewerkschaften in diesem Falle Hand in Hand gehen.

Wöhme begründet auch diesen Antrag, der lediglich eine Anregung geben und beweisen soll, daß die Genossen nicht erst alle zweifelhafte Beschlüsse vom Parteivorstand erwarten. Bei der letzten Wahl habe sich herausgestellt, daß unsere Agitationsmittel nicht ausreichen. Vielmehr empfiehlt es sich, in jeder Provinz eine Zentralkasse einzurichten, die das Gegenmaterial gegen den Reichslügenverband sammle und bearbeite.

Behrend bedauert das Fehlen eines grundlegenden Referats. Seiner Ansicht nach liefern die lokalorganisierten Genossen dem Reichslügenverband sehr häufig das Material zur Verleumdung der Arbeiterpartei. Hierzu möge man heute ebenfalls Stellung nehmen.

Der Vorsitzende meint, daß Genosse **Singer** doch bereits auf der Generalversammlung für Groß-Berlin die Erklärung abgab, es werde alles geschaffen, dem Reichslügenverband das Handwerk zu legen. Hier könne man sich also auf den Parteivorstand verlassen.

Ewald findet den Antrag zu allgemein gehalten, um darüber abstimmen zu können. Welche „Mittel und Wege“ gemeint sind, werde nicht gesagt. **Wöhme** habe recht, es werde durch unsere Polemiken, dem öffentlichen „Waschen der schmutzigen Wäsche“, den Gegnern Stoff gegen die Partei geliefert. Jedenfalls habe die Partei nichts zu verheimlichen, aber hier müsse doch ein anderer Weg gewählt werden. Unser Augenmerk muß sich mehr der Landagitation zuwenden, wir haben die Landarbeiter über ihre Klassenlage aufzuklären und sie zu Massen Genossen zu ergleichen.

Die Abstimmung ergibt die Ablehnung auch dieses Antrages.

Die Genossen **Busemann**, **Michaelis** und **Treichel** beantragen:

1. Der Parteivorstand möge zu Punkt VII der Tagesordnung einen zweiten Berichterstatter bestellen und hierzu einen Vertreter der Abstinenzbewegung nehmen.

2. Die Generalversammlung des zweiten Wahlkreises erwartet vom Parteitag eine entschiedene Stellungnahme gegen den Trinkzwang bei Zusammenkünften von Parteigenossen, sowie die Befürwortung der alkoholgegnerischen Bestrebungen.

Ferner sind die Parteioptionen verpflichtet, für Aufklärung über die Schädlichkeit des Alkoholgenußes Sorge zu tragen.

Busemann: Stadtthagen habe zwar vor zwei Jahren die Anträge der Abstinenzler als Lächerlichkeit bezeichnet, aber dadurch könnten sich die Genossen nicht abhalten lassen, ihre Wünsche dem Parteitag zu unterbreiten. Genosse **Wurm** als Referent vertrete nur den „Wahrscheinlichkeitspunkt“, eine Anschauung, der man am besten durch Bestellung eines zweiten Referenten begegnen kann, welcher die Ansichten der Abstinenzler klar, konsequent und richtig vertritt. Uebrigens hätte **Wurm** genau so, wie im Vorjahre Genossen **Rein** und Genosse **D. Schulz** ihre Thesen zur Bildungsfrage schon vor dem Parteitag bekannt gegeben, dies jetzt ebenfalls so machen sollen. Der „Vorwärts“ sei vollständig „abstinenzfrei“, er bringe zwar astronomische Artikel, über die Schädlichkeit des Alkohols aber nichts, ja er habe vor ungefähr sechs Monaten den Alkohol als Nahrungsmittel bezeichnet. Dieser Standpunkt stehe nicht auf der Höhe der Wissenschaft. In **Delft** und **Konwean** sehe die Partei korrekter vor. hart ist

beflossen, daß die Parteizusammenkünfte alkoholfrei sein sollen. Auch die Gewerkschaften Englands enthalten sich des Alkohols bei ihren Zusammenkünften. Die Generalversammlung des freien Gastwirtsverbandes habe sich gegen den „Fanatismus der Arbeiterabstinenzler“ gewandt. Diese seien aber keine Fanatiker, sondern streben einer Kulturmission nach. Wie in anderen Fragen sich die Partei den modernen Wissenschaften angeschlossen, so dürfe sie sich auch der Abstinenzbewegung gegenüber nicht unklar und unwissenschaftlich verhalten.

Senfel bittet, den Antrag abzulehnen, um zu verhindern, daß auf dem Parteitag diese Frage totgeredet wird. **Wurm** sei sehr wohl imstande, sein Referat wissenschaftlich und objektiv zu gestalten.

Ewald: Es ist durchaus falsch, daß die freien Gastwirte ein Interesse an übermäßigem Alkoholgenuß hätten. Dem freien Gastwirt ist es erwünschter, es kommen viele Gäste und trinken wenig, als wenn wenig Gäste viel Bier trinken, denn das moderne Gasthaus soll eine Stätte der Erholung sein. Die Abstinenzler dürfen in der Uebertreibung aus ihren Bestrebungen keinen Sport machen, und statt bei dem Gläschen Bier des Arbeiters den Alkohol bei den Junkern bekämpfen, die durch die Herstellung des Rufels und die Viebesgaben Millionen in die Tasche gesteckt erhalten. Vielleicht schmeckt aber auch manchem Abstinenzler bei starker Gibe ein Gläschen Bier ganz gut.

Busemann polemisiert in längeren Ausführungen gegen **Ewald** und weist dessen Anschuldigung des geheimen Biertrinkens zurück.

Ein Schlußantrag wird angenommen und der Antrag dann abgelehnt.

Personlich bemerkt **Ewald**, daß es ihm ferngelegen habe, die Abstinenzbewegung, der er durchaus freundlich gesinnt sei, als Sport zu bezeichnen. Wenn er treffen wollte, waren die Auswüchse.

Ein von vier Bezirken verspätet eingegangener sehr umfangreicher Antrag, die bessere Ausgestaltung der Agitation betreffend, wird nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte für zulässig erklärt, verlesen und dann abgelehnt.

Die Genossen **Behrend**, **Schardt**, **Gutschmidt** und **Kope** bringen folgende Resolution ein:

Die Generalversammlung des zweiten Wahlkreises er sucht die zu wählenden Delegierten, in Verfolg des Beschlusses des Mannheimer Parteitag in bezug auf die Stellung der Partei den lokalen Gewerkschaften gegenüber einen endgültigen Beschluß des Essener Parteitag herbeizuführen.

Behrend: Der Parteitag soll daran erinnert werden, daß man den lokalorganisierten Genossen gewissermaßen nur eine Bedenkzeit gelassen habe. Der Parteivorstand habe seine Schuldigkeit getan, jedoch bei den Lokalorganisierten mit seinen Einigungsversuchen kein Entgegenkommen gefunden. Die Nachteile der gewerkschaftlichen Zersplitterung machten sich bei den großen wirtschaftlichen Kämpfen der jüngsten Zeit recht bemerkbar. Die Einigung sei notwendig und die Lokalorganisierten hätten davon nur Vorteil, denn tatsächlich seien kaum zwei Lokalorganisationen lebensfähig, die übrigen vegetieren mühsam ohne jeden Einfluß weiter. Das ist in Parteikreisen wohl bekannt, doch befürchte man nur den Konflikt in der Partei. Fordere diese für sich die einheitliche Organisation, dann müsse sie rückhaltlos dieses Recht auch den Gewerkschaften einräumen. Gerade die lokalorganisierten liefern mit ihren Angriffen auf die Zentralkasse und deren Führer dem Reichslügenverband das beste Material, man erinnere sich nur der Broschüre: „Wo sitzen die Verräter der Arbeiter?“

Röhner wendet sich gegen **Behrend**, der mit Emphase seinen Standpunkt vertreten habe, damit erreiche man bei den Lokalistern nichts.

Schardt spricht im Sinne **Behrends**. Er bezieht die Lokalorganisationen als das Uebergewicht an der Gewerkschaftsbewegung, der sie den Kampf erschweren. Eine reinliche Scheidung müsse einmal Platz greifen.

Im selben Gedankengang bewegten sich auch die Ausführungen des Genossen **Gutschmidt**, der die gewerkschaftliche Zersplitterung einem Verbrechen an der Arbeiterbewegung gleichstellt. **Ernst Schneider** schließt sich dem letzten Redner nicht an, obgleich er Anhänger der Zentralkasse ist. Was sich unter normalen Verhältnissen nicht zusammenbringen lasse, daß soll man auch nicht gewaltsam zusammenzuführen versuchen. Von der späteren Tätigkeit der Lokolisten in den Zentralverbänden lasse sich kaum Ertiprichtliches voraussagen, diese Leute werden jedenfalls stets einen niedrigeren Standpunkt einnehmen. Viele der lokalorganisierten sind ganz brave Genossen, sie werden zu uns kommen, wenn ihre bisherigen Führer endgültig abgewirtschaftet haben.

Wiendorf schließt sich **Schneiders** Ausführungen an. Das **Behrend** und Genossen wollen, komme einer *à la* Doktor Eisenbart gleich. Vom objektiven Standpunkt aus betrachtet, kann man sonst gute Parteigenossen nicht ausschließen, weil sie über die Form der Gewerkschaftsorganisation andere Ansichten vertreten. **Behrend** äußert sich noch dahin, daß er nachteilige Folgen für die Partei aus dem von ihm gewünschten Beschluß nicht befürchte. Weil es Jahrzehnte so ging, brauche nicht alles beim alten zu bleiben. Heute haben wir die starken, aggressiven Unternehmerverbände, mit denen wir kämpfen, da muß auch unser wirtschaftlicher Kampf einheitlich sein. **Werner** wünscht, man möge in dieser Frage den Delegierten kein gebundenes Mandat geben. Der Ausfall der letzten Reichstagswahl gebe zu bedenken, ob es zweckmäßig ist, gegen die Lokalistik so vorzugehen, wie es z. B. seinerzeit Genosse **v. Ein** angeregt habe.

Damit ist die Diskussion erschöpft, der Antrag **Behrend** und Genossen wird mit Stimmenmehrheit angenommen.

Bei der Delegiertenwahl für den Essener Parteitag erhalten **Jänike** 158, **Lothe** 150 und **Schröder** 158 Stimmen.

Zu Delegierten für die Brandenburger Provinzialkonferenz werden gewählt: **Hahn** mit 81, **Reichardt** mit 132 und **Tangermann** mit 124 Stimmen.

An die Parteigenossen richtet der Vorsitzende noch einen warmen Appell, sich für die kommenden preussischen Wahlrechtskämpfe zu rüsten, damit der 2. Wahlkreis ohne fremde Hilfe diese Kämpfe bestehe. Die Generalversammlung wird mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie gegen 12 1/2 Uhr geschlossen.

Dritter Wahlkreis.

Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den dritten Wahlkreis tagte im Gewerkschaftshause. Der Vorsitzende, **Genosse Pohl**, gab eine Uebersicht über die Tagesordnung des Parteitag und führte aus: Der Parteitag werde nicht an Arbeitsmangel leiden. Beim Bericht des Parteivorstandes würden Anträge zur Verhandlung kommen, die verschiedenes an dem Aufruf des Parteivorstandes zur Kaiserfrage monieren würden. Ob nun mit Recht oder Unrecht: jedenfalls sei eine Erörterung solcher Anträge gut und von Nutzen. Der Punkt Presse werde diesmal schneller, als voriges Jahr, erledigt werden, wenn nicht etwa noch kurz vor dem Parteitag die sogenannte „Preßfehde“ komme, weil vielleicht einige Genossen von der Presse der Meinung seien, sie müßten für Würge sorgen, damit der Parteitag nicht zu nächtlichen Ausfällen. — Die Frage der Parteischule bedürfte ebenfalls der Erörterung. — Die Kaiserfrage dürfe weniger hervortreten, denn der internationale Kongreß werde diese Frage zum größten Teil erledigen. — Anders sei es mit dem Punkt, der den Ausfall der letzten Reichstagswahlen und die politische Lage betreffe. Von auswärts lägen dazu schon verschiedene Anträge vor. **Genosse Singer** habe nun in seiner Zeitung erklärt, man solle darüber so wenig als möglich reden. Redner stehe auf einem anderen Standpunkt. Gerade hierbei müsse der Parteitag klipp und klar aussprechen, daß die Partei nicht länger gewillt sei, an dem Grundsatze von der Wahl des kleineren Uebels bei Stichwahlen festzuhalten. Es würde gut sein, scharf zu erklären, daß man in Zukunft bei Stichwahlen nicht mehr eine Partei unterließe, die uns bei jeder Gelegenheit in den Rücken folle. — Des weiteren werde diesmal die Alkoholfrage zum erstenmal als besonderer Punkt der Tagesordnung behandelt werden. Er stehe auf dem Standpunkt, daß in erster Linie für die Aufklärung der Massen zu sorgen sei, dann

werde der Schnapskonsum aufhören. Der Vorsitzende stellte darauf die einzelnen Punkte der Tagesordnung zur Diskussion. — Zum „Geschäftsbericht des Parteivorstandes“ erinnerte **Genosse Wuschik** an den Aufruf, den der Parteivorstand in Mannheim mit Bezug auf die Lokalorganisationen erließ, sowie an das Resultat des Eingreifens des Parteivorstandes. Daß schließlich vier Lokalvereinigungen erklärten, sich an den Einigungsbestrebungen beteiligen zu wollen, wäre ein Beweis, daß es nicht unmöglich sei, eine Einigung anzubahnen. Absolut notwendig sei im Interesse der Arbeiterbewegung die Einheitlichkeit der Organisation. Er bitte die zu wählenden Delegierten, in diesem Sinne auf dem Parteitag zu Essen zum Wohle der Gesamtheit zu wirken. (Bravo.)

Zu Punkt 6: „Die letzten Reichstagswahlen und die politische Lage“ ist folgender Antrag der Bezirksführerkonferenz eingegangen:

„In Anbetracht des Verhaltens der freisinnigen Parteien bei den Stichwahlen der Legislaturperiode 1903—1906, bei welchen sie die Wahlwucherparteien gegen die Sozialdemokratie unterstützten, sowie der Stellungnahme der freisinnigen Parteien bei der Reichstagswahl 1907, bei welcher sie offen für die reaktionären Parteien eingetreten sind, und in einer Anzahl von Kreisen selbst die Hälfte des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie in Anspruch nahmen, halten es die Genossen des dritten Wahlkreises für die Pflicht der Sozialdemokratie Deutschlands, bei Stichwahlen zwischen freisinnigen und reaktionären Parteien sich unter allen Umständen der Stimme zu enthalten.“

Genosse Sehrmann begründet eingehend diesen Antrag, indem er auf das bekannte Verhalten der Freisinnigen bei den verschiedenen Gelegenheiten verweist. Namentlich aber nach der Blockierung, meinte er unter anderem, hätten wir gar keinen Grund mehr, den Freisinnigen einem anderem vorzuziehen. Gewiß sehe man unter den Freisinnigen einige weise Raben, z. B. in der Wahlrechtsfrage; sie selber aber wählten wohl genau, daß ihre Anregungen bei ihren Parteien nicht durchgingen. — **Genosse Fährlich** bedauert, daß der schon öfter gestellte Antrag nicht schon vor Jahren von Parteitagen angenommen sei. Wäre es geschehen, dann hätten möglicherweise die Freisinnigen rechtzeitig Angst bekommen. Leider sei der Antrag damals durch das Beschlusfähigkeitsverfahren **Wobels** unter den Tisch gefallen. Er bitte, nur solche Delegierte zu wählen, die energisch für den Antrag eintreten. Vergeße man nicht, daß der Freisinn bei den letzten Reichstagswahlen 48 Kreise an die Reaktionäre der verschiedensten Richtungen ausgeliefert habe. — **Genosse Abbich**: Die Frage habe mit dem Prinzip nichts zu tun; sie sei eine rein taktische. Er wolle die Freisinnigen nicht rein waschen. Trotzdem sehe er nicht bloß eine einzige reaktionäre Klasse und gegenüber. Das Wort sei ein Schlagwort. Angesichts der Wahlrechtsbewegung wäre es falsch, so zu resolvidieren. Die deutsche Arbeiterpartei werde die Teile des Bürgerturns, die noch einigermaßen frei angehaucht seien, brauchen. Er bitte, für dieses Mal den Antrag abzulehnen. Wäre man erst nochmal den Freisinn zeigen, was er kann. Eventuell möge er sich erst noch weiter abwirtschaften.

Genosse Sehrmann: Er möge einem Verräter nicht die Hand reichen. Er erinnere sich an Eugen Richters Verhalten in der Zollfrage. Er hätten die Freisinnigen mitgelämpft, im entscheidenden Augenblick aber und verraten. — **Genosse Müller** äußert sich ähnlich und bemerkt: Weg mit den Deuchlern, die die Freisinnigen sind. — **Genosse Kahlen**: In Raumann hätten wir einen der weissen Raben vor uns. Aber bei den Freisinnigen sei es so, daß die Mannschaften die einzelnen Führer immer im Stich ließen. — Es sei auch das Bündnis unserer Partei mit den bayerischen Ultramontanen angeführt worden. Da stehe er auf dem Standpunkt: wenn für das arbeitende Volk Vorteile herauszuschlagen seien, verbinde er sich mit dem Teufel. Wenn man sich die politischen Verhältnisse Bayerns ansehe, so sehe auch seit, daß der süddeutsche Liberalismus schlimmer sei wie die bayerischen Ultramontanen. Er nehme es nicht übel, daß die nächste Frage der Taktik die Oberhand gewinne.

Genosse Raschke führt den Wortlaut der noch geltenden Resolution **Wobels** von München an. Die Parteigeschichte seitdem beweise, daß es falsch sei, sich in Fragen der Taktik für längere Zeit festzuliegen. Man müsse von Fall zu Fall entscheiden. Die Stellungnahme in Bayern sei ganz richtig gewesen. Wenn wir die Unterstützung der Freisinnigen ausschließen wollten, müßten wir konsequenterweise allen bürgerlichen Parteien sie verweigern. Es gehe nicht, alle Liberalen über einen Kamm zu scheren. Auch die Personen müßte man sich ansehen. Leute wie **Wirth** und **Raumann** kämen ohne weiteres als „kleineres Uebel“ in Betracht.

Die Resolution wurde gegen 9 Stimmen angenommen. Zur Alkoholfrage liegt eine von **Schuster** und **Adam** unterzeichnete Resolution gegen den „Trinkzwang“ bei Zusammenkünften der Parteigenossen vor.

Genosse Sehrmann fordert schon deshalb die Ablehnung des Antrages, weil darin fälschlicherweise der Partei unterworfen werde, daß Zusammenkünfte der Partei einen Trinkzwang voraussetzen. An sich sei er überhaupt dagegen, daß sich der Parteitag im Speziellen mit der ganzen Frage beschäftige. Was könne er tun? Doch nur eine Resolution annehmen und sagen, was schon immer in der Presse und auch sonst in der Partei gesagt wurde: Mähigt Euch im Alkoholgenuß. Durch die Erziehung der Partei und der Gewerkschaften sei der Alkoholgenuß tatsächlich erheblich zurückgegangen. Einen Trinkzwang gebe es bei und nicht. **Genosse Boh** sprach im selben Sinne, worauf **Genosse Redlich** darum ersuchte, die Frage des Alkoholgenuß, der der größte Feind der Arbeiterpartei sei, doch recht ernst zu nehmen. **Genosse Schuster** erklärt, daß er unter einem Trinkzwang bei Zusammenkünften von Genossen auch den Druck verstehe, der seitens der Saalinhaber oder ihrer Angestellten ausgeübt werde. Man solle lieber ein Platzgeld zahlen, wie in der Schweiz. **Genosse Abbich** schloß **Sehrmann** an und **Genosse A. Fährlich** wünschte die Ablehnung der Resolution, weil sie zu weit gehe. Man könne nur den Abstinenzlern die Sympathie ausdrücken für ihre Bestrebungen. Gegen 20 Stimmen wurde der Antrag abgelehnt.

Angenommen wurde nach einer Begründung **Sehrmanns** folgender Antrag:

„Die Versammlung mißbilligt die Aufnahme von Annoncen, welche alte Gewohnheiten der bürgerlichen Gesellschaft auf religiösem Gebiete in empfehlende Erinnerung bringen. Sie hält auf religiösem Gebiet strengste Neutralität für Pflicht der Partei und ersucht den Parteivorstand, die Parteigeschäfte zu veranlassen, solche Annoncen in Zukunft nicht mehr zu bringen.“

Als Delegierte zum Parteitag wurden die Genossen **Präker**, **Wilhelm Börner** und **Wartenberg** gewählt sowie **Kawier** als Ersatzmann.

Zur Provinzialkonferenz, die zu keinen Erörterungen führte, delegierte man die Genossen **Adolf Garndt**, **Ernst Mittag** und **Kawier**, sowie als Ersatzmann **Gustav Müller**.

Zum Schluß gedachte der Vorsitzende **Genosse Pohl** mit Genugtuung der Erklärung des Genossen **Paul Singer** in der Generalversammlung des Zentralwahlvereins, betreffend die Wahlbewegung. Alle würden auf dem Platze sein, wenn der Ruf ergehe. (Lebhafte Zustimmung.)

Vierter Kreis.

In der außerordentlich gut besuchten Generalversammlung des vierten Kreises, die in **Kellers** Festsaal, Kopenstraße, tagte, referierte **Genosse Daniel Stücken** über die Tagesordnung des Essener Parteitag. **Genosse Stücken** führt in seinem Referat einleitend aus, daß der Punkt der Tagesordnung, der sich mit dem Ausfall der Wahl beschäftige, der wichtigste des diesjährigen Parteitag sein werde. Daß wir eine Schlappe erlitten gegenüber den Ansichten und Hoffnungen, die wir gehabt, brauche gar nicht bestritten zu werden. Immerhin bedeute für uns ein Mandatsverlust nicht so viel als für eine bürgerliche Partei, da unsere Stärke nicht im Parlament wurzele. Für uns könne der Parlamentarismus wohl ein Mittel zum Zweck, nie aber Selbstzweck sein. Zu unserem Siege bedürfen wir der Massenbewegten Massen,

aber unter diesen Massen haben wir auch bei dieser Wahl an Terrain gewonnen und nicht verloren, darüber kämen auch unsere Gegner in ihrem Siegestaumel nicht hinweg. Aber auch die Theorie, daß die bürgerliche Linke sich und immer mehr nähert und demokratischer werde, sei gründlich ins Wasser gefallen. Das strikte Gegenteil ist der Fall. Aus diesen politischen Tatsachen heraus seien auch die Anträge aus Thüringen, die sich gegen alle Stichwahlhülfe für den Freisinn, und die der Rheinländer, die sich gegen das Zentrum wenden, zu erklären, da tatsächlich alle bürgerlichen Parteien und gegenüber immer mehr nur noch eine reaktionäre Masse geworden seien. Aber auch die Theorie des „guten Herzens“ der Gegner und der Ueberbrückung der Klassengegensätze, die uns vor einigen Jahren mit so viel Worten und schlechten Argumenten angepriesen, sei gründlich ad absurdum geführt, da die Massen heute schärfer als je geschieden sind. Von den Freisinnigen als „kleineres Uebel“ könne man heute überhaupt nicht mehr sprechen, da dies Uebel ebenso groß sei, als das der anderen Reaktionen. Dies habe auch Müller-Reinigen durch seine bekannte Depeche, keinen Sozialdemokraten zu wählen, bewiesen. Und könne es im Grunde nur angenehm sein, wenn wir in diesen Dingen klar sehen. Einen sehr lebhaften Meinungsaustausch werde wahrscheinlich auch die Tätigkeit des Reichsverbandes zur Verleumdung der Sozialdemokratie hervorrufen. Dessen Tätigkeit zeige, welche enorme Summen es sich die Kapitalisten leisten, die Sozialdemokratie zu „vernichten“.

Auch der amtliche Apparat habe wie noch nie gearbeitet. Während der Reichstagsler Graf Wälow seinerzeit die Hofadonowskische 12 000 M.-Spende der Großindustriellen mißbilligte, habe der Reichstagsler Fürst Wälow selbst eine 30 000 M.-Spende zur Verteilung an die bürgerlichen Parteien angenommen. Heute kenne man ja auch den wahren Grund der Reichstagsauflösung und wisse, daß der ganze Wahlkampf unter falscher Platte geführt sei. Solche Dinge sind aber nur deshalb möglich, weil alle bürgerlichen Parteien sich aus Angst vor der Sozialdemokratie immer enger zusammenfassen und alle ihre Prinzipien längst über Bord geworfen haben. Auch hier werde das Uebelische Referat die nötige Klarheit schaffen.

Redner skizzierte dann kurz unsere Stellung zum Militarismus u. s. Auch er halte die Koselische Bemerkung von der „Linke auf den Buckel nehmen“ für sehr unglücklich. Da der Militarismus ein Mittel zur Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft sei, seine Spitze sich also direkt gegen uns richte, so könne die Sozialdemokratie ihm nie auch nur einen Pfennig bewilligen. Die Arbeit einer Kasernenagitation würden wir freilich nicht begehren, da sie uns nichts nütze und den Soldaten viel schaden würde. Dagegen müßten wir dafür sorgen, daß die jungen Leute schon als Sozialisten in die Kasernen kommen. Habe man aber Angst vor den Sozialisten in der Kaserne, so sollten die herrschenden Klassen dafür sorgen, daß das sozialistische Proletariat vom Militärdienst befreit würde. Man würde wahrscheinlich dann bald die Tatsache beobachten können, daß auch sehr viel Leute aus den „besten Kreisen“ sich als sozialistisch angehaucht begäben würden. Wir verlangen die Entscheidung des Volkes über Krieg oder Frieden. Lediglich um der schönen Augen der Junker willen würden wir nicht „die Linke auf den Buckel nehmen“. Kampfesmut und Freudigkeit könne nur durch Liebe zum Vaterlande erzeugt werden, wo aber, wie bei der Arbeiterklasse, das Gefühl herrsche, wir haben doch nicht viel zu verlieren, auf das wir Wert legen könnten, werde diese Liebe nie zu erwarten sein.

Redner erwiderte sodann noch die Ausfälle der Wozpoliti und der „liberalen Aera“ mit dem Hinweis auf die „agrarische Leichenstein“-Kanzlerrede, die die Absicht des Reichskanzlers deutlich erkennen lasse. Er erinnere an Spohns Rede über den Flottenbau, welche ganz deutlich die Liebeserklärung des Zentrums an die Regierung erkennen lasse. Auch die Budgetabstimmung in Württemberg unterzieht Redner einer Kritik. Selbst der Schein müsse vermieden werden, als ob wir irgend einer bürgerlichen Regierung ein Vertrauensvotum ausstellen könnten, da wir jedem Klassenstaat in unüberbrücklicher Feindschaft entgegenstehen. Ueber die Kaiserfrage brauche er sich wohl angeichts der kommenden Debatte auf dem Stuttgarter Kongress nicht auszulassen. Er halte es für selbstverständlich, daß die Kaiserfrage nur als würdige Demonstration gelten könne, wenn sie durch Arbeitsruhe begangen würde.

Auch über die Alkoholfrage könne Redner sich kurz fassen. Rüsse auch die Partei zu dieser Kulturfrage Stellung nehmen wegen ihrer sozialen Bedeutung, so könne sie doch von Partei wegen nie zur Prinzipienfrage gemacht werden. Zugegeben, der Alkohol nütze den Menschen nichts, so solle man sich auf der anderen Seite doch vor Uebertreibungen hüten und nicht aus einem Extrem ins andere fallen. Den Alkoholmißbrauch bekämpfen wir alle, und die Schnapspest hindere zweifellos auch unser Vordringen. Redner belegt dies durch einige Beispiele aus seinen praktischen Erfahrungen auf Agitationskourern. Er empfinde es auch ganz eigenartig, daß die abstinenten Genossen schon Sturm gegen den Referenten Genossen Sturm laufen, der doch zweifellos Hademann auf diesem Gebiete sei, obgleich dessen Thesen noch gar nicht veröffentlicht wären. Auf jeden Fall sei deshalb auch das Verlangen eines Korreferenten zurückzuweisen. Indem Redner noch auf die besondere Bedeutung der Kanonen- und Industriestadt Essen als Parteitagort in seinem kräftigen Schlusswort hinweist, spricht er unter dem lebhaften Beifall der Versammlung den Wunsch und die Hoffnung aus, daß auch dieser Parteitag zur Förderung der Partei beitragen möge.

Als erster Diskussionsredner sprach Genosse Paul Litfin. Wenn man die Abstinenzler höre, so gebe es überhaupt nichts Wichtigeres mehr auf der Welt, als die Alkoholfrage. Die Lehren eines Marx, Engels, Lassalle, wie überhaupt die gesamte Wissenschaft schreibe bei ihnen auf ein Nichts zusammen. Zum Schluss seiner Ausführungen charakterisierte Litfin das Ziel eines Herrn Schiller-Lieb, der als Vorsitzender des Norddeutschen Gastwirtverbandes sich an die Arbeiterklasse wende, seine kapitalistischen Interessen zwar vertrete, doch sonst gegen den Mißbrauch alkoholischer Getränke wette, auf der anderen Seite aber als Vorkämpfer des „Reichsverbandes“ nicht nur die Arbeiterklasse als verfochtenes Gefindel verleumde, sondern auch jede wirkliche Bekämpfung des Alkoholismus durch Hebung der Arbeiterklasse bekämpfe und in jeder Bekämpfung der schnapsbrennenden Junker und Wollschneider Hochverrat sehe.

Genosse Lenzner tritt lebhaft für eine energischere Bekämpfung des Alkoholismus ein und beantwortet seinen Antrag, daß dem Genossen Sturm ein Abstinenzler als Korreferent entgegengestellt werde. Durch einfachen Uebergang zur Tagesordnung wird dieser Antrag von der Versammlung erledigt.

Genosse Hiebel hätte durch den Referenten eine schärfere Kritik derjenigen Genossen gewünscht, die sich sofort nach den Wahlen bemüht haben, der Partei eine neue Taktik vorzuschlagen. Er bekämpft die Genossen Bernstein, Calwer, Dr. Raurenbrecher, Edmund Fischer usw., indem er an der Stellung der Partei zur Kolonialpolitik, der Mittelstandsfrage usw. die Gegenfrage hervorzuheben sucht. Redner begründet sodann noch die von ihm gestellte Resolution, die sich mit der Frage der lokalorganisierten Genossen beschäftigt. Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird angenommen.

Zunächst wird dann folgender von Lenzner gestellte Antrag angenommen: In Anbetracht der Tatsache, daß das einzige wissenschaftliche Organ der deutschen Sozialdemokratie, die „Neue Zeit“, noch lange nicht die Beachtung und Verbreitung findet, die ihm als Mittel zur Vertiefung der sozialistischen Erkenntnis und zur Förderung des Massenkampfes zukommt, möge der Parteitag beschließen:

1. Der Verlag hat die „Neue Zeit“ vom 1. Oktober ab in einem dem Titel und der neuen Ausrichtung entsprechenden Gewande herauszugeben.

2. Der internationalen Bedeutung der „Neuen Zeit“ entsprechend und um die Leskreise auch den ausländischen Genossen möglicher zu machen, die der deutschen Sprache wohl mächtig sind, denen aber die deutschen (gastischen) Schriftzeichen Schwierigkeiten

bereiten, hat der Schriftsah in lateinischen Lettern zu erfolgen.

3. Der Verlag und die Parteinstanzen werden verpflichtet, mehr als bisher eine umfassende Propaganda für die „Neue Zeit“ zu betreiben.

Auch ein Antrag, von der 37. Abteilung gestellt, wird debattelos angenommen. Derselbe lautet:

„Der Parteitag wolle beschließen, alle im Reichstage wichtigen Debatten über Lebensmittelzölle und Kulturfragen in Broschürenform zu drucken und auf dem platten Lande zu verbreiten, damit der Landbevölkerung klar gemacht wird, welche Partei ihre Interessen vertritt.“

Abgelehnt wird ein Antrag Stumpe, auch den „Vorwärts“ in lateinischer Schrift erscheinen zu lassen.

Ein Antrag Koroschaj, der eine Änderung des Parteistatus begehrt, wird nach kurzer Begründung des Antragstellers abgelehnt, nachdem Genosse Treue ihn bekämpft. Ein Antrag, die Kaiserfrage betreffend, wird unter Hinweis auf die bevorstehende Debatte auf dem Stuttgarter Kongress für erledigt erklärt.

Ein Antrag Lenzner auf Beseitigung des Trinkzwanges bei Zusammenkünften von Parteigenossen wird abgelehnt, weil ein solcher Zwang nicht existiert.

Der vom Genossen Hiebel schon begründete, von einem lokalorganisierten Genossen bekämpfte Antrag, betreffend die Stellung zu den Lokalorganisierten, wird mit einem Zusatzantrag Eugen Brückners, den dieser begründet, in folgender Fassung gegenwärtig angenommen:

„In Erwägung, daß die zunehmende Verschärfung der wirtschaftlichen Kämpfe und in Verbindung damit die wachsende Ausbreitung der Unternehmerorganisationen die Erstarkung der Gewerkschaftsorganisationen zur Notwendigkeit macht;

in weiterer Erwägung, daß unter dieser Voraussetzung für die Parteigenossen nur eine einzige Organisation ihres Berufes in Frage kommen kann und jede Souveränität nur zum Schaden der gewerkschaftlichen Kämpfe gereicht, erwartet die Generalversammlung vom Parteitag, daß derselbe klipp und klar den Gedanken der Notwendigkeit einer einheitlichen gewerkschaftlichen Organisation zum Ausdruck bringt und den Appell an die lokalorganisierten Gewerkschaftsorganisationen richtet, sich den Zentralverbänden anzuschließen.“

Nach kurzer Debatte über die als Delegierte zum Parteitag und zur Brandenburger Konferenz vorgeschlagenen Genossen wird die Wahl in der kurzen Pause, während die Versammlung vertagt wird, vorgenommen.

Ein Antrag Böhring verlangt: „daß der Vorstand veranlasse, eine Geschäftsordnung zu drucken und daß dieselbe in die Mitgliederbücher eingeklebt werden könnte“. Diesem Wunsche will der Vorstand Rechnung tragen.

Als Delegierte für den Parteitag sind gewählt die Genossen Paul Hoffmann (572 Stimmen), Paul Litfin (305), Wilhelm Schenk (170), während die Genossen Rigbur (165), Geithner (164), Worchardt (145), Wenzel (143), Pantow (137), Kupferschmidt (131), Treue (105) Stimmen erhielten. Alle anderen erhielten weniger als 100 Stimmen.

Als Delegierte zur Brandenburger Konferenz sind gewählt Genosse Gries (406), Gue (316), Schumann (302 Stimmen). Außerdem erhielten Zieme 273, Pantow 244, Liebrandt 208, Prohs 190, Scharf 173, Walter 139 und Welle 120 Stimmen.

Fünfter Wahlkreis.

Die Generalversammlung des fünften Wahlkreises tagte im „Alten Schützenhaus“. Das einleitende Referat über den Parteitag in Essen hielt Genosse Rob. Fischer. Er verwies auf die hohe Bedeutung, welche unsere Parteitage für das Parteileben haben, besprach die Tagesordnung des Parteitages und gab zum Schluß der Erwägung Ausdruck, daß auch der Parteitag in Essen gleich seinen Vorgängern ein Markstein in der Geschichte der Partei werde.

In der Diskussion berührte Meier die Frage der Einigung der lokalistischen mit den zentralistischen Gewerkschaften und meinte, wenn sich die Lokalisten den Verbänden nicht anschließen, so habe die Partei keine Handhabe, um sie deswegen auszuschießen. Die Zentralverbände sollten nur ihre Statuten so ändern, daß die Lokalisten ihnen beitreten können. Das wäre die beste Lösung der Frage.

Brunnen begründete zwei von abstinenter Seite gestellte Anträge. Der eine fordert, daß zur Besprechung der Alkoholfrage auf dem Parteitage ein Vertreter der Arbeiter-Abstinenzbewegung als zweiter Berichterstatter aufgestellt werde. Der andere Antrag fordert den Parteitag auf, entscheidende Stellung zu nehmen gegen Trinkzwang und Trinksitten bei Parteizusammenkünften, und die Parteipresse zu veranlassen, daß sie Aufklärung über die Schädlichkeit des Alkoholismus verbreite.

Huhn beantragte, die Delegierten zu verpflichten, unter allen Umständen für die Beibehaltung der bisherigen Form der Kaiserfeier durch Arbeitsruhe einzutreten.

Weiße wandte sich gegen den Abstinenzantrag, die Trinksitten usw. betreffend. Der Antrag sei schon deshalb überflüssig, weil es einen Trinkzwang bei Parteizusammenkünften nicht gebe. Wenn solche Anträge angenommen würden, so werde der Anschein erweckt, als ob es in unseren Kreisen eine Strömung gebe, die den Trinkzwang fördern wolle. Gegen die Bestellung eines Korreferenten zur Alkoholfrage lasse sich nichts einwenden. In der Angelegenheit der Kaiserfeier stelle sich der Redner auf den Standpunkt des Antrages Huhn.

Voger bemerkte, daß er wohl mit der Abstinenzbewegung sympathisiere, die Anträge der Abstinenzler könne er aber nicht befürworten.

Liepmann führte aus, wie der Referent schon gesagt habe, sei dieser Parteitag der erste, der sich auf die zentralistische Form der Parteiorganisation stütze. Daß die Partei durch diese Form der Organisation einen bedeutenden Aufschwung erfahren habe, werde auch durch den Bericht des Parteivorstandes erwiesen werden. Der Parteitag werde also dokumentieren, daß wir nicht niedergedrückt sind und nicht niedergedrückt werden können. Dem Antrage Huhn stimme der Redner zu. Die Delegierten des fünften Kreises seien verpflichtet, für die Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten. Das würden sie auch ohne gebundenes Mandat tun. Die Kaiserfeier sei ja auch trotz aller gegnerischen Machenschaften in immer weitgehenderem Maße durch Arbeitsruhe gesichert worden.

Die Anträge zur Alkoholfrage befanden einen regen Eifer der Abstinenzler. Diese hätten es nun dahin gebracht, daß die Alkoholfrage auf die Tagesordnung des Parteitages gesetzt wurde, und jetzt kämen sie schon wieder mit den Anträgen auf Stellung eines Korreferenten. Die Abstinenzler sollten doch erst abwarten, was der Parteitag in der Alkoholfrage tun werde. — Am wichtigsten sei die vom Parteitag zu behandelnde Frage: Partei und Gewerkschaft. Der Standpunkt des Redners sei der: Wie es nur eine politische Organisation geben könne, so dürfe es auch nur eine gewerkschaftliche Organisation geben. Die Zentralverbände umfassen längst die große Mehrheit aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Das sollte die Lokalisten veranlassen, darüber nachzudenken, ob nicht die Mehrheit auf dem rechten und die Minorität auf dem falschen Wege ist. Gerade für die Berliner Genossen sei diese Frage von großer Wichtigkeit, denn in Berlin solle es circa 10 000 Lokalisten geben, die in manchen Kreisen auch in den Parteiorganisationen zahlreich vertreten seien. Aus diesem Grunde solle den Delegierten für diese Angelegenheit kein gebundenes Mandat gegeben werden. Es sei vielmehr notwendig, die Frage so zu lösen, daß die Berliner Parteigenossen nicht zu starke Rückschläge bekommen. In diesem Sinne sollten die Delegierten auf dem Parteitage wirken.

Brunnen trat nochmals für seine Anträge ein. Ritter sprach gegen dieselben. Zur Frage der lokalen und zentralen Gewerkschaften sagte der Redner, er bedauere die Zersplitterung der Organisationen, er lege den Delegierten ans Herz, dafür zu sorgen, daß alles vermieden werde, was die Lokalisten vor den Kopf stoßen könnte, jedoch sollten die Delegierten ihre ganze Kraft

aufbieten, um den Parteitag zu veranlassen, daß er zum Ausdruck bringe, das Bestehen von zwei gewerkschaftlichen Organisationen ist der Arbeiterbewegung schädlich.

Die Debatte wurde hierauf geschlossen. Die Anträge des Genossen Brunnen wurden abgelehnt. Der Antrag Huhn, die Kaiserfeier betreffend, fand einstimmige Annahme. Abgelehnt wurde ein dazu von Jakobus gestellter Antrag, welcher besagt, jeder organisierte Arbeiter, der gezwungen ist, am 1. Mai zu arbeiten, hat den an diesem Tage verdienten Lohn dem Kampffonds der Partei zuzuführen.

Eine Debatte entstand über die Frage, wieviele Delegierte der Kreis nach dem Parteitag senden solle. Die Bezirksführer hatten sich für drei entschieden. Aus der Versammlung wurde beantragt, daß sich der Kreis aus Gründen der Kostenersparnis mit zwei Delegierten begnüge. Die Versammlung stimmte für die Entsendung von drei Delegierten und wählte als solche die Genossen Rob. Fischer, Weise und Wötcher.

Mit der Vertretung des Kreises auf der Provinzialkonferenz wurden die Genossen Albrecht, Weise und Schrage betraut.

Der Vorsitzende Friedländer schloß die Versammlung mit einer von Begeisterung getragenen Rede für den Wahlrechtskampf in Preußen. Er erinnerte daran, wie die Freisinnigen sich durch Anwendung der niedrigsten Mittel im Regierungsbüro zu erhalten suchen, wie sie in bekannter Weise mit dem Reichskanzler ein Teufelsmehel veranstaltet haben, um sich den Schein zu geben, als seien sie für die Einführung eines demokratischen Wahlrechts in Preußen, während sie in Wirklichkeit bereit sind, aus engerzigem Fraktionsinteresse das Wahlrecht zu verraten und sich mit dem „Erreichbaren“, das heißt mit dem, was die Regierung und die Konservativen wollen, zufrieden zu geben. Das allgemeine, gleiche, direkte, geheime Wahlrecht in Preußen kann nur erlangt werden, wenn die Arbeiterklasse energisch für dasselbe kämpft. Deshalb begrüßen wir es mit Freuden, daß unser Parteivorstand am Sonntag in der Generalversammlung von Groß-Berlin verkündete, er werde in der Parteigenossen zum Kampf für das preussische Wahlrecht aufrufen. Jetzt ist es an den Genossen, wenn der Ruf an sie ergeht, in diesem Kampf einzutreten und alles daran zu setzen, um, gleich unseren österreichischen Brüdern, ein wahrhaft demokratisches Wahlrecht zu erringen, damit wir endlich sagen können, Preußen ist aus dem Sumpf mittelalterlicher Einrichtungen herausgerissen und in die Reihe der modernen Staaten gestellt worden. (Lebhafte Beifall.)

Sechster Wahlkreis.

In der Generalversammlung des Wahlkreises für den sechsten Wahlkreis, die in den „Germaniafalten“ stattfand, sprach Genosse Freythal über den Parteitag in Essen und ging kurz auf die wichtigsten Punkte der vorgeschlagenen Tagesordnung ein. Im Bericht des Parteivorstandes werde gewiß hervorgehoben, daß die Parteiorganisation, ebenso wie die Ausbreitung der Parteipresse, stark und härter als man erwarten konnte, gewachsen sei. In der Kaiserfrage sei ja der Standpunkt der Genossen des sechsten Kreises hinreichend bekannt. Bei den Verhandlungen über die Reichstagswahl werde es Aufgabe des Parteitages sein, immer noch mehr Mittel und Wege zu finden, um die Partei härter und stärker zu machen, damit sie auch unter den schwierigsten Verhältnissen dem mit einem ungeheuren Apparat arbeitenden Gegner gewachsen sei. In der Alkoholfrage werde es vor allem darauf ankommen, auf die Schädlichkeit des übermäßigen Alkoholgenusses hinzuweisen.

In der Diskussion sprach zunächst Genosse Rehbein. Er führte aus, der Parteivorstand habe es in den letzten Jahren bei seiner Tätigkeit an der nötigen Festigkeit und Stetigkeit mangeln lassen und sich von Augenblicksstimnungen leiten lassen. Das sei in der Massenfrage und in der Kaiserfrage der Fall gewesen. Hier könne man von einem Fickzuckern reden. Im vorigen Jahre habe man im „Vorwärts“ übermäßig zur Arbeitsruhe am 1. Mai aufgefordert, in diesem Jahre aber habe der Parteivorstand, vielleicht etwas mehr als nötig, zur Vorsicht gemahnt. In der Massenfrage habe man erst mit vollen Waden ins Horn geblasen, dann sei plötzlich alles still geworden. Der „Vorwärts“ habe nun versucht, vor einigen Monaten die Kaiserfrage von neuem aufzurollen, jetzt aber mit keinem Wort die in den „Sozialistischen Monatsheften“ erschienenen Artikel der Genossen Robert Schmidt und Ed. Bernstein erwähnt. Es scheint, als ob man gegen gewisse Genossen eine Art Totschweigepakt ausübe. Der Redner äußerte sich schließlich über die Stellung der Partei zu den Lokalorganisationen und brachte folgenden Antrag in Vorschlag:

„Der Parteitag wolle beschließen, dem § 2 des Organisationsstatuts folgenden Absatz anzufügen: Ferner ist von der Parteizugehörigkeit ausgeschlossen, wer die Einheitslichkeit der anerkannten Partei- und Gewerkschaftsorganisationen durch Persönlichkeitsbestimmungen gefährdet oder Verbreitungen dieser Art Vorschub leistet. Als anerkannt gelten diejenigen Organisationen, die vom Parteivorstand und der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands als solche bezeichnet werden.“

Der Redner meinte, daß mit dieser Bestimmung, deren Wortlaut ja noch geändert werden könne, ein Eingeglied zwischen Partei und Gewerkschaften geschaffen, das Verhältnis zwischen beiden inniger gestaltet werden könnte. Die lokalorganisierten Genossen würden sich wohl größtenteils einem solchen Beschlusse fügen; wenn nicht, so zeigten sie damit, daß sie doch keine rechten Parteigenossen seien.

Genosse Ledebour wandte sich scharf und entschieden gegen Rehbeins Ausführungen. Ueber den diesjährigen Kaisererlass des Parteivorstandes könne man wohl verschiedener Meinung sein. Wer aber wisse, welche Gründe dem Parteivorstand maßgebend waren, der könne von seinem Fickzuckern reden. Nun habe Rehbein verlangt, der Parteivorstand sollte den Gewerkschaftsleitern mehr Rechnung tragen, solle sich wohl ausschließlich von ihnen leiten lassen. Das sei durchaus verwerflich. Der Parteivorstand müsse sich von Parteiinteressen leiten lassen. Eine Unterordnung des Parteivorstandes unter die Generalkommission sei ebenso verwerflich wie das Umgekehrte. Ueber die Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften“ wolle er, Redner, kein Urteil abgeben; er lese die Monatshefte nur im Notfall. Wenn aber der „Vorwärts“ zu den Artikeln Stellung genommen hätte, dann hätte Rehbein gewiß wieder wie neulich gesagt: Nun fallen sie wie hungrige Wölfe über Bernstein her. Was Rehbein vorschläge, laufe übrigens auf eine organisatorische Verbindung zwischen Partei und Gewerkschaften hinaus, und das müsse man doch auch die notwendigen Konsequenzen erwägen. Nämlich man solche Ausschlußbestimmungen in das Parteistatut auf, so müßten doch auch die Gewerkschaften ihrerseits jenen ausschließen, der nicht der Parteiorganisation angehört. Nach Weitz und Sinn des Parteistatuts, wie der Statuten der Gewerkschaften, dürfe eine solche Bestimmung gar nicht getroffen werden. Die Ausführungen Rehbeins zeugten von Vereingemessenheit und Geschäftigkeit. Gerade in dem allgemeinen Wunsch, daß die Zersplitterung beseitigt werde, müsse man alles bekämpfen, was geeignet ist, den Fißis zu verschärfen.

Genosse Rehbein erklärte hierauf, daß er keineswegs von einer Unterordnung des Parteivorstandes unter die Generalkommission gesprochen habe, sondern nur davon, daß der Parteivorstand den Ansichten der Gewerkschaftsleiter mehr Rechnung tragen sollte. Sein Antrag sei nichts als eine Konsequenz der Beschlüsse des letzten Parteitages. Die Frist, die dort den Lokalorganisierten gegeben wurde, müsse doch einmal ablaufen.

Genosse Theodor Fischer bemerkte, so oberflächlich wie Rehbein habe hier im Kreise wohl noch kein Genosse gesprochen. Bei seinem Antrag zum Organisationsstatut hätte Rehbein doch bedenken sollen, daß seine persönlichen Gründe vielleicht mehr gegen das Parteistatut verstoßen hätten, als die Genossen, die er damit treffen wolle. Wollte man diese ausschließen, so seien gewiß auch alle rechtsstehenden Genossen zeit zum Ausschluß. Rehbein müsse doch auch wissen, daß die Einigungsverhandlungen noch nicht

Wetter gebelien konnten. Sei doch kurz nach dem letzten Parteitag die Reichstagsauflösung gekommen, darauf der Kampf im Bau- gewerbe, der noch nicht abgeschlossen sei. Da sei es nicht möglich gewesen, die Einigungsverhandlungen zu forcieren. Wenn auch nun die Geschäftskommission der freien Gewerkschaften erklärte, daß sie erst den Kongress im nächsten Jahre abwarten müsse, so ständen doch einzelne Gewerkschaften noch in Unterhandlungen. Ein Skandal wäre es, wollte man diese Verhandlungen, die nach des Redners Meinung zu einem guten Ergebnis führen werden, jetzt stören.

Nachdem noch Jahnke, Fahrrow, Köhler, Gehl und Debebour zum zweiten Male gesprochen, wandte sich auch Brunner sehr entschieden gegen Rehbeins Ausführungen und Antrag. Der Parteivorstand habe in seiner Haltung zur Raiffeiser und Massenstreiffrage nur den Verhältnissen und der Stimmung der Parteigenossen Rechnung getragen. Den Artikel Robert Schmidts habe er, Redner, gelesen und er sei zu einem großen Teil damit einverstanden. Nur habe er den Wunsch gefühlt, daß der Artikel in der „Neuen Zeit“ veröffentlicht worden wäre. In diesem Fall hätte der „Vorwärts“ wohl auch dazu Stellung genommen. Für die lokalorganisierten Genossen wolle er gewiß keine Länge brechen; sie hätten viel an der Partei gefunden. Der Antrag Rehbeins sei jedoch durchaus nicht angebracht. Es liege sich doch wohl ein Passus finden, der die notwendige Einigung schafft.

Nachdem Rehbein noch zu persönlichen Bemerkungen das Wort erhalten hatte, erklärte der Vorsitzende Freythal, daß er den Antrag nur, um nicht parteiisch zu erscheinen, zur Diskussion zugelassen habe, obwohl er nicht dem Statut entsprechend vorher dem Vorstand eingereicht worden sei. Die Entscheidung, ob über den Antrag abgestimmt werden solle, müsse der Versammlung überlassen bleiben. — Rehbein zog dann seinen Antrag zurück.

Als Delegierte zum Parteitag wurden die von der Kreis- konferenz vorgeschlagenen Genossen Brunner, Fischer und Wag Richter gewählt. Sodann sprach Genosse Dobroslaw über die Provinzialkon- ferenz und schloß, mit Rücksicht auf die späte Stunde kurz, die Wichtigkeit der Tagesordnung der Konferenz.

Zur Diskussion stellt Genosse Guttman den Antrag, daß die Agitationskommission sich nun einmal gründlich mit der Angelegenheit des „Vorläufig“ wieder zum Reichstagskandidaten für Westphalen aufgestellten Genossen Reus befassen möge. — Ge- nosse Freythal forderte den Redner auf, seinen Antrag schriftlich einzureichen und zu begründen, damit später darüber

verhandelt werden könne. Dami erklärte sich Guttman ein- verstanden.

Als Delegierte zur Konferenz wurden die Genossen Julius Gesse, Wilhelm Klauß und Gustav Weber gewählt.

Hinweisend darauf, daß die Wahlrechtsfrage jetzt wieder aktuell zu werden scheint, forderte schließlich der Vorsitzende die Genossen auf, mit aller Kraft dahin zu wirken, daß, bei der zweifelhaften Haltung des linksliberalen Bürgertums, die Arbeiterschaft den Beweis erbringt, daß sie den Kampf um das Wahlrecht auch allein siegreich durchzuführen vermag.

Aus Industrie und Handel.

Industrielle Konzentration.

Die industrielle Konzentration spiegelt sich in der wachsenden Anteilnahme der Hüttenzechen und der mit Hüttenwerken fusionierten Gruben an der Gesamtproduktion der Syndikatszechen. Von 70 1/2 Millionen Tonnen Förderung der Syndikatsgruben im Jahre 1906 entfallen schon rund 27 Millionen auf die erwähnte Kategorie, und diese beherrscht 880 Millionen Quadratmeter Felderbesitz, während der gesamte Felderbesitz aller Syndikatszechen sich auf rund 2011 Millionen Quadratmeter stellt und sämtliche Bergbau- unternehmen, einschließlich der sächsischen Gruben, über 2500 Mil- lionen Quadratmeter Felderbesitz verfügen. Die Hüttenzechen — ein- schließlich der Gruben der Selskirkener Bergbau-Aktiengesellschaft — sind mit 1 1/2 Millionen Beteiligung in Koks dem Syndikat an- geschlossen, ihre vorjährige Produktion betrug aber über 4 Millionen Tonnen, die Beteiligung in Koks mit 12 1/2 Millionen Tonnen wurde um 8 1/2 Millionen Tonnen überholt. Diese Gruben eignen sich für die Hüttenzechen bedeutet. Die Produktions- und Beteiligungsziffern lassen die tatsächlichen Verhältnisse aber noch längst nicht klar erkennen. In den Händen weniger Personen ver- einigt sich oft die Mehrzahl der Aktien vieler Unternehmen, ja eine Reihe Unternehmen, die verschieden firmiert sind, gehören zum Besitzstand einer Familie. Ueber die große Hand einzelner Familien schreibt man der „Fr. Zig.“ folgendes: Welchen Umfang die Betriebskonzentration im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier an- genommen hat, erhellt daraus, daß die Berechtigte der zehn größten

Bergbau treibenden Betriebsgemeinschaften einen Umfang von 1 012 124 844 Gebietern hat, d. h. 55,1 Proz. der gesamten Felderberechtigten im Oberbergamtsbezirk Dortmund. Ebenso beachtenswert ist der Anteil der großen Familienbesitzungen an der gleichen Berechtigten. Die Familien Löhßen, Haniel, Junke, Stinnes und Krupp repräsentieren, einschließlich der Werke, an denen sie hauptbeteiligt sind, einen Felderbesitz von nicht weniger als 956 807 092 Gebietern gleich 27,6 Proz. der gesamten Felder des Oberbergamts Dortmund; unter den zehn größten bergbaulichen Betriebsgemeinschaften entfällt also auf die genannten fünf Familien genau die Hälfte. Dagegen stellt sich der Anteil des königlichen Bergbesitzes auf 305 146 850 Gebietern gleich 8,77 Proz.

In welchem Verhältnis sich der Besitzstand verteilt, zeigen wir an folgender Zusammenstellung:

	Kohlenförderung im Jahre 1906	Berechtigte in Millionen Quadratmeter
Kohlenyndikat	76 631 431	2011
Selskirkener B.-G.	8 364 540	254
Harpener B.-G.	6 882 215	148
Hibernia	5 569 888	102
Deutscher Kaiser	2 421 694	68
Deutsch-Luxemburg	1 879 926	52
Guthhoffnungshütte	2 875 277	58
Krupp	2 199 495	72
Phönix	3 888 774	108

Die aufgeführten 8 Unternehmer hatten im Jahre 1906 eine Förderung von 31 032 009 Tonnen gleich 44,4 Prozent der gesamten Syndikatsförderung und ihre Berechtigten stellen sich auf 887 Millionen Quadratmeter, was ebenfalls über 44 Prozent des Besitz- standes sämtlicher Syndikatsgruben ausmacht.

Aus der Frauenbewegung.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Wilhelmsruh. Donnerstag, den 15. August, 8 1/2 Uhr, bei Barth, Viktoria- und Prinz Heinrichstrassen-Ecke.
Friedenau. Donnerstag, den 15. August, 8 1/2 Uhr, öffentliche Ver- sammlung im „Rheinschloß“, Rheinstr. 60. Vortrag des No- batteurs Düvel: „Dienstboten, stellt Forderungen!“

HERMANN TIETZ

LEIPZIGERSTRASSE

ALEXANDER-PLATZ

Donnerstag, Freitag, Sonnabend, soweit der Vorrat reicht:

3 WAGGON GLAS u. PORZELLAN

Emaillwaren

Eimer ca. 28 cm	65 Pf.	weiss mit Goldband	1 75	2 25
Toiletten-Eimer	1 05		2 25	2 50
Toiletten-Eimer		Porzellanform		3 50
Kehricht-Eimer		mit Deckel und Schrift		2 85
Wannen runde	statt 2 25	statt 3 75	2 50	3 50
Wandkonsole		mit 1/2 Ltr. Muschel- form		45 Pf.
Gas-Wasserkessel		7 Größen	45 Pf.	1 40
Wasserkessel		für d. Herd, 6 Größen	55 Pf.	1 80
Schüssel 8 Gröss.	25	30	40	50
Ess-Kummen 14 Gröss.	5	10	15	bis 45 Pf.
Speiseteller		Porzellanform	30	40 Pf.
Teller		nach u. tief, 2 Größen, durchweg		10 Pf.
Kinderbecher		mit holländischem Kinderbild		25 Pf.
Kochtöpfe		10 Größen	10 bis	45 Pf.
Küchegarnituren		Sand decor. Seife statt Soda	2	00

Glaswaren

Salat- und Compotschalen	„Oliven- schiff“	5	6	7	8	9
		30	40	50	60	80 Pf.
Compotteller	Olivenschiff		18	20		Pf.
Römergläser	sparte Formen		16	22	28	38 Pf.
Bowlenkannen	mit Reifen, 2 Ltr.		45			Pf.
Valescabecher	0,2 Ltr.	12	1/2 Ltr.	14		Pf.
Victoria-Becher		12	14			Pf.
Karl-Becher	0,2 und 1/2 Ltr.		14			Pf.

Extraverkauf im Lichthof

Tafel- u. Kaffeegeschirre

Tafelgeschirre	weiss	elegante Blumen-Dekor.
Speiseteller nach	15 Pf.	28 Pf.
Suppenteller tief	18 Pf.	28 Pf.
Dessertteller ca. 19 cm	12 Pf.	20 Pf.
Compotteller ca. 15 cm	10 Pf.	15 Pf.
Suppenschüsseln für 12 Personen	2 55	3 25
Kartoffelschüsseln mit Deckel	1 55	1 85
Bratenschüsseln oval	50 Pf. 1 50	90 Pf. 1 85
Platten rund, flach und tief	65 Pf.	95 Pf.
Saucières	75 Pf.	1 25
Salatiären viereckig	50 65 Pf.	70 Pf. 1 25
Beilagenschalen oval	45 Pf.	55 Pf.
Kaffeegeschirre		
Kaffeekannen	45 Pf.	85 Pf.
Teekannen	45 Pf.	75 Pf.
Milchkannen	18 Pf.	28 Pf.
Zuckerdosen	18 Pf.	35 Pf.
Tassen	8 Pf.	28 Pf.

Tafel-Service

	aus obigen Geschirren zusammengesetzt, kosten für 12 Personen
weiss	45 tellig 14 55
dekoriert	60 tellig 17 55
	77 tellig 25 25
	22 00
	26 55
	37 40

Wirtschafts-Artikel

Waschmaschinen	Bottichform, n. stark verz. Eisenblech	30 00
Schaukelbadewannen	Gröss.	2 25 27 50
Waschwannen	n. stark. Zink, im Holzbofen	8 75 10 50 12 50
Waschzuber	dazu	8 50 10 75 12 75
Waschtöpfe	blank verzinkt	2 95 3 90 4 25 bis 5 85
Wringmaschinen	3 Größen	8 75 10 50 12 50
Wäscherollen	auf den Tisch, m. Schrauben	15 00
Waschtische	ganzgeschl., incl. Garni- tur, sauber lackiert	17 50
Gardinenspanner	2 Qualitäten	10 75 13 50
Schirm-Säulen	(5 Kinder)	3 00 3 75 4 50
Eierschränke	aus Metall, mit Schloss	3 00
Giesskannen	lackiert, 5 bis 10 Liter	1 20 bis 2 45
Wandschoner	über den Küchen- Ausguss, lackiert	85 Pf. r. m. 1 00
Teppichkehrmaschinen		8 50 10 85

Waschgarnituren

Form „Olga“	4 tellig, rot Fond	1 75
Form „Sophie“	5 tellig, blau Fond	2 55
Form „Anna“	5 tellig, m. Bandmuster rot und blau	3 25
Form „Ortrud“	5 tellig, eisenbein mit Goldstaffage	4 65
Form „Hertha“	5 tellig, m. mod. roten u. blau. Reifen	5 65
Form „Rosa“	5 tellig, eisenbein mit Goldstaffage	6 35

Für Restaurateure

Teller	flach und tief, massiv Relief	18 Pf.
Dessertteller	massiv Relief	10 14 Pf.

Lebensmittel-Abteilung

ca. 1000 Stück Prima junge Gänse Pfd. 70 Pf.

Weintrauben Kistchen ca. 4 Pfd. 1 25 Kistchen ca. 8 Pfd. 2 30 Pfirsiche Pfund 33 Pf. Im Originalkorb ca. 6 Pfd. brutto für netto . . . Pfund 27 Pf.
Prima Thüringer Mus-Aepfel 5 Pfund 65 Pf. Pflaumen 5 Pfund 75 Pf. Im Originalkorb brutto für netto 13 Pf.

Citronen Dutzend 18 Pfennig.

Hirschwild Ragout Pfund 40 Pf. Blatt Pfund 60 Pf. Keule Pfund 1 00 Rücken Pfund 1 10

Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Sonntag, den 18. d. M.: Ausflug mit Familie nach Restaurant „Heidelug“, Rietmal bei Köpenick. Abfahrt vom Stadtbahnhof Alexanderplatz 9.48. Rückzüge können alle halbe Stunden fahren.

Schöneberg. Am Freitag, den 16. d. M., findet in Großers Festhale, Reiningersstr. 8, abends 8 Uhr, eine Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Beratung der Anträge zum Parteitag. 2. Verschiedenes.

Die Flugblattverteilung findet abends 7 Uhr von den bekannten Lokalen aus statt. Der Vorstand.

Freiburg. Am Sonntag, den 17. August, abends 9 Uhr, im Restaurant „Wilhelmsbad“, Seestraße 45: Versammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Boege über: „Urgeschichte der Kultur“. 2. Diskussion. 3. Bericht der Delegierten von der Kreisgeneralversammlung und der Generalversammlung Groß-Berlin. 4. Bezirksangelegenheiten und Aufnahme neuer Mitglieder. 5. Verschiedenes und Fragekasten. — Da von verschiedenen Vereinen Vergünstigungen und Nachpartien veranstaltet sind, werden die Parteigenossen bei der Wichtigkeit der Versammlung ersucht, zahlreich zu erscheinen, anderen Veranstaltungen an diesem Abend aber fern zu bleiben. Der Vorstand.

Trebbin. Am Sonntag, den 17. August, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Wolf die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Käler-Schöneberg über: „Kommunalpolitik“. 2. Bericht von der Verbandversammlung Groß-Berlins. 3. Verschiedenes.

Berliner Nachrichten.

Vom Bevölkerungsaustausch Berlins mit den Vororten.

Zwischen Berlin und seinen Vororten besteht ein Hin und Her von Zuzügen und Wegzügen, das einen recht beträchtlichen Teil der gesamten Zu- und Wegzüge nach bzw. von Berlin ausmacht. Schon seit einer Reihe von Jahren hat diese Bewegung sich so gestaltet, daß dabei Berlin mehr an die Vororte abgibt, als es von ihnen empfängt. Aus der Gesamtabzahl der Berliner Zu- und Wegzüge bleibt ja noch immer für Berlin ein Zugzugsüberschuß, abgesehen nur von ganz besonders ungünstigen Ausnahmehahren, wie z. B. das Jahr 1901 es war. Aber im Bevölkerungsaustausch mit den Vororten muß Berlin seit langem sich alljährlich ein Zugzugsdefizit buchen, das ziemlich mit jedem Jahre größer wird.

In den letzten fünf Jahren 1902, 1903, 1904, 1905, 1906 wurden in Berlin gemeldet: 238.602, 254.070, 265.827, 287.860, 291.459 Personen als zugezogen, darunter 58.791, 57.490, 58.174, 62.847, 61.400 zugezogen aus Vororten, andererseits aber 200.069, 199.898, 198.662, 207.219, 218.778 Personen als weggezogen, darunter 63.217, 65.735, 68.245, 74.118, 77.196 weggezogen nach Vororten. Der Anteil der Vororte war z. B. für 1906 bei den Zugzugmeldungen 21 Proz., bei den Wegzugmeldungen 35 Proz.; das heißt: von den nach Berlin zuziehenden Personen kam etwa jede fünfte aus einem Vorort, von den aus Berlin wegziehenden Personen ging etwa jede dritte nach einem Vorort. Die Differenz zu ungunsten Berlins, die zwischen den Wegzügen nach den Vororten und den Zuzügen von dort sich ergibt, stellte sich in den fünf Jahren 1902—1906 in absoluter Zahl auf 44.36, — 8245, — 10.071, — 11.271, — 15.706 Personen, immer nach Maßgabe der Meldungen. Die Meldungen gehen zwar niemals vollständig ein. Da aber besonders die Meldung des Wegzugs sehr oft unterbleibt, so ist anzunehmen, daß der Verlust Berlins an die Vororte sogar noch größer ist, als er aus den Meldungen sich herausrechnen läßt — wie ja andererseits aus Berlins Gewinn aus der Gesamtzahl der Zugzüge erheblich geringer ist, als er nach den Meldungen erscheint.

Es wäre nicht ohne Interesse, zu erfahren, nach welchen Vororten denn der Berliner Bevölkerungszuwachs vorzugsweise hinströmt. Leider läßt aber das Berliner Statistische Amt in allen seinen Veröffentlichungen von den Monatsabellen bis hinaus zum Jahrbuch und hierüber im unklaren. Nur für die Zu- und Wegzüge von Steuerzahlern gibt das Statistische Amt Tabellen, in denen die Vororte einzeln aufgeführt werden. Aber die Steuerzahler sind noch lange nicht die Gesamtbevölkerung.

Eine Probe bürokratischer Langsamkeit ist wieder mal geliefert worden bei Gelegenheit einer Vermittlungssuche und eines Leichenfundes, anscheinend von mehreren zusammenwirkenden Behörden, die dabei in Bewegung gesetzt werden mußten. Am 4. Juni hatte ein gewisser Max Klein, der in Berlin in der Briberstraße bei einer Frau An. in Schloßstraße wohnte, sich von dort entfernt und war nicht wieder nach Hause zurückgekehrt. Am 6. Juni teilte Frau An. auf dem Polizeibureau mit, daß AL. ausgeblieben und verschwunden sei. Sie bekam die beschwichtigende Antwort, AL. werde wohl nur „etwas abgemacht“ haben und werde gewiß bald von selber sich wieder einfinden. Er fand sich aber nicht wieder ein, und so entschloß sich Frau An., ihn eilige Tage darauf in aller Form abzumelden. Sie wußte nicht, daß AL. am 4. Juni beim Bootverleiher Steiler in Treptow ein Ruderboot entliehen und es nicht wieder zurückgebracht hatte. Am 5. Juni wurde dieses Boot herrenlos in der Oberpree angetroffen. In dem Boot lagen die Kleider eines Mannes, der vermutlich ein Bad genommen hatte. Alles deutete darauf hin, daß hier entweder ein Unglücksfall geschehen oder ein Selbstmord verübt worden war. In den Kleidern steckte ein amtliches Schriftstück, das die genaue Adresse Kleins trug. Es wäre also möglich gewesen, sofort seine Logiswirtin von dem Funde in Kenntnis zu setzen und dort Näheres über die Persönlichkeit des Verschwundenen sowie über etwaige Angehörige zu ermitteln. Doch das unterblieb zunächst. Am 9. Juni wurde dann aus der Oberpree eine nackte Leiche aufgefischt, die offenbar zu dem Kleiderfund in Beziehung stand. Wir wissen nicht, ob die beamteten Personen, denen aus diesem Kleider- bzw. Leichenfund die übliche Schreibarbeit erwuchs, den Zusammenhang sofort erkannt haben. Die Leiche wurde auf dem Friedhof der Gemeinde Adlershof, die für die Fundstelle zuständig war, halbwegs der Erde übergeben. Die Schreibarbeit führte schließlich dazu, daß eines Tages doch auch die Logiswirtin Kleins von dem Kleiderfund Kenntnis erhielt. Ein Berliner Polizeibeamter überbrachte ihr das erwähnte Schriftstück, und sie konnte bestätigen, daß der Adressat Max Klein tatsächlich bei ihr gemohnt habe und übrigens derselbe sei, dessen Verschwinden sie bereits gemeldet hatte. Es wurde nun auch nach Angehörigen Kleins geforscht. Frau An. gab die Auskunft, daß AL. als Pflegekind in einer Familie erzogen worden sei, die in Lichtenberg wohnte. Einige Tage nachher teilte sie auf dem Polizeibureau auch die genaue Adresse der Pflegeeltern mit. Nunmehr konnten endlich die Pflegeeltern durch Vermittlung der Lichtenberger Polizei benachrichtigt werden. Das geschah erst am 24. Juni, fast drei Wochen nach Auffindung eines Schriftstückes, mit dessen Hilfe schon innerhalb 24 Stunden die Pflegeeltern zu ermitteln gewesen wären. Diese erkannten jetzt die Kleider als Eigentum ihres Pflege Sohnes an, ebenso die Uhr, die AL. als Pfand für das Boot zurückgelassen hatte. Für die Uhr mußte, nebenbei bemerkt, eine Lösegeld von 9 Mk. gezahlt werden; da ist ja die Leihgebühr für das völlig unversehrt gebliebene Boot etwas sehr reichlich ausgefallen. Die Pflegeeltern wünschten nun auch eine Sterbeurkunde zu haben

und stellten den erforderlichen Antrag. Aber da wurden ihnen plötzlich alle möglichen Schwierigkeiten gemacht. Die Staatsanwaltschaft, die den Fall zu untersuchen hatte, scheint auch nicht ganz davon überzeugt zu sein, daß die in Adlershof beerdigte Leiche wirklich die des verschwundenen Max Klein war. Noch heute, sieben Wochen nach Bestattung der Leiche und der Uhr, wird auf die längst beantragte Ausstellung der Sterbeurkunde gewartet. Es scheint, daß man den Pflegeeltern zumuten will, auf ihre Kosten die Leiche noch einmal ausgraben zu lassen, damit die Persönlichkeit festgestellt werden kann. Unseres Erachtens kann das nur Sache der untersuchenden Behörde sein. Bei etwas mehr Umsicht hätte man die Pflegeeltern sehr wohl ermitteln können, noch ehe die Leiche beerdigt wurde.

Ein Eisbrecher ganz nach dem Muster der in den Seestädten üblichen Fahrzeuge dieser Art verholte gestern morgen nach der öffentlichen Eichstelle an der Fischerbrücke, um vermeintlich zu werden und dann die üblichen Marken zu erhalten, nach denen die Gebesstellen an Schleusen und Kanälen die Gebühren für das Passieren der Schiffe zu berechnen pflegen. Das Schiff ist für die „Norddeutsche Brauerei“ bestimmt und hat den Namen „Berlin“ erhalten. Abweichend von den anderen Brauereidampfern, unter denen die gewaltige „Martha“ der Schultheisbrauerei der größte ist, ist aber die „Berlin“ nicht als Frachtdampfer, sondern als Eisbrecher mit Schlepvrichtung konstruiert und besitzt nur einen kleinen Laderaum. Die „Berlin“ wird also Waren für den Brauereibetrieb (Gerste, Malz, Haffer, Bier in Tonnen und Flaschen usw.) in der Hauptsache nicht selbst befördern, sondern Schiffe schleppen, die damit beladen sind. Und dies Geschäft wird sie infolge ihrer Bauart noch fortsetzen oder schon aufnehmen können, wenn das Eis Fahrzeug anderer Art daran verhindert, unsere Gewässer zu befahren. Das Charakteristische an der „Berlin“ ist, wie bei allen modernen Eisbrechern, nicht eine außergewöhnliche Schärfe des Vordriffs, wie der Raie zumeist anzunehmen geneigt ist, sondern eher das Gegenteil. Ein Dampfer mit geradem Steven und scharfen Linien wird sich rasch im Eise festfahren. Die „Berlin“ hat eine verhältnismäßig stumpfe Bauausführung. Dabei einen halbmondförmigen Vordersteven, der sich erst in der Wasserlinie an den Kiel ansetzt, welcher von seiner tiefsten Stelle aus von der Schraube nach vorn bis an die Wasserlinie emporsteigt. Diese Form des Kiels in Verbindung mit dem abgerundeten Vordersteven zwingt den Dampfer beim Vorwärtsdampfen nicht in das Eis hinein, sondern auf das Eis hinauf, das dann unter der Wucht des Schiffskörpers zusammenbricht. Unterstützt resp. erleichtert wird das Hinauffahren auf das Eis noch dadurch, daß die schwere Maschine des Dampfers sich ganz in seinem Hinterteil befindet und dadurch das Vordrifs entlastet. Um in der grimmigen Winterfälte die Mannschaft etwas zu schützen, hat der Steuerstand die Form eines kleinen Glaspatillons erhalten, der durch die Scheiben einen Ausblick nach allen Seiten erhält und dem Besatz aus genügender Wärme empfängt. Für Bequemlichkeit ist durch eine Bank an der Rückseite gesorgt. Ein Dampfzylinder, ein starker Schlepplaken und ein dicker Lademaß vervollständigen die Ausrüstung des Dampfers.

Es ist charakteristisch für unsere Berliner Verhältnisse, daß trotz des starken Winterverkehrs auf unseren Gewässern es der Privatinitiative überlassen bleiben mußte, einen wirklich brauchbaren Eisbrecher in Dienst zu stellen, ebenso wie und bekanntlich im Sommer öffentliche Landstellen für die Personenschiffahrt fehlen. Auf den märkischen Gewässern besteht anscheinend die Hauptaufgabe der Behörden nur in der Erhebung von Gebühren für die Schiffahrt.

Feuer im Hochbahnwagen. Gestern mittag um 11 1/2 Uhr geriet auf der Brücke der Hochbahn über dem Bahnhöfen der Potsdamer Eisenbahn ein Wagen 2. Klasse, in der Mitte eines Zuges aus unbekannter Ursache in Brand. Arbeiter, die auf der Brücke mit dem Anstreichen derselben tätig waren, bemerkten die Gefahr und benachrichtigten durch Zurufe das Zugpersonal. Der Zug wurde auf der Brücke zum Stehen gebracht. Es brannte die Decke des Wagens, vermutlich infolge Durchbrennens einer Sicherung der elektrischen Lichtleitung. Da der Brand nicht gleich gelöscht werden konnte, versuchte man es auf dem Bahnhof Bülowsstraße. Auch dort war es wegen der Kürze des Aufenthalts nicht möglich, den Brand zu löschen. Es blieb, um den Verkehr nicht noch länger zu hemmen, nichts anderes übrig, als mit dem brennenden Wagen, den die Fahrgäste ruhig verlassen hatten, bis zum Zoologischen Garten zu fahren. Dort mußten alle Fahrgäste den Zug verlassen, der dann auf ein totes Gleis geschleppt wurde, wo die Löschung stattfand. Das Publikum bewachte trotz der Gefahr vollständige Ruhe.

Die Direktion der Hochbahn gibt von dem Vorfall folgende Darstellung:

Durch Lockerung einer Verbindungsmuffe schmorste im Gleisbereich bei einem nach Westen fahrenden Zuge die Isolation eines auf dem Wagentisch liegenden Kabels durch. Der Zug wurde sofort zum Halten gebracht und nachdem durch Trennung der Kurbelverbindungen der betreffende Wagen stromlos gemacht und das Gleis der Isolation durch Aufwerfen von Sand beseitigt worden war, konnte die Fahrt bis zum Bahnhof Zoologischer Garten fortgesetzt werden. Dort wurde der Zug außer Dienst gestellt und der Reparaturwerkstatt zugeführt. Das Vorkommnis war von so unerschütterlicher Bedeutung, daß es nicht notwendig war, die Fahrgäste, die sich vollkommen ruhig verhielten, zum Aussteigen zu veranlassen.

Ueber einen weiteren Unfall wird gemeldet: Infolge Bruches einer Zwangsfahne zwischen den Haltestellen Schleißisches Tor und Stralauer Tor sprang gestern früh gegen 4 1/2 Uhr eine Achse des letzten Wagens eines nach dem Osten fahrenden Hochbahnzuges aus den Schienen. Die Strecke zwischen Schleißisches Tor und Stralauer Tor wurde deshalb gesperrt und während der erforderlichen Arbeiten der Verkehr zwischen Schleißisches Tor und Kottbusser Tor durch Wendelbetrieb aufrechterhalten. Zwischen Kottbusser Tor und dem Westen erstitten die Rüge nur kleine Verspätungen. Von 8 1/2 Uhr ab fand der Zugverkehr wieder fahrplanmäßig auf der ganzen Strecke statt.

Die Verkehrsannahme auf der Ringbahn und der Wannseebahn hat die Eisenbahndirektion veranlaßt, eine Vermehrung der Gleisanlagen, ohne die eine schnellere Zugfolge nicht möglich ist, in Angriff zu nehmen. Zunächst sollen die Gleisanlagen der Wannseebahnstrecke von Schlachtensee nach Nikolassee und Galensee vermehrt werden. Die Kosten sind auf über eine Million Mark veranschlagt. Ferner ist ein Umbau des Bahnhofs Ebersstraße zur Verbindung der Wannseebahn mit dem Siedring in Aussicht genommen worden und eine direkte Verbindung des Nordzuges mit dem Siedring ohne Verührung der Bahnhöfe Charlottenburg, Schöneberg und Potsdamer Bahnhof geplant.

Eine neue Straßenbahnstrecke wird am heutigen Donnerstag eröffnet. Sie dient zur Verlängerung der drei Linien: 36 Kreuzberg—Bahnhof Schönholz, 37 Kreuzberg—Schönholz oder Demminersstraße und 74 Bahnhof Ebersstraße—Königsdamm. Linie 36 wird dann vollständig, Linie 37, soweit sie im bestehenden Fahrplan nach Reinickendorf durchgeführt wird, über die Reubahnstrecke in der Provinzialstraße in Reinickendorf bis zur Straße vor Schönholz verlängert. Linie 74 endlich wird von ihrer jetzigen Endhaltestelle in der Straße am Friedrichshain durch diese Straße und die Kniprodetsstraße bis zur Ebersstraße verlängert.

Rangierers Tod. Auf dem Bahnhof Warschauerstraße trug sich gestern ein tödlicher Unfall zu. Als dort der 26-jährige Rangierer G r u s e im Wagenwalschuppen mehrere Eisenbahnwagen zusammenloppeln wollte, geriet er auf noch nicht ermittelte Weise zwischen zwei Waggons. Dem Unglücklichen wurden die Arme gebrochen; außerdem erlitt er noch schwere innere Verletzungen, so daß er bald darauf verstarb. Er war verheiratet und Familienvater.

Einen Plan zur Anlage einer neuen Untergrundbahnstrecke hat die Gesellschaft für Hoch- und Untergrundbahnen den Aufsichtsbehörden vorgelegt, die vom Rollendortplatz von der dortigen Untergrundbahn abzweigend, durch die Reg- und Genthinerstraße, über den Landwehrkanal, die Königin Augusta-, Viktoria-, Lenne- und Königgräberstraße, am Brandenburger Tor vorbei, nach der Wilhelm- und Behren- bis zur Friedrichstraße läuft. Die Behörden sind jetzt mit der Prüfung dieses Projekts beschäftigt und stehen demselben, wie verlautet, wohlwollend gegenüber.

Den Alibiweis zu erbringen bemüht sich der unter dem Verdachte des Raubmordes an der Frau Blath verhaftete Sopolinski. Er behauptet, daß er am kritischen Abend von 10 bis 12 Uhr einem Klingelamp im Bellealliance-Garten beigezogen habe. Nach der Vorstellung sei er in einem nahegelegenen Restaurant von dem Manager Emil Hansmann gesehen worden. Sopolinski ist deshalb gestern vormittag im Polizeipräsidium mit Hansmann konfrontiert worden und hat diesen in der Tat alsbald erkannt, indem er angab, daß Hansmann an diesem Abend Bebrock und stumpfen Zylinder getragen habe, was Hansmann als richtig bestätigte. Auch die Angabe des Sopolinski, daß er in Begleitung eines Freundes, der eine schwarz-weiß gestreifte Tigerdogge mit sich führte, in dem betreffenden Restaurant gewesen sei, konnte der Zeuge bestätigen, da er sich genau erinnerte, das auffallende Tier gesehen zu haben. Auch gab Hansmann an, daß ihm die Dogge bereits vorher im Bellealliance-Garten aufgefallen sei.

Ein aufregender Vorfall ereignete sich Dienstagmittag auf dem Seddinsee. Dortselbst kenterte vor Wind das Segelboot „Windbeutel“ infolge einer scharf einschendenden See. Die Insassen, der Eigentümer des Bootes, Kaufmann Richter aus Berlin, und der Steuermann, gerieten bei den hochgehenden Wellen in ernste Gefahr, zumal sich der Unfall ziemlich weit vom Ufer entfernt ereignet hatte. Glücklicherweise befand sich das Segelboot „Windbeutel“ in der Nähe der Unfallstelle, dessen Besatzung es gelang, die beiden mit den Wellen kämpfenden zu retten und sie sowie das gekenterte Boot an das Land zu bringen.

In der Generalversammlung des Verbandes am 11. August im Kellerischen Lokale ist eine schwarze Lederbrieftasche, enthaltend 31 Reichsmarknoten, 90 Parteidons und circa 100 Betätigungsmarken, verloren gegangen. Der Finder wird gebeten, dieselben im Berliner Verbandsbureau, Lindenstr. 69, abzugeben.

In der Allgemeinen Ausstellung von Erfindungen der Kleinindustrie finden außer den Vorträgen über das Nadium des Herrn Physiker Schäffler um 11 Uhr vormittags und um 7 1/2 Uhr nachmittags (Sonntag außerdem um 3 Uhr nachmittags) seitens des Herrn Ingenieur B. v. Gudnowski die folgenden Experimentaldarstellungen statt: Tesla-Ströme und Telegraphie ohne Draht 12 Uhr vormittags, Fernphotographie System Professor Korn 3 1/2 Uhr nachmittags (außerdem Donnerstags 7 1/2 Uhr nachmittags), Farbenphotographie 4 Uhr nachmittags (außerdem Donnerstags 6 1/2 Uhr nachmittags), neuere elektrophysikalische Experimente (Fernschreiber, Selenversuche, tönende Vogenlampe usw.) 5 1/2 Uhr nachmittags, Versuche mit flüssiger Luft 7 Uhr nachmittags (außerdem Donnerstags 3 1/2 Uhr nachmittags), Donnerstags 9 Uhr abends Gerichtschemie. Sämtliche Vorträge sind unentgeltlich. Ein Extra-Entree wird in keiner Form erhoben.

In der Notiz: „Auf einem Dampfer gestorben“ teilen die Angehörigen des Verstorbenen mit, daß derselbe 63 Jahre alt und in Köpenick an Land gebracht worden ist.

Im Thalia-Theater geht heute zum erstenmal der neue Schwan „Der Sechste Uhr-Unkel“ mit der Musik von Paul Linde in Szene. Diese Eröffnungsvorstellung beginnt um 7 1/2 Uhr, während sonst die Vorstellungen wieder um 8 Uhr beginnen.

Feuerwehrbericht. In der vorletzten Nacht kam in der Seidenfeldstraße 16 ein größeres Feuer aus. Dort brannte um 4 Uhr der Dachstuhl des Quergebäudes und eines Seitenflügels. Der Brandherd lag an den Bodenverkleidungen, an deren Inhalt die Flammen reiche Nahrung gefunden hatten. Brandmeister Lange ließ sofort mit mehreren Schlauchleitungen von Dampfstrahlen vorgehen und kräftig Wasser geben. Trotz der großen Verqualmung gelang es, den Brand auf das Quergebäude und den Seitenflügel zu beschränken. Die Ursache des Brandes konnte noch nicht ermittelt werden. Der Schaden ist erheblich. Ein zweiter Dachstuhlbrand von geringerer Ausdehnung beschäftigte die Feuerwehr am Mittwoch längere Zeit in der Wienerstr. 44. Dort stand das Dach eines Maschinenhauses in Flammen. Grober Unfug lag einer Feuermeldung zugrunde, die aus der Burgdorferstraße einlief. Vor dem Hause Vornstr. 10 brannte ein Benzinautomobil auf offener Straße. In der Friedbergerstr. 15 waren Kleider, Spiritus u. a. in Brand geraten und in einem Lagerraum in der Johanniterstr. 11 standen Baumaterialien, Benzin, Leuchte für Kochapparate und andere Vorräte in Flammen. Balken, Fußböden, Kleider usw. wurden in der Stolpischenstr. 52 ein Raub der Flammen. Teer brannte in einer Kartensfabrik Unterwasserstr. 8. Ferner hatte die Wehr in der Usedomstr. 32, Forsterstr. 63 und an anderen Stellen zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Bank im Straßenbahnwagen. Durch den Brand eines Straßenbahnwagens entstand vorgestern nachmittag in der Hauptstraße unter den Fahrgästen eine Panik. Durch allzu starkes Bremsen war an einem Motorwagen der Linie E Kurzschluß herbeigeführt worden, wodurch der Vorderperson in Brand geriet. Der Fahrgast bemächtigte sich eine ungeheure Panik. Alles stürzte nach dem Ausgange zu, und bei dem heftigen Gedränge erlitt eine Dame eine Verstauchung der rechten Hand. Einem anderen Fahrgast wurden Querschunden an den Füßen zugefügt. Der Brand konnte nach kurzer Zeit wieder gelöscht werden.

Rixdorf.

Auf den Augen der Mutter überfahren und schwer verletzt wurde vorgestern nachmittag der 6-jährige Willi Schulz aus der Weichselstraße 50. An der Hand der Mutter halte der Knabe den Fahrdamm an der Ecke der Kaiser Friedrich- und Weichselstraße überschritten, als er sich plötzlich losriß und blindlings in ein vorbeifahrendes Arbeitsfahrzeug hineinlief. Er wurde ungerissen und die Räder des schweren Gefährtes gingen ihm über den Leib hinweg. Die Mutter, die Augenzugeln des Unglücklichen sein mußte, trug ihr Kind in beschußlosem Zustande nach dem Krankenhaus am Urban, wo es hoffnungslos daniederliegt.

In dem gestern mitgeteilten Bauunfall auf dem Reubau Hermannstraße 90 wird uns gemeldet, daß der ums Leben gekommene Arbeiter der 55-jährige Dachdecker Louis Hübsch, wohnhaft Schönhauser Allee 70b, ist.

Tempelhof.

In der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins referierte Genosse Stiefenhofen über die Aufgaben des Eiseren Parteitages. Zur Kreisgeneralversammlung wurden die Genossen Thiel, Lentzsch und Wilsdorf delegiert. Den Bericht des Bildungsausschusses gab Genosse Thiel. Danach haben circa 70 Genossen einer zu gründenden Filiale der Arbeiterbildungsschule für Tempelhof, Mariendorf und Marienfelde ihren Beitritt zugesagt. Als Bezirksführer für den 3. Bezirk wurde Genosse Roth gewählt.

Röpenitz.

Ein schweres Unglück, wobei ein Arbeiter getötet, einige schwer und zwei Arbeiter leicht verletzt wurden, ereignete sich gestern nachmittags 2 Uhr auf dem Neubau der Mädchenschule in der Freiheit. Wie gestern Abend noch eine Korrespondenz berichtete, stürzte im Haupttreppengebäude ein vier Stagen hohes Gerüst zusammen und rief etwa zehn Arbeiter mit in die Tiefe. Das Gerüst war gestern nachmittags bis zur vierten Etage vollendet. Die Arbeiter hatten sich bereits mit den Baumaterialien auf das Gerüst hinaufbegeben, um die Maurerarbeiten in der vierten Stockwerk fertigzustellen. Etwa 20 Leute hatten sich auf dem Gerüst aufgehalten, als dieses plötzlich unter lautem Gepolter zusammenstürzte. Die anderen Arbeiter hatten sich noch im letzten Augenblick auf einen eisernen Träger, der stehen geblieben war, retten können. Zwei der Verunglückten waren unter den zusammengefallenen Trümmern vollständig verschüttet worden. Nach kurzer Zeit waren zahlreiche Arbeiter zur Stelle, die die Verunglückten aus den Trümmern befreiten. Es wurden nun sofort zwei in der Nähe wohnende Ärzte herbeigerufen, die den Verletzten die erste Hilfe angedeihen ließen. Am schwersten verletzt waren der 19jährige Maurer Wulff aus Pichtenau bei Friedrichshagen und der Maurer Köhl aus der Prossauerstraße in Berlin. Wulff liegt im Sterben. Köhl ist lebensgefährlich verletzt und er wurde nach Anlegung von Notverbanden nach dem Krankenhaus am Friedrichshagen gebracht. Dort fanden auch noch einige andere der Verunglückten Aufnahme. Die Verletzten hatten zumeist Bein- und Knochenbrüche sowie schwere Quetschungen und innere Verletzungen erlitten. Der Bau wurde von der Polizei abgeperrt und über die Ursache der Katastrophe eine Untersuchung angeordnet. Sie dürfte jedenfalls auf allzu große Ueberlastung zurückzuführen sein. Der Neubau wird von der Baufirma Wolff in Röpenitz ausgeführt.

Weissenfee.

In der Generalversammlung der Holzstelle Weissenfee des Deutschen Holzarbeiterverbandes erstattete Fuhrmann den Verwaltungsbericht der letzten 1 1/2 Jahre. Die Mitgliederversammlung im Januar hatte beschloffen, während der Aussperrung die Verwaltung in ihren Aemtern zu belassen. Aus der Aufnahme einer Statistik über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Holzarbeiter am Ort beteiligten sich, wie Fuhrmann ausführte, leider ein Teil der Kollegen nicht. Die Mitgliederzahl betrug am Ende des Jahres 1908 1100, dieselbe ist gegenwärtig auf 700 gesunken. Hier bedarf es wieder der intensiven Tätigkeit aller organisierten Kollegen, um die Mitgliederzahl wieder auf die frühere Höhe und darüber zu bringen. An Versammlungen fanden im Jahre 1908 statt: vier Generalversammlungen, 2 außerordentliche und 5 Mitgliederversammlungen; außerdem 22 ordentliche, 3 außerordentliche, 4 engere und 2 kombinierte Sitzungen. Im letzten Halbjahre fanden 8 Versammlungen und 12 Verwaltungssitzungen statt. Den gedruckt vorliegenden Kostenbericht ergänzte Kollege Fendel. Die Versammlung beschloß sich ab dann mit dem Verhalten der Mitglieder Wehrle und Bolleschad gegenüber der Verwaltung. Dieselbe schlug der Versammlung den Ausschluß der beiden Mitglieder vor. Bevor jedoch hierüber verhandelt wurde, erklärte Wehrle seinen Austritt aus dem Verband. Der Ausschluß von Bolleschad wurde abgelehnt. Die Wahlen zur Ortsverwaltung wurden in einer ein paar Tage später stattgefundenen Versammlung vorgenommen und hatten folgendes Ergebnis: 1. Bevollmächtigter Franz Schlemminger, 2. Bevollmächtigter Kurt Fuhrmann, Schriftführer Richard Daeschner und Revisoren Müller, Bedow und Range. Als Vertrauensmann wurden die Kollegen Kamke, Schönholz, Schnell und Daeschner gewählt. Der Bericht und die Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskartell soll in der nächsten Versammlung erfolgen. Das Verbandslokal bleibt der Prälaten.

Ein schreckliches Brandunglück hat sich vorgestern in der Parkstraße 7a zugetragen. In der Kellerwohnung hatte die Frau des Arbeiters Klotz, während sie eine Verorgung erledigte, ihre beiden kleinen Kinder allein zurückgelassen. Die Kleinen, zwei Mädchen im Alter von 5 und 8 Jahren, holten sich aus der Tischauflage Streichhölzer herans und spielten damit. Wäplich entzündete sich eines der Hölzer, und im nächsten Augenblicke stand die fünfjährige Marie, deren Kleider Feuer gefangen hatten, in hellen Flammen. Auf das Geschrei der Kinder hin eilte die Hauswirthin hinzu, und es gelang ihr auch, die Flammen an dem brennenden Kinde zu löschen. Das bebauerte Gesichts hatte jedoch bereits furchtbare Brandwunden erlitten. In völlig hoffnungslosem Zustande wurde die Kleine in das Auguste Victoria-Krankenhaus eingeliefert.

Reinickendorf.

Aus der Gemeindevertretung. Zunächst wurde über den Erlaß einer Polizeiverordnung für Schweinemästerei verhandelt. Unsere Genossen stimmten dem Erlaß dieser Verordnung zu, da hauptsächlich eine arge Verelendung der in der Nähe einer Schweinemästerei Wohnenden vorhanden ist, und die Schweinemäster seit Jahren nicht das Beringelte getan haben, um diesen Uebelstand zu beheben. Von unseren Genossen wurde sogar angeregt, die Verordnung auch auf die Gänsemästereien auszudehnen. Die Verordnung bestimmt hauptsächlich, daß das Kochen des Futters (zumeist Abfall aus Kesseln und Restaurationen), sowie die Abfuhr des Dunges nachts zu erfolgen hat. Die Vertretung beschloß einstimmig, die Verordnung zu erlassen. Des Weiteren wurden 500 M. als Beitrag zur Förderung der architektonischen Ausgestaltung von Wohnhäusern bewilligt. Seitens der hiesigen Schlächtermeister war ein Antrag eingegangen, die jetzt in der Kopenhagenerstraße befindliche Freibank nach belebteren Stellen des Ortes zu verlegen, und zwar je eine im östlichen und im westlichen Teil. Der Antrag wurde vom Gemeindevorsteher, Schlächtermeister Henschke, sowie auch von unseren Genossen lebhaft unterstützt. Letztere unterstützten den Antrag deshalb, weil die Freibank so abseits jeglichen Verkehrs und ohne Rücksicht auf die tatsächlichen Bedürfnisse untergebracht ist. Trotzdem wandte sich der Bürgermeister gegen eine Verlegung, da dadurch die Kosten noch mehr steigen würden, und nach dem Kommunalabgabengesetz die Kosten der Freibank durch die Freibank selbst wieder aufgebracht werden müßten. In voller Klarheit zeigte sich bei dieser Gelegenheit der Schöffe Dr. Kühnemann, der Sohn des berühmten Scharfmachers Kühnemann. Auf den Hinweis unserer Genossen, daß die Verlegung im Hinblick auf die erworbene Bevölkerung unbedingt erforderlich sei, erwiderte er, daß er gerade die jetzige Lage mit Rücksicht auf diesen Grund für die richtige halte; denn dadurch würden diejenigen vom Kaufen bei der Freibank abgehalten, die es nicht nötig hätten, da zu kaufen. Im übrigen aber, wem zu weit ist, der laß ja fahren. Daß gerade die arme Bevölkerung, bei der auch die Hausfrau und selbst die Kinder schon tätig sein müssen, am wenigsten Zeit haben, und daß, wer genötigt ist, das Freibankfleisch zu kaufen, nicht in der Lage ist, zum Fleischpreis auch noch das Fahrgeid zu bezahlen, kam diesem behabigen Bourgeois nicht in den Sinn. Die Angelegenheit wurde schließlich einer Kommission von sieben Mitgliedern überwiesen, in die auch Genosse Prange gewählt wurde. Bewilligt wurde ferner die Aufstellung von zwei Bedürfniskosten sowie drei Ueberflurdrännten und beschloffen, die Mittel hierfür in den nächstjährigen Etat einzustellen.

Sodann gab der Bürgermeister Wille Kenntnis von dem Verkauf von Gelände in Schönerlinde im Betrage von 3 Millionen Mark. Dasselbe soll in Gemeinschaft mit der Gemeinde Wittenau zu Nieselwäldern verbandelt werden. Die Hälfte des Kaufpreises soll den bisherigen Besitzern auf 10 Jahre hypothekarisch eingetragen werden, den Rest stellt die Kur- und Neumärkische Darlehnskasse zur Verfügung. Das Terrain soll einwärtig verpachtet werden. Im übrigen sollen sowohl Lübars-Waldmannslust als auch Nieselwäldchen geneigt sein, einem Nieselwälderverband beizutreten. Ein nochmaliger Antrag der Regierung zwecks Verlegung des Gutsbezirks Jungfernheide mit der Gemeinde Reinickendorf zu einem Gesamtschuldenverbande wurde nach kurzer Diskussion, an welcher sich auch Genosse Schilling beteiligte, einstimmig abgelehnt. Begründend wurde ausgeführt, daß dann nur noch die Schul-

behörde, aber nicht die Gemeinde Reinickendorf etwas zu bestimmen habe, letztere aber um keinen Preis ihr Recht aus den Händen geben will, da der vorläufige geringe materielle Vorteil sehr bald ins Gegenteil umschlagen könne. Hierauf folgte geheime Sitzung.

Ober-Schöneweide.

Bei einem Stillsitzverbrechen wurde am Sonnabend voriger Woche der Arbeiter Lindenberg abgefaßt. Hausbewohnern kam es verdächtig vor, daß er sich in Abwesenheit einer Witwe bei deren 13jährigen Tochter Eingang verschaffe. Als man infolge dessen in die Wohnung eintrat, mußte er erst aus einem Versteck hervorgeholt werden. Der Polizei gegenüber bequante er sich zu dem Geständnis, sich an dem Mädchen vergangen zu haben. Lindenberg ist, wie uns mitgeteilt wird, eine Stütze der evangelischen Geistlichkeit und eines jener Elemente, welche den an der Spitze der hiesigen Parteibewegung stehenden Genossen des öfteren unflätige Postkarten zusenden.

Tegel.

Die Einführung des Orisportos mit Berlin ist auf die letzte Eingabe der Gemeindeverwaltung Tegel erneut vom Reichspostamt zurückgewiesen worden. Es scheint dabei fast, als kenne die ablehnende Inanspruchnahme der merkwürdigen postalischen Verhältnisse von Tegel nicht. Der Antwortende prüft sich nämlich auf das Postgesetz und sagt, die Ablehnung erfolge, weil die Bebauung zwischen Reinickendorf-West und Tegel noch bedeutende Lücken aufweise. Nach dem Postgesetz sollen nämlich zwischen zwei durch Orisporto verbundenen Ortschaften nicht mehr als 600 Meter Zwischenraum sein. Der Herr am grünen Tisch hat sich nun wieder nur die Karte angesehen und dort allerdings geographisch zwischen Reinickendorf-West und Tegel eine große Lücke gefunden. Er hat aber vollständig vergessen, daß diese Lücke von der Post selbst längst, d. h. seit etwa neun Jahren, überbrückt ist. Als dies zunächst durch Eingiehung des Strafgefängnisses Tegel in den Bestellsbezirk Reinickendorf geschah, das während die Kaserne des Schießplatzkommandos, der Punkt B und das Luftschiffhafen zum Amt 18 bezog, Tegel gehörte, zur Gemeinde Tegel zugefügt worden ist, war die Orisportofrage noch nicht aktuell. Als es dann das Orisporto gab, blieb auch das Strafgefängnis bei Reinickendorf-West. Es entstanden jene wiederholt und auch leithin geschriebenen, fast unhaltbaren Verhältnisse, daß Briefe in einem Tegeler Briefkasten billiger befördert wurden als in dem anderen. Die Gemeindevertretung beschloß in ihrer letzten Sitzung zu dieser Sache einstimmig, erneut beim Reichspostamt unter Beifügung eines erläuternden Berichtes vorstellig zu werden und gleichzeitig um eine Lokalbefestigung zu bitten, um dadurch den Herren zu beweisen, daß die Verhältnisse ganz andere sind, als die als Grund für die Ablehnung angezogenen.

Außerdem wurde der Austritt aus der Berliner Rettungsgesellschaft von 1908 ab beschloffen, da die Gemeinde nach Uebertragung des Betsinnwesens an die Stadt Berlin kein Interesse mehr daran hat, um so mehr als jetzt bald der Bau des vierten Gemeindefrankenhauses in Reinickendorf beginnen wird. Die Einrichtung einer Rechtsanwaltsstelle für Tegel, die der Verein für Rechtspflege unentgeltlich angeboten hätte, mußte aus augenblicklichem Raumangel noch auf ein Jahr vertagt werden. Die Lokalbefestigung in der vorigen Woche hatte das Ergebnis, daß der Zustand der Straßen als sehr schlecht erkannt wurde. Namentlich auf die Befürwortung des Gemeindevorsetzers Gutfeld hin, der die Qual der Pferde auf den grundlosen Wegen lebhaft schilderte, wurde beschloffen, die Spandauerstraße mit 4 Meter breitem Pflaster von der Gadowstraße bis zur Egellsstraße zu versehen, sich dann aber auch nicht weiter um die noch mit der anliegenden „Germania“ (Fr. Krupp) schwebenden Differenzen zu kümmern, sondern zu warten, bis die Aktiengesellschaft selbst die Straßenregulierung für notwendig erachtet. Gleichzeitig soll auch der Weg von der Bernauerstraße zum Gemeindefriedhof mit provisorischem 4 Meter breitem Pflaster versehen werden. Die Mittel werden dem Dispositionsfonds entnommen werden. Der Austausch von Land mit der Eisenbahn wurde unter der Maßgabe genehmigt, daß die Parzelle, auf deren Seite mehr Feld wird, diesen Ueberschuss mit 8 M. per Quadratmeter bezahle soll. Endlich konnte noch mitgeteilt werden, daß vom 1. Oktober bis 31. März in Tegel ein Präparandenkursus stattfindet. Zum Kursusleiter ist der im Oktober eintretende zweite Tegeler Rektor Müller bestimmt. Von den Gesamtkosten in Höhe von 4340 M. erhält Tegel 600 M. für die Räume. Für diese sind die jetzigen Mädchenschulräume im Gemeindefriedhof, Berlinerstr. 4, vorgesehen. Die Vertretung war damit einverstanden und sprach die Hoffnung aus, daß Tegel einmal ein Lehrerseminar erhalten werde.

Hohen-Schönhausen.

Die in der letzten Gemeindevertretung bewilligte Anleihe wird nach einem weiteren Beschluß bei der Kreis-Sparkasse zu folgenden Bedingungen aufgenommen: Das Geld ist halbjährlich kündbar und mit 3/4 Proz. zu verzinsen; erfolgt keine Kündigung, so ist die Anleihe in 42 Jahren zurückzahlen. — Die Petition an das Polizeipräsidium zur Ausdehnung der Drohnenverordnung auf Hohen-Schönhausen ist abschlägig beschieden worden. Die Gemeindevertretung beschloß, wenn die Gemeinde Tegel in dieser Sache weitere Schritte unternehmen sollte, sich dem anzuschließen. — Die Gutsverwaltung soll aufgefordert werden, ihrer Pflicht, das Ertrigenhaud in ordnungsmäßigem Zustande zu erhalten, besser nachzukommen.

Gerichts-Zeitung.

Die Maus im Brotteig.

Das tragische Geschehen einer Maus, die sich in den Brotteig verirrt und dort ihr Dasein geendet hatte, bildete den Ausgangspunkt einer Verleumdungssache, welche am Mittwoch unter lebhafter Anteilnahme zahlreicher Zuhörer vor dem Schöffengericht verhandelt wurde. Verleumdungsgelüste hat sich in der Wäckerie von Richard Müller, Pappelallee 84, abgelebt und ist von dem Wäckerer Walper, nachdem er aus dem Müllerschen Betriebe entlassen war, in einem Schanklokal erzählt worden. Aus diesem Anlaß hat der Wäckermeister Müller den Gefellen Walper wegen Verleumdung verklagt. Die Klage stützt sich auf die §§ 185, 186 und 187 des Strafgesetzbuches. Sie geht also von der Annahme aus, daß die Mausegeschichte unwahr ist und der Angeklagte unwahre Behauptungen wider besseres Wissen verbreitet hat.

Die Gerichtsverhandlung hat jedoch einwandfrei ergeben, daß acht Wochen vor der Entlassung des Angeklagten tatsächlich eine Maus im Brotteig gefunden wurde. Herr Müller selber bestritt das gar nicht und ein Gefelle, der bereits neun Jahre im Müllerschen Betriebe arbeitet und heute noch daselbst beschäftigt ist, bekundete es. Im Laufe der Verhandlung war sogar von zwei Fällen die Rede, wo Mäuse im Teig gefunden sind. Einmal soll es eine ganze Maus gewesen sein und ein andermal fand ein Gefelle etwas im Teig, was er für eine Strippe vom Mehlack hielt, was sich aber bei eingehender Verlesung als ein „Mausechwanzchen“ erwies. Der Kläger Müller kann, wie gesagt, diese Tatsachen nicht bestreiten, er meint aber, seine Wäckerie sei ein Musterbetrieb. Derselbe sei so vollkommen eingerichtet, daß eine Maus gar nicht in den Teig gelangen könne; es sei denn, jemand habe sie hineingeworfen. Der Kläger ließ auch durchblicken, der Angeklagte könne die Maus in den Teig präpariert haben, um — der sozialdemokratischen Partei und dem Wäckererbande Agitationsmaterial gegen die Wäckermeister zu liefern! Es konnte jedoch nicht der Schimmer eines Verleides

dasür erbracht werden, daß der Angeklagte an dem Schicksal der Maus und der Verunreinigung des Teiges irgendwie beteiligt war.

Warum klagt nun der Wäckermeister Müller, da doch das Vorhandensein einer Maus im Teig feststeht, der Angeklagte also nur eine wahre Tatsache verbreitet hat? Der Anwalt des Klägers sagt: Wenn auch die Tatsache richtig ist, so ist doch ihre Verbreitung als Verleumdung strafbar, denn der Kläger ist dadurch geschädigt und der Angeklagte hat kein berechtigtes Interesse, diese Tatsache zu verbreiten. Zudem soll auch die Form, in welcher der Angeklagte die Mausegeschichte verbreitete, dafür sprechen, daß es ihm nur um eine geschäftliche Schädigung Müllers zu tun war. Der Angeklagte soll nämlich der Erzählung von der Auffindung der Maus im Teig noch die Bemerkung hinzugefügt haben, dem Meister Müller sei die Geschichte von der Maus mitgeteilt, er habe aber nichts dazu gesagt. In dieser Hinsicht sei nun vor Gericht festgestellt worden, daß ein Gefelle dem Meister Müller mitteilte, man habe eine Maus im Teig gefunden. Zu jener Zeit war aber das Brot schon fertig und zum Teil verkauft. Herr Müller erwiderte nichts auf diese Mitteilung. In der Meinung, er habe sie überhört, teilte derselbe Gefelle dem Meister Müller die Sache noch einmal mit. Darauf ging Herr Müller in die Wäckerie und sagte zu den Gefellen, wenn solche Schweinerei wieder vorkäme, dann solle der Teig weggeworfen und zu Schweinebrot verarbeitet werden. — Wie die Beweisaufnahme ergab, hat der Angeklagte den Vorgang nicht anders als in diesem Sinne erzählt. Seine Preisprechung schien hiernach sicher. Trotzdem wollte der Kläger von einer Einigung, die der Vorsitzende wiederholt anregte, und zu der auch der Angeklagte bereit war, nichts wissen.

Die Verhandlung verlief schließlich der Vertagung, weil der Angeklagte Widerklage erhob wegen eines Platats, durch dessen Inhalt ihn der Kläger beleidigt hatte, worüber auf Antrag des Widerbeklagten noch einige Zeugen geladen werden sollen.

Der schuldige Eisenbahnsturz.

Ein schwerer Eisenbahnsturz, der sich am Morgen des 18. April dieses Jahres an dem Bahnhofsübergang in der Nähe des Bahnhofes Wiesdorf ereignet hatte, lag einem umfangreichen Strafprozeß zugrunde, der gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Barnaisch vor der ersten Strafkammer des Landgerichts III zur Verhandlung gelangte. Unter der Anführung der fahrlässigen Tötung und der fahrlässigen Gefährdung eines Eisenbahntransportes mußte sich der 36jährige Bahnwärter Friedrich Vletiermann verantworten. — Am Morgen des 18. April ereignete sich auf der Obbahn eine entsetzliche Eisenbahnkatastrophe, der zwei Menschen zum Opfer fielen. Der Dachdeckermeister Höcht in Knautsdorf fuhr an jenem Unglücksstage gegen 7 Uhr morgens in einem mit Teertonnen beladenen Arbeitsfuhrwerk von seinem Wohnort fort, um sich nach Wiesdorf zu begeben. In seiner Begleitung befanden sich die Lehrlinge Richard Stepputes und Johannes Rusenwald, welche ebenfalls auf dem Wagen Platz nahmen. Als Höcht an die Station Wiesdorf kam, mußte er an dem nur wenige Meter von dem Bahnhof gelegenen Wegübergang Halt machen, da gerade ein Güterzug die Stelle passierte und die Schranken deshalb geschlossen waren. Als der Zug vorübergefahren war, gingen die Schranken hoch. Höcht fuhr nunmehr über die Schienen hinweg. In demselben Augenblicke, als er sich mitten auf den Gleisen befand, brause von der anderen Seite ein anderer Güterzug heran. Es erfolgte ein furchtbarer Anprall, dessen Geräusch auf weite Entfernung hin vernehmbar gewesen war. Die Lokomotive erfaßte das Fuhrwerk und schleifte es etwa 50 Meter mit fort. Höcht und der Lehrling Stepputes wurden von dem Wagen herabgeschleudert und unter den Rädern der Lokomotive getötet. Der zweite Lehrling wurde den Bahnkörper verunletzt geschleudert und kam ohne jegliche Verletzungen davon. Der geübte Höcht war 43 Jahre alt und hinterließ eine Frau und fünf kleine Kinder. Die beiden Pferde des Fuhrwerks hatten schwere Verletzungen erlitten und wurden durch den Gendarm Scheible in Wiesdorf getötet. — Für diesen Unfall wird von der Anklagebehörde der jetzige Angeklagte Vletiermann verantwortlich gemacht, weil er angeblich die Schranken zu früh hochgelassen hatte.

Der Angeklagte hat seit dem Jahre 1900 in Diensten der Eisenbahnbehörde und hat bereits seit zwei Jahren an der Anklagebehörde einen Bahnwärterposten inne. Schon vor längerer Zeit war an dem fraglichen Übergang ein Unfall geschehen. Der damals diensttuende Schrankenwärter wurde sofort seines Amtes enthoben. Seitens der Gemeinde Wiesdorf und des dortigen Grundbesitzervereins waren wiederholt Petitionen an den Eisenbahnminister gerichtet worden, in denen Klage über den höchst ungünstigen und gefährlichen Bahnübergang, den täglich etwa 120 Züge passieren, geführt wurde. Die Verhandlungen wegen einer Uebersiedlung für den Wagenverkehr zerfielen jedoch, da die Eisenbahnbehörde zu hohe Forderungen gestellt hatte.

Vor Gericht bestritt der Angeklagte, irgendwie seine Pflicht vernachlässigt und fahrlässig gehandelt zu haben. Die alleinige Schuld an dem Unglück trage der höchst gefährliche und unübersehbare Bahnübergang. An jenem Morgen habe er von 8 Uhr ab Dienst gehabt. 7.47 Uhr habe der von Berlin kommende Güterzug 8829 die Unfallstelle passieren müssen. Um 7.50 Uhr, also drei Minuten später habe er erst den von Strausberg herkommenden Güterzug 8064 erwartet. Während dieses kurzen Zeitraumes habe er stets gemäß seiner Vorschrift das Publikum und die Fuhrwerke über die Weise hinweggelassen. Unglückslicherweise sei aber an dem Morgen der zweite Güterzug zu früh angelangt, weil er zu schnell gefahren sei. Die Züge hätten sich deshalb nicht wie sonst erst bei Wühlgarten, sondern schon bei dem Bahnhof Wiesdorf gekreuzt, womit er nicht rechnen konnte und durfte. Außerdem habe das Ausfahrtsignal an Bahnhof auf „Halt“ gestanden, so daß der Zug vor dem Uebergang hätte halten müssen. Durch die ungünstige tiefe Lage des Uebergangs sei ihm ferner auch noch der Ueberblick über die Strecke durch Bäume und Gebüde vollständig behindert gewesen, so daß er den Zug nicht einmal habe sehen können.

Rechtsanwalt Dr. Werthauer hob hervor, daß der Angeklagte absolut richtig gehandelt habe, wenn er die Schranken öffnete. Er konnte keinesfalls damit rechnen, daß der zweite Zug schon die Schranken erreichte, weil das Ausfahrtsignal auf „Halt“ stand und erst im letzten Augenblicke die Strecke freigegeben wurde.

Der Führer des zweiten Zuges, Lokomotivführer John, befundete, daß er von seiner Maschine aus überhaupt nicht die Barriere sehen konnte, da die Aussicht vollständig durch Bäume und die Stationsgebäude versperrt war. Der Angeklagte selbst hätte seinen Zug nur sehen können, wenn er sich mitten auf dem Gleis gestellt hätte. Das Einfahrtsignal habe auf „freie Fahrt“ gestanden, während das Ausfahrtsignal auf „Halt“ gestanden habe.

Rechtsanwalt Dr. Werthauer verwies auf die diesbezüglichen Dienstvorschriften, nach welchen ein Zug nicht in die Station hineingelassen werden dürfe, wenn nicht von der nächsten Blockstation das Ausfahrtsignal gegeben sei. Dieses Versehen der Stationsbeamten habe hauptsächlich bei dem Unfall mitgewirkt.

Der als Sachverständiger geladene Regierungs- und Bauat Wulle von der Eisenbahndirektion Magdeburg gab auf Befragen des Verteidigers zu, daß der Zug vor der Station hätte halten müssen, da das Ausfahrtsignal auf „Halt“ gestanden habe. In diesem Falle habe auch die Einfahrt in den Bahnhof gesperrt sein müssen.

Staatsanwalt Dr. Linde hielt eine Fahrlässigkeit des Angeklagten für festgestellt und beantragte mit Rücksicht auf die überaus traurigen Folgen, die daraus entspringen sollen, eine Gefängnisstrafe von einem Jahre.

Das Gericht folgte dem auf Freisprechung lautenden Entschlusse des Verteidigers, der geltend gemacht hatte, daß eine Schuld auf Seiten des Angeklagten keineswegs vorhanden sei.

Die Verhandlung hat hier unzweifelhaft ergeben, daß die Schuld an dem Tod der Uebertäterin lediglich der Fiskus trägt, der die Unhaltbarkeit der Zustände geradezu als Pressionsmittel benutzte, eine möglichst hohe Entschädigung für die Befreiung derselben herauszuschlagen.

Kinder im Gefängnis. Das Landgericht in Wahrensch verurteilte einen 12 Jahre alten Knaben, weil er mit gleichaltrigen Mädchen umme Streiche gemacht hatte, wegen Sittlichkeitsvergehens zu 1 Monat Gefängnis.

Vermischtes.

Im Coupé überfallen. Gestern nacht wurde in einem Abteil dritter Klasse des Hamburg-Berliner Zuges plötzlich eine Frau Kaufmann aus Groß-Lichterfelde überfallen. Genannte Frau war mit ihrem Bruder nach Hamburg gefahren, und als sie sich in der gestrigen Nacht auf der Rückfahrt befand, machte sich ein Mann durch unfälliges Beobachten der beiden Personen verdächtig. Der Bruder der Frau legte sich nichtahnend um und schlief, während sich seiner Schwester durch das auffallende Verhalten des fremden Mannes ein ängstlicher Gesichtsausdruck bemächtigte. Kurz vor der Station Ludwigslust sprang der Mann plötzlich auf die Frau zu und würgte sie. Der Bruder wurde nun durch das Auffrischen seiner Schwester wach und rang den Stroh zu Boden. Inzwischen wurde die Kofferleine gezogen und der Zug zum Stehen gebracht.

Der Täter wurde nach vieler Mühe auf Veranlassung des Bruders auf dem Bahndhof Ludwigslust aus dem Zug befördert. Bereits vor der Station hatte sich ein noch mit im Coupé befindlicher Mann aus dem Zuge entfernt und die Flucht ergriffen. Anscheinend handelte es sich um einen gemeinschaftlichen Plan.

Rettung schiffbrüchiger Matrosen. Die Hamburg-Amerika-Linie teilt mit: Laut telegraphischer Nachricht aus Madrat ist dort das englische Kanonenboot „Lawing“ von Mosera eingetroffen. Es berichtet, daß gemäß den Aussagen von Eingeborenen Mosera die beiden fehlenden Boote des an der Südküste Arabiens bei Ras Madraka gestrandeten deutschen Dampfers „Leutonia“ mit 16 Leuten das Festland erreicht haben, und daß die Verletzten zu Lande nach Madrat unterwegs sind.

Brückeneinsturz. Im Vadeort Szegawonia stürzte nach einem Telegramm aus Lemberg die hölzerne Ragdalenenbrücke ein, wobei 40 Personen, darunter 13 Kinder, erheblich verletzt wurden.

Überritten. In Mitrowitz stürzten während einer Uebung des 11. Dragonerregiments ein Rittmeister und ein Dragoner; sie wurden von den nachfolgenden Mannschaften überritten und schwer verletzt.

Ein großer Brand ist im Hafen zu Dänkirchen in einem mächtigen Juteispeicher ausgebrochen.

Wieder ein Schnellzug entgleist. Auf der Bahnlinie Landerneau-Quimper entgleiste ein Schnellzug vor einem Tunnel. Die Lokomotive stürzte von dem 20 Meter hohen Bahndamm in einen Graben. Ein Bahnbediensteter und fünf Reisende wurden verwundet.

Selbstmord eines Geistlichen. In Szilso hat sich nach Dubapher Meldung der Domherr Schmar aus unbekanntem Gründen erschossen.

Briefkasten der Redaktion.

Als juristische Ehrenkunde findet Friedrichstr. 10, Aufgang 4, eine Treppe (Gabelstraße, Gabelstraße, Durchgang nach Lindstr. 101), wochentäglich von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Gedruckt 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Druckerei um 6 Uhr. Jeder Aufsatz ist ein Buchstabe und eine Zahl als Zeichen zu bezeichnen. Briefliche Antworten sind nicht erbeten. Gültige Fragen trage man in der Ehrenkundschaft vor.

W. Antoinette. Die elende Lage des proletarischen Dichters W. Antoinette (New York) ist uns selber erst kürzlich bekannt geworden. Der Varieteevorstand hat bereits geeignete Schritte in New York unternommen. — **S. 50.** Die Scheidung kann 1/2-1 Jahr dauern; wenn Sie nur wenig Einkommen haben, lassen Sie sich vom Magistrat Berlin (Stadttrat Rönigerberg) ein Armenatell geben und gehen damit auf die Armenbestände des Amtsgerichts Mitte, Neue Friedrichstr. Ohne Armenatell etwa 150 M. Kosten. — **S. 36.** Das überreichliche Rehabilitationsgesetz ist unseres Wissens noch nicht erlassen. — **H. S. 22.** Die Vormundschaft ist erforderlich. Doch kann die Mutter selbst zum Vormund bestellt werden. Nach der Heirat ist die Vormundschaft beendet. — **S. 23.** Das Testament ist gültig, wenn der Ehemann es unter Angabe des Ortes und Datums (z. B. Berlin, 11. August 1907) eigenhändig von Anfang bis zu Ende selbst geschrieben und mit Vor- und Nachnamen unterschrieben hat, und wenn die Frau, ebenfalls unter eigenhändiger Niederschrift des Ortes und Datums selber darunter schreibt: „Vorliegendes Testament meines Ehemannes enthält auch meinen eigenen letzten Willen“. Dieser Zusatz muß mit Vor- und Nachnamen der Frau unterschrieben sein. Wenn vorstehende Formvorschriften nicht beobachtet sind, muß das Testament gerichtlich oder beim Notar gemacht werden. — **S. 3. S. 8.** 1. Wir nehmen an, daß es sich um eine Verkäuferin handelt. In diesem Falle gilt schiedsgerichtliche Klügelungsgerichts zum Quartalsabschluss. 2. Ründliche Vereinbarungen sind gültig. — **E. R. 99.** Nach Ihre Sachverhaltung hat der Käufer kein Recht, die 1800 M. zurückzubehalten. — **H. S. 23.** 1. Nach dem Unfallversicherungsrecht sind auch Lehrlinge, welche das 16. Lebensjahr vollendet haben, Versicherungsspflichtig. 2. und 3. Der Meister macht sich dadurch, daß er Marken nicht freit, strafbar. Erstattungsansprüche haben Sie nicht gegen ihn. — **Spanbauer Abkommen (ohne Chiffre).** 1. Ohne Kenntnis des Vereinsstatus nicht zu beantworten. 2. Der Vorgesetzte war nicht persönlich interessiert, durfte also an der Beschlußfassung teilnehmen. 3. 4. 5. Wie zu 1. — **J. S. 3. S. 61.** In erster Linie kommt es auf den Inhalt der Versicherungspolice an. Ueberhaupt ist die Versicherungsanstalt nur dem Versicherungsnehmer haftbar, die Eltern können sich nur an den Versicherungsnehmer halten. — **C. 16.** 1. Recht. Nur wenn das Mädchen in einem verdingungspflichtigen Gewerbebetrieb (Restaurant, Geschäft usw.) beschäftigt ist, 2. kommt auf die Art des Gewerbebetriebes an. Fragen Sie auf dem Polizeirevier. 3. Die Dienstzeit muß bis zur Beendigung des Dienstes, längstens aber sechs Wochen für Lohn, Kost, Wohnung und ärztliche Behandlung aufkommen. — **Sagenenerzählung 7.** 1. Strafantragsgesetz läuft drei Monate, von Kenntnis des Verletzten und der Beleidigung an gerechnet. 2. Wegen der Beleidigung vom 28. Juli 07 können Sie noch Schadenersatz erheben. Wegen der Formalitäten wenden Sie sich an einen Rechtsanwalt. 3. Gerichtslosten vorläufig etwa 20 M. 4. Zum Widerruf im „Gewerblich“ muß die Beleidigung nicht verpönblich; doch war Ihre Aufzählung kein direkter Vorwurf. 5. Das Gewerbe muß beim Polizeirevier angemeldet worden sowie beim Magistrat. 6. An Kosten entfällt nur die Gewerbesteuer. 7. Nein. — **S. E. Seit 1871.**

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktschreiberei. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 70-75 pr. 100 Pfd., Ia 61-69, IIIa 50-60, Bullenfleisch Ia 65-70, IIa 53-63, Käse, fett 52-60, do. mager 40-50, Pfeffer 50-64, Ziegen, dän. 52-63, do. holl. 0,00, Kalbfleisch, Doppellender 100-120, Muttelbier Ia 75-85, IIa 66-74, Kälber ger. gen. 47-60, do. holl. 0,00, dän. 0,00, Hammelfleisch, Rasthäuser 80-82, Hammel Ia 75-79, IIa 69-74, Schafe 68-68, Schafschmalz 65-72, Hehdod Ia pr. Hund 0,60-0,75, IIa 0,60-0,59, Hottisch Ia 0,40-0,60, do. IIa 0,25, Dampfschiff 0,58-0,60, Schweine 0,40-0,48, Rindfleisch per Stück 0,30-0,50, do. australische 0,00, Schweine per Stück Ia 0,00, Rindfleisch per Stück 0,00, Gänser, alte, per Stück 1,40-2,40, IIa 0,70-1,25, do. Junge 0,40-1,00, Tauben 0,20-0,50, italienische 0,00, Enten per Stück 1,00-2,00, do. Hamburger per Stück 2,00-2,50, Hühner pr. Pfd. 0,58-0,65, do. per Stück 2,00-4,00, do. Hamburger, per Pfd. 0,00, per Stück 0,00, do. Oberbruder pr. Pfd. 0,00, Woulets per Stück 0,80-1,10, Gänsehühner 0,00, Gänse per 100 Stück 119-139, do. matt 119-119, do. mittel und groß 109-113, do. groß 0,96, Gänser, mittel 0,00, do. matt 0,00, Schmalz, mittel 123-132, do. groß 124, do. 151-178, Hefe, groß 87-99, do. klein und mittel 83-93, mittel 88-96, do. un-

terleitet 0,50, do. groß-mittel 89-99, do. klein 62-80, Wäghen, matt 0,00, Robben 0,00, Karfpen 0,00, Mele, matt 53-57, Bunte Fische 65-85, Barle 80-100, do. matt 0,00, Hilo klein 0,00, Karanfchen 85-104, do. klein 0,00, Meißliche 0,00, West 0,00, Mand 0,00, Quappen 0,00, Amerikanischer Lachs Ia neuer, per 100 Pfd. 110-120, do. IIa neuer 90-100, do. IIIa 80, Seelachs 10-20, Flundern, Kiefer, Störge Ia 2-6, mittel per Riste 2, dän. Störge 4-6, halbe Riste 2-3, dän. Ia Schod 9, IIa 1-3, Schillinge, Kiefer per Maß 2-3, Stroh 3,50-5,00, Born, 0,00, Hefe, groß pr. Pfd. 1,10 bis 1,40, mittelgroß 0,80-1,10, klein 0,60-0,80, Heringe pr. Schod 5-9, Schafschmalz Riste 3-4,00, Riste 1,50-2, Sardellen, 1902er pr. Kister 98, 1904er 98, 1905er 98, 1906er 90-95, Schottische Vollbeeringe 1906 0,00, Largo 40-44, full 38-40, mod. 35-42, beutliche 47-44, Heringe, neue Ristes, per 7, Lo. 60-120, Carbinen, russ. Fisch 1,50-1,60, Grauberinge Fisch 1,20-1,40, do. Hühle (4 Riste) 1,40-1,70, Remington, Schodfah 11, do. kleine 5-8, da. Risten 14, Riste pr. Schod, große 28,50, do. mittelgr. 18,50-20,50, do. kleine 4,50-5,00, do. unsortiert 4,00-6,50, Golliter groß 0,00, do. unsortiert 0,00, Ger, Lond., unsortiert pr. Schod 3,40, do. große 4,00, Butter pr. 100 Pfd. Ia 117-120, IIa 109-117, IIIa 100-108, abfallende 90-95, Saure Gurken, neue, Schod 4,00, Pfeffergrünen 4,00, Kartoffeln pr. 100 Pfd. weisse runde 2,25-3,25, dünne 2,75-3,75, Rosten 2,50 bis 2,75, Riesen 2,75-3,00, Boret, Schod 0,50-1,00, Kewerrellsch, Schod 5-15, Spinat pr. 100 Pfd. 20-25, Sellerie, per Schod 2,00-3,00, Zwiebeln pr. 100 Pfd. 5,00-6,00, do. kleine 0,00, do. hiesige (West) 0,00, Kartoffeln 0,00, Veteerille, grün, Schodfand 0,75-1,00, Kohlrabi Schod 0,75-1,25, Rettich, bair., neue Stück 0,07-0,10, do. hiesige, Schod 3-4, Roderbüben, per 100 Pfd. 4,00 bis 6,00, Karotten, hiesige, Schodfand 2,00-3,00, Birnenlohl pr. Schod 4,00 bis 12,00, Hottisch, Schod 6-12, Weistohl 4-8, Krumenlohl, hiesiger 100 Stück 8-14, do. Hamburger 100 Stück 0,00, do. Ortarter 100 Stück 10-20, Kohlraben, Schod 4,00-6,00, Veteerillenwurzel, Schodfand 4,00-5,00, Schoten pr. 100 Pfd. 8-16, Pfefferlinge pr. 100 Pfd. 5-12, Steinpilze pr. 100 Pfd. 30-40, Rabieschen pr. Schodfand 0,75 bis 1,00, Salat pr. Schod 2,00-2,50, Gurken, Einmache, Schod 14,00, do. hiesige Schod 0,00, do. Leiniger Schod 4,00-4,50, Bohnen, grüne, 100 Pfd. 6-12, Wachsbohnen, pr. 100 Pfd. 10-25, Stachelbeeren, pr. 100 Pfd. 5-10, Blaubeeren, pr. 100 Pfd. 12-18, Johannisbeeren, pr. 100 Pfd. 7-14, Preiselbeeren pr. 100 Pfd. 14-22, Kirchen, pr. 100 Pfd. Berberische 0,00, Säckliche 0,00, Schälische 0,00, Ratten 25-30, lauzer 14-20, Birnen, ital., 100 Pfd. 11-35, Roststaller 0,00, hiesige 8-16, Weisse, hies. pr. 100 Pfd. 10-30, do. ital. in Kisten zu 12 Stück 0,90-1,50, do. in Kisten Ia pr. 100 Pfd. 27-35, do. IIa in Kisten pr. 100 Pfd. 17-28, Weisse, ital., pr. 100 Pfd. 0,00, franz. 20-25, Weisse, italienische, pr. 100 Pfd. 8-18, ung. 13-21, hiesige 8-10, Cravensteiner Ia 38-45, do. IIa 35,50-40, Pfäunen, ital., pr. 100 Pfd. 10-22, Heineclanden 20-25, hiesige 10-15, ung. 7-13, Weintruben, Ungar., pr. 100 Pfd. 30-35, italien. 28-30, Ananas I, pr. 100 Pfd. 1-1,20, do. II 0,00, Zitronen, Weisse, 300 Stück 10,00-20,00, do. 300 Stück 9,00-21,00, do. 200 Stück 6,00-12,00, do. 150 Stück 5,00 bis 8,00, Bananen, gelb, pr. 100 Pfd. 18,00-20,00, grün 0,00, Melonen, pr. 100 Pfd. ital. 12-20, franz. 35-50, holl. 25-30.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerbau, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		am		
	13. 8.	12. 8.	13. 8.	12. 8.	
Remel, Mühl	222	+ 7	Gabel, Spandau	318	- 3
Bregel, Unterburg	144	+ 6	Waldenow	142	0
Böschel, Horn	110	- 6	Spree, Spremberg	94	- 2
Ober, Kallbor	116	- 5	Breslow	210	0
Groschen	120	- 5	Bejer, Müden	-100	- 3
Graunfurt	126	- 2	Müden	-21	- 3
Barthe, Schrimm	60	- 6	Rhein, Waldhuf	-	-
Kandberg	60	- 7	Raub	214	- 8
Rehe, Nordamm	20	- 1	Rain	199	- 3
Elde, Reitmig	-43	0	Redar, Hellbrom	25	-15
Berby	99	+ 6	Rain, Weichheim	-	-
Magdeburg	113	- 6	Posel, Kric	-	-
Saale, Grotzsch	78	-10			

) + bedeutet Hoch, - Fall, -) Unterpegel.

Par den Inhalt der Interate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater) Moritz-Cor. Donnerstag, abends 8 Uhr: Gulliver's Reisen: Zum letzten Male: Die lustigen Weiber von Windsor. Freitag, abends 8 Uhr: Gulliver's Reisen: Der Weg zur Hölle. **Schiller-Theater N.** Friedrich-Wilhelms-Theater. Abends 8 Uhr: Der Weg zur Hölle. **Lustspielhaus.** Täglich 8 Uhr: Sufarenjieber. **Zentral-Theater.** Täglich 8 Uhr: Eingebud einer Verlorenen. **Residenz-Theater.** 8 Uhr: Richtung: Richard Alexander. Freitag, 16. August: Eröffnungsvorstellung. Haben Sie nichts zu verzollen? Schwan in 3 Akten von Maurice Desmagny und Pierre Weber. **Metropol-Theater.** Anfang 8 Uhr. Der Teufel lacht dazu. Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Fround. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz. Hagen überall gestattet.

Ferdinand Bonn

Berliner Theater. Donnerstag, 14. Aug., abends 8 Uhr: Die tanzenden Männchen. Freitag und folgende Tage: Die tanzenden Männchen. **Kleines Theater.** Anfang 8 Uhr. Vater und Sohn. Morgen und folgende Tage: Vater und Sohn. **Theater des Westens.** Abends 8 Uhr: Die lustige Witwe. Operette in 3 Akten v. Franz Schönd

Schiller-Theater O.

Freie Volksbühne. Sonntag, den 1. September, nachm. 3 Uhr: Neues Schauspielhaus. 1. Abteilung. **Fuhrmann Henschel.** Schauspiel in 5 Aufzügen von Gerhart Hauptmann. Künstlerische Leitung: Alfred Halm. **Berliner Theater.** 19. 20. Abteilung. **Freiwild.** Schauspiel in 3 Akten von Arthur Schnitzler. Künstlerische Leitung: Adolf Steinert. **Heft 1 und 2** der Monatschrift „Freie Volksbühne“ liegen von der letzten Augustwoche in allen Zahlstellen aus. **Die neuen Mitgliedskarten** müssen bis spätestens zum 20. August aus den Zahlstellen abgeholt werden. **Umschreibungen** in eine andere Zahlstelle können nur noch im August vorgenommen werden. **Der Vorstand.** In Vertr.: G. Winkler.

Diez' Spezialitäten - Theater.

Arnold Scholz. **Neue Welt.** Hasenheide 108/114. Donnerstag, den 15. August cr.: Elite-Tag. **Großes Doppel-Konzert** Spezialitäten-Vorstellung. Erstklassiges Programm. Im kleinen Saale: **Tanz-Reunion.** **Gr. Brilliant-Feuerwerk** des Pyrotechnikers Adolf Bock. **Braten eines ganz. Ochsen** auf dem Riesen-Bratapparat. Ansfahrt 6 1/2 Uhr. Vorfon 80 Pf. **Anfang 5 Uhr.** (Entree zum Konzertgarten 10 Pf. Entree zum Theatergarten 50 Pf.)

Urania.

Wissenschaftliches Theater. Abends 8 Uhr: Von der Zugspitze zum Watzmann. Invaldenstr. 57-62: Sternwarte. Täglich geöffnet von 7^{1/2}-11 U. abds. **ZOOLOGISCHER ZGARTEN.** Täglich ab nachm. 5 Uhr: Großes Militär-Doppel-Konzert. Eintritt 1 Mk., von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Apollo Theater.

Ab 8 Uhr: Das kolossale Spezialitäten-Programm mit Gumpst-Bumst, Pipstak und Pauls, Exzentriker, Kad. Hifosy von Kaulbach, Judische Tänze. 10 Uhr: Stürmliches, ununterbrochenes Lachen über **Hartstein** als Oerdorischer Lehmann in seiner Burleske „Der Hochzeitsgast“. **Volksgarten-Theater.** Bad-Behmstraße - Bahnhof Gesundbrunnen - Bollermannstraße. **Großstadtzauber.** Original-Aufführung - Operetten-Burleske in 2 Akten von G. Weide. Musik von Alfred Sommerfeld. **Riesen - Spezialitäten - Programm.** Volksbelustigungen. **Fröbels Allerlei-Theater.** Schön. Allee 148, Kastran-Allee 97/99. Helles Volkstheater Berlin. Heute, sowie täglich: **Der Riesen.** August-Spielplan mit der Raciagruppe in ihrer **Todesfahrt im Höllenkeffel** und Rahnfahrtsfahrten um 1000 ZR. Um **Paulas Weichte.** Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf. Am 16. Aug.: Konfuzens-Race-Racing. Am 22. August: Benefiz-Hurst.

Gebr. Herrfeld-Theater.

57 Kommandantenstraße Nr. 57. Anfang 8 Uhr. Vöfelvorverkauf 11-2 Uhr. **Täglich: Die Novität Madame Wig-Way.** Operetten-Burleske von Anton u. Donat Herrfeld. Musik v. E. Graf. Dazu die Separée-Müdre **Es lebe das Nachleben!** mit den Autoren Anton u. Donat Herrfeld in den Hauptrollen.

WINTER GARTEN

Eröffnungsvorstellung: Sonnabend, 17. August. Die Theaterkasse ist bereits geöffnet! **Brunnen-Theater.** Badstraße 58. Direkt: Bornh. Ross. Quelle: **Großer Elite-Tag!** 9 1/2 Uhr. **Der Seekadett.** Das erstklass. Spezialitäten-Prgr. P. Vendaro. Heitzel-Luri-Trio. Jack-Theo-Trio. Gebr. Damm. **Paul Coradini.** Kassenöffnung 2 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr. Mittwoch, 21. August: Benefiz für Käthe Wille-Bach. **Prater-Theater.** Kastanien-Allee 7/9. **Flotte Weiber.** Spezialitäten 1. Ranges. Aufzügen der Löwenbrant Tilly Böhme mit ihren drei Bräutern. **Konzert und Ball.** Anfang 4 1/2 Uhr.

Arnold Scholz. **Neue Welt.** Hasenheide 108/114. Donnerstag, den 15. August cr.: Elite-Tag. **Großes Doppel-Konzert** Spezialitäten-Vorstellung. Erstklassiges Programm. Im kleinen Saale: **Tanz-Reunion.** **Gr. Brilliant-Feuerwerk** des Pyrotechnikers Adolf Bock. **Braten eines ganz. Ochsen** auf dem Riesen-Bratapparat. Ansfahrt 6 1/2 Uhr. Vorfon 80 Pf. **Anfang 5 Uhr.** (Entree zum Konzertgarten 10 Pf. Entree zum Theatergarten 50 Pf.)

W. Noacks Theater
 Direktion: Rob. Hill. Brunnstr. 16.
 Große Extra-Vorstellung!
 Nur einmalige Aufführung! 8 Uhr:
Ein treues Menschenherz.
 Vor und nachher: Spezialitäten.
 Anf. 6 Uhr. Kaffeezeit 3 Uhr.
 Bei schlechtem Wetter: Vorst. im Saal.

Reichshallen-Theater.
 Täglich:
Stettiner Sänger.
 Anfang
 Hochentags
 8 Uhr.
 Sonntags
 7 Uhr.
 Reichshallen
 Garten
 u. Ros.: Gr. Militär-Konzert.

Sanssouci, Kottbusser
 Straße 6.
 Direktion Wilhelm Reimer.
 Bei günstiger Bitterung
 auf der Gartenbühne.
 Heute, sowie jeden
 Sonntag und Montag:
Hoffmanns Nordd. Sänger
 u. **Tanzkränzchen.**
 Gr. Heiterkeitserfolg!
Die lustige Witwe.
 Posse in 1 Akt.
 Sonntags Beginn 5, wochentags 8 Uhr.
 A. Vorbereitung: in der Damuka. Ros.

Max Kliems
Sommer-Theater
 Gassenheide 13/15.
 Artistische Leitung: Paul Mühlitz.
 Täglich: Gr. Konzert, Theater
 u. Spezialitäten-Vorstellung.
 Jeden Montag: Sommerfest.
 Jeden Mittwoch:
 Die beliebtesten Kinderfeste.
 Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
 Die Kaffeetische sind täglich von
 2 Uhr ab geöffnet.

Jedes Jenensia-Rad
 ein Meisterwerk deutscher Technik.
 — Teilzahlung! — Zwei Jahre Garantie!
 Sozial-Räder ab 60.—, Sozial-Luxus- mit Freilauf ab 95.—
 Gebrauchte Räder billig! — Fahrradzubehör billig!
 Bitte genau auf Hausnummer „23“ zu achten!
23, R. Groskurth, Berlin C., Münzstr. 23.

Singer Nähmaschinen.
 Einfache Handhabung! 53532*
 Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung!
 Weltausstellung Paris 1900: **Grand Prix** Weltausstellung
 St. Louis 1904.
 Unentgeltlicher Unterricht, auch in moderner
 Kunstnäherie.
 Elektromotoren für Nähmaschinenbetrieb.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
 Berlin W., Leipzigerstr. 92. Filialen in allen Stadtteilen.

Ungeheures Aufsehen
 in Finanz- und Handelskreisen macht die Broschüre
 Proestler, sowie die Flugblätter: „Aufruf an die
 deutsche Handelswelt“ und „Energisches Eingreifen
 des Handels oder Revolution!“
 Das Wirtschaftsbild der Gegenwart und der Zukunft
 ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen (Kommissionär: Otto Weber,
 Leipzig). Broschüre A, vollständige Ausgabe, Mk. 2.— Teil- und Volks-
 ausgabe, 60 Pfg. Gegen Einsendung von Mk. 2.10, bzw. 65 Pfg. für das
 Inland, Mk. 2.20 bzw. 70 Pfg. (für das Ausland, werden die Broschüren
 portofrei vom Verfasser Kaufmann Michael Proestler in Würzburg ver-
 sandt, wenn in Buchhandlungen nicht erhältlich.
 Man verlange ebendasselbe Flugchriften und Prospekte.

Nur für Herren
 welche Wert auf elegante Garderoben legen, bietet
 sich Gelegenheit, sich in dem Kaufhaus für Monats-
 garderoben, Große Frankfurterstraße 93 (zwischen
 Markus- und Krautstraße), mit gedruckter
 moderner Kleidung zu versehen.
 Wir beziehen unsere Anzüge, Paletots usw.
 teils aus ersten Abonnementhäusern, teils von
 Herrschaften, Doktoren, Kavallieren usw., die nur
 bei ersten Schneidern arbeiten lassen.
 Es bieten sich daher für jedermann ganz
 enorme Vorteile, da sich unsere Garderoben der
 meist sehr mangelhaft angefertigten Konfektions-
 ware gegenüber durch besonders gute Verarbeitung
 (vielfach auf Seide) und tadellosen Sitz auszeichnen.
 Wir empfehlen gereinigte, reinwollene
 3 Monat getragene 2 Monat getragene 1 Monat getragene
Maß-Anzüge 8 M. 12 M. 16 M.
Maß-Paletots 6 M. 10 M. 14 M.
Kaufhaus für Monatsgarderoben
Große Frankfurterstraße 93
 zwischen Markus- und Krautstraße.
 Frack und Gesellschaftsanzüge werden zu billigen Preisen
 vermietet.

Passage-Theater.
 Jeden Abend 8 Uhr:
 Der große Verwandlungskünstler
Arturo Bernardi
 ! und das neue
 großartig!
August-Programm.
 14 Attraktionen 14.

**Walhalla-
 Varieté-Garten**
 Weinbergsweg 19/20, Rosenbl. Lor.
 Neue Spezialitäten.
Dressierte Bären.
 Anf.: Konzert 8; Vorstellung 7 Uhr.
 Bei ungünstigem Wetter
 Vorstellung im Theater 8 Uhr.

**Braatz' Amerikanischer
 Affen-Zirkus**
 a la Brockmann.
 Am Prenzlauer Tor.
 Täglich: Gr. Vorstellung 8 1/2 Uhr.
 Außerdem Sonntags, Feiertags, Mitt-
 wochs u. Sonnabends nachm. 4 Uhr:
 Extra-Kinder- u. Familien-Vorstellung.

CIRCUS
NORTON B. SMITH
 Berlin, Memelerstr. Tel. VII. 1619
 Donnerstagabend 8 Uhr:
Große Brillant-Vorstellung.
 Freitagabend 8 Uhr:
Große Parforce-Vorstellung.

Zentralverband der Maurer Deutschlands
 Zweigverein Berlin. — Sektion der Gips- u. Zementbranche.
 Freitag, 16. August, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, gr. Saal:
General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Stellungnahme zu den Zerplitterungsbefrebungen in unserer Sektion. 2. Bericht
 der Delegierten zur Berliner Gewerkschaftskommission und Neuwahl derselben. 3. Verschiedenes.
 142/13*
 Mitgliedsbuch legitimiert. — Ohne dasselbe kein Zutritt.
 Zahlreichen Besuch erwartet.
 NB. Am Donnerstag, 15. August, findet über Berlin und Umgegend eine Bausenkontrollen statt
 und eruchen wir hierdurch alle Kollegen, den Kontrolluren alle Fragen genau zu beantworten.
Der Sektionsvorstand.

Holzbildhauer!
 Montag, den 19. August, abends 8 Uhr:
Oeffentl. Versammlung
 in der Königsbau, Große Frankfurterstr. 119.
 Pflicht aller Kollegen, auch der Unorganisierten, ist es, zu erscheinen.
 Die Agitationskommission.

**Schöneberg Sozialdemokratischer
 Wahlverein.**
 Freitag, den 16. August 1907, abends 8 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
 in Grosses Festfale, Weiningerstr. 8.
 Tagesordnung:
Beratung der Anträge zum Parteitag. Verschiedenes.
Der Vorstand.
 Am Freitag, abends 7 Uhr, findet von den bekannten Lokalen aus eine Flugblattverteilung statt.
 Die Genossen werden ersucht, zahlreich anzutreten.
 D. O.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:
 Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1967.

Heute Donnerstag, den 15. August, abends 8 1/2 Uhr:
Oeffentliche Versammlung
 der
Elektromonteuere u. Hülfsmonteuere
 in den Musikerkälen, Kaiser Wilhelmstr. 18m.
 Tages-Ordnung:
 1. Die gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse
 der Elektromonteuere und deren notwendige Ver-
 besserung. Referent: Kollege Sandte. 2. Diskussion.
 Zahlreichen Besuch erwartet
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Zahlstelle Berlin.
 Donnerstag, den 15. August, abends präz. 8 Uhr, in Frankes
 Festfale, Sebastianstr. 39:
Versammlung
 aller in Möbelgeschäften beschäftigten Tischler, Beizer,
 Polierer und Hülfsarbeiter.
 Tages-Ordnung:
 1. Wie können die Kollegen in den Möbelgeschäften ihre Lage ver-
 bessern? 2. Welcher Organisation haben sich die Kollegen in den Möbel-
 geschäften anzuschließen. 3. Diskussion und Verschiedenes.
 92/15*
Die Kommission.

Verein für die Interessen der Hausangestellten.
 Heute Donnerstag, den 15. August, abends 8 1/2 Uhr,
 in Friedenau, „Rheinschloß“, Rheinstr. 60:
Oeffentliche Versammlung.
 Thema: 1. „Dienstboten stellt Forderungen“. 2. Diskussion.
 Referent: Herr Redakteur Däwoll.
 22765
 Dienstmädchen, Reinemachfrauen usw. sind hierzu eingeladen.
Die Einberaferin.
 Anlässlich des bevorstehenden Internationalen Kongresses in
 Stuttgart empfehlen wir das Studium der
Protokolle
 der
Internationalen Arbeiter-Kongresse.

Paris 1889. Mit einem Vorwort von B. Liebknecht.
 Berichte der Delegierten der einzelnen Länder;
 Abschaffung der stehenden Heere; Kaiser.
 R. — 25
London 1896. Politische Aktion; wirtschaftliche Aktion; Er-
 zählung und körperliche Entwicklung. R. — 20
Paris 1900. Der Kampf um das allgemeine Wahlrecht; die
 Eroberung der politischen Macht; Kolonial-
 politik; der Sozialismus in den Gemeinden.
 R. — 20
Amsterdam 1904. Kolonialpolitik; Generalstreik; Sozialpolitik und
 Arbeiterversicherung; Trübs und Arbeitslosigkeit.
 R. — 40
 Zu beziehen durch alle Parteipublikationen, Parteibuchhandlungen
 und von allen Kolporteurs, sowie durch die
Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW.,
 Lindenstraße 69, Laden. 235/10*

Am Dienstag, den 13. August,
 nach schwerem Leiden unter
 lieber Kollege, der Ehegattin
Hermann Hannig
 im 88. Lebensjahre. 22865
 Ein treues Gedenken werden
 ihm bewahrt
Die Kollegen
der Nordd. Buchdruckerei.
 Die Beerdigung findet statt am
 Sonnabend, den 17. d. Mts.,
 nachm. 5 1/2 Uhr, auf dem alten
 Salobi-Friedhof am Hermannplatz.

**Zentral-Verband
 der Zimmerer Deutschlands.**
 Zahlstelle Berlin u. Umgegend.
 (Bezirk 10.)
 Allen Kameraden hiermit zur
 Nachricht, daß unser Mitglied
Friedrich Schmidt
 am 13. d. M. verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Freitagnachmittag 4 Uhr von der
 Leichenhalle des Dorfkirchhofes
 in Reinickendorf, Plankestraße,
 aus statt.
 Um rege Beteiligung bitte!
Der Vorstand.

**Verband der Lithographen, Stein-
 drucker und verwandten Berufe.**
Todes-Anzeige.
 Am 12. August verstarb unser
 Mitglied und Kollege, der
 Lithograph
Georg Büntzow
 im Alter von 33 Jahren an der
 Lungenschwindsucht.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute
 Donnerstag, den 15. August, nach-
 mittags 5 Uhr, von der Kapelle
 des neuen Gemeindefriedhofes in
 Rixdorf, Mariendorfer Weg, aus
 statt. 22877
Die Verwaltung der Filiale III.

**Invaliden - Unterstützungs-kasse
 d. Stein-drucker u. Lithographen.**
 Die Beerdigung des am 12. August
 verstorbenen Lithographen
Georg Büntzow
 findet am Donnerstag, den
 15. August, nachmittags 5 Uhr,
 von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes
 Rixdorf, Mariendorfer Weg, aus statt. 22875
Das Komitee.

Dienstag, den 13. d. M., abends
 9 1/2 Uhr, verschied nach langem,
 schwerem Leiden mein innigst-
 geliebter Mann, unser herzens-
 guter Vater, Schwieger-Vater,
 Schwager und Onkel, der Kauf-
 mann und Gastwirt
Max Queißer
 im Alter von 44 Jahren.
 Dies geht im tiefsten Schmerz an
Anna Queißer geb. Weinert
 nebst Kindern.
 Die Beerdigung findet Freitag,
 den 16. d. M., nachmittags
 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des
 St. Georgen-Kirchhofes, Lands-
 burger Allee, aus statt. 22835

Orchester-Verein „Allegro“.
 Wir erklären hiermit die traurige
 Pflicht, allen Freunden und Be-
 zugsnehmern anzuzeigen, daß unser
 lieber Vereinskollege, der Gastwirt
Oskar Ulfert
 am 11. August gestorben ist.
 Wir verlieren in dem Dahin-
 geschiedenen einen unvergeßlichen
 Freund, welcher stets in hervor-
 ragendster Weise und mit nach-
 ahmenswertem Fleiß zum Wohle
 unseres Vereins gearbeitet hat.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet Donner-
 stags, nachm. 5 Uhr, von der Halle
 des Rulsen-Kirchhofes, Rixdorf,
 Hermannstraße, aus statt.
 22785
Der Vorstand.

**Verband d. baugewerblichen
 Hülfсарbeiter Deutschlands.**
 Zweigverein Berlin u. Umgegend.
 Bezirk Südost.
Todes-Anzeige.
 Den Mitgliefern zur Kenntnis,
 daß unser Kollege 47/4
Johann Rettig
 am 13. d. Mts. verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Freitag, den 16. d. Mts., nach-
 mittags 3 Uhr, auf dem Dreifaltig-
 keits-Kirchhof in Rixdorf statt.
Der Zweigvereins-Vorstand.

Sozialdemokratische Landeskonferenz für Sachsen.

Dresden, den 13. August.

Zweiter Verhandlungstag.

Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission sind 60 Delegierte anwesend, ferner Genosse Kollentubitz als Vertreter des Parteivorstandes, Genosse Bruns-Berlin als Vertreter der Buchhandlung Vorwärts sowie 6 sächsische Reichstagsabgeordnete.

Ueber

die Reichstagswahlen

referiert Geyer: Die Reichstagswahlen sind und nicht nach Wunsch ausgefallen. Unsere Gegner jubelten über den Mandatsverlust. Indes da das Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmzahlen um ein Mehr von 1/4 Million bekannt wurde, jubelten die Gegner nicht mehr. Als aber die Revisionisten über den Wahlausfall Kritik anlegten, besonders Genosse Bernstein, da hatten unsere Gegner wieder ihre Schadenfreude. Bernstein war zu lange im Exil, um die deutschen Partei- und politischen Verhältnisse richtig zu sehen. Dieser Kritik an der Partei — wie auch der von David auf der heftigsten Landeskonferenz — muß entgegengetreten werden. Er meint, die dogmatisch prinzipielle Opposition, der Parteitag in Dresden und der Mangel eines Agrarprogramms haben jenes Wahlergebnis gebracht, und die Berengungspolitik, die die Mitläufer abspitzt. Der Wahlausfall hat aber gezeigt, daß nichts verfehlt gewesen wäre, als eine Annäherungspolitik an die bürgerlichen Parteien. Allerdings haben wir uns in einem Punkte geirrt. Neue Agitation der Gegner, eine solche Wahlbeeinflussung durch die amtlichen Organe, haben wir noch nicht gehabt. Selbst die Regierung hat ja Geldmittel zur Verfügung gestellt. Das alles und die Verleumdungskampagne gemeiner Art gegen uns, hatten wir allerdings nicht erwartet. Noch 14 Tage vor den Wahlen war in unseren Reihen eine große Siegeszuversicht. Wenn es richtig ist, wie die Gegner sagen, daß wir eine halbe Million von Mitläufern verloren, gleichzeitig aber 1/4 Million Stimmen neu gewonnen haben, dann haben wir 1/4 Millionen sozialdemokratische Wähler hinzugewonnen. Wir in Sachsen hatten noch niemals wie diesmal einen so geschlossenen und kämpfenden Gegner. Noch 1903 stimmten bei den Stichwahlen in einzelnen Kreisen die Freisinnigen für uns. Gegen diese Veröffentlichungen sie Flugblätter, die zur Wahl Kottelers in Leipzig-Stadt aufforderten. Diesmal aber haben sie für die verböhrteten Reaktionäre gestimmt. Gerade in Sachsen haben unsere Gegner am wildesten gearbeitet, galt es doch, das rote Sachsen wieder von den roten zu säubern. Die studentische Knüppelgarde hat wie die Sparische Knüppelgarde bei den Schwindelwahlen von 1887 operiert. Damals sagte ich den Genossen: Wenn euch die Knüppelgarde angreift, dann übt Selbsthilfe. Diesmal ist von den Gegnern in derselben Weise gegen uns gehandelt worden. Das darf nicht wieder vorkommen. Wegen dieser Vergewaltigungen gilt wieder wie 1887 die Selbsthilfe. Das lassen wir uns als größte Partei nicht mehr bieten. Wir werden dafür sorgen, daß ihnen diese Sorte von Wahlagitation vergeht. Unsere Partei hat in Sachsen 100 000 Stimmen im Jahre 1903 gewonnen. Diesmal aber die Gegner. Wir haben 1907 20 000 Wähler eingebüßt. Diese Scharte werden wir gewiß wieder ausheilen. Und so wie jetzt schon, 1/2 Jahr nach den Totentotenwahlen, die Situation liegt, haben wir allen Grund zu dieser Zuversicht. Gewaltig aber ist unsere Arbeit für die Zukunft. Unser A und O wird sein: Organisation und Agitation. Für uns ist die Aufklärung der Indifferenten am schwersten. Wir müssen ja auflösen, was die Bourgeoisie den Massen vorgeschwindelt hat. Dabei gilt es programmatisch vorgehen. Aber keine Anlehnung an die bürgerlichen Parteien, wie sie Bernstein und David wollen. Nur im Sinne der durch Sinner gegebenen Erklärung des Parteivorstandes kann von einer Unterstützung bürgerlicher Parteien die Rede sein. Daß wir dazu in Sachsen nicht kommen werden, dafür sorgt die schmählische politische Haltung unserer Gegner. Wenn wir die Landtagswahlen im Herbst ausmühen, dann wird es eine Vorprobe guter Art für die nächsten Reichstagswahlen sein.

In der Diskussion führt Kollentubitz aus: Es lohnt sich zu prüfen, welche der Kritiken über den Wahlausfall richtig ist. Eine Kritik, die vor den Wahlen geschrieben worden war, ist zutreffend. Und zwar die Ausführungen des Parteivorstandes in dem Berichte an den Parteitag in Mannheim: über die bevorstehende Wahl in Hagen, worin auf die Notwendigkeit gut funktionierender Wahlorganisationen hingewiesen wurde. Da wurde vorausgesetzt — als Schlussfolgerung aus unseren Wahlerfolgen von 1906 —, daß immer mehr die Gegner sich zusammenschließen werden. Wie sieht das Wahlbild aus? Verloren haben wir in Ost-, Westpreußen, Posen, Schlesien, Sachsen, Mecklenburg und Schleswig-Holstein. Aber auch darin liegen Kreise mit Stimmenzuwachs. Aber es sind zwei geographisch geschlossene Gebiete. 1903 gab Anlaß zu besonderer Unzufriedenheit zum Beispiel die Polenpolitik, wodurch viele Polen und ihre Stimmen gaben. Dann hatten wir die intensive Agitation der Agrarier, des Bundes der Landwirte, die ihren Gegenpol in der Arbeiterschaft finden mußte. Noch 1903 flaute jene Gegenströmung ab. Das zeigten schon die Nachwahlen. In Parteikreisen meint man, daß wir 1903 den größten Zuwachs an Stimmen hatten. Die Periode von 1893—1898 brachte uns pro Jahr 64 372 Stimmen Zuwachs, aber die Periode von 1903—1907 brachte uns pro Jahr 70 000 Stimmen Zuwachs. Auf den Schlepperdienst von 1907 hat aber der Reichsverband kein Patent. Das haben die Gegner auch schon unter dem Sozialistengesetz getan. Auch in Zukunft wird die Wahlbeeinflussung der Gegner steigen. Mag Fürst Bälou sich täuschen über die politische Situation, wie nicht. Wir wissen, daß wir unsere Organisation ausbauen müssen. 1898—1903 hatten wir die Buchhandlung und den Bucherwerb. Wenn wir damals noch manche

Arbeiter nicht gewonnen, dann war es Schuld von uns, daß wir nicht genug organisierten.

Wie wird es in Zukunft mit der Modpolitik stehen? Jene einseitige Schlägruf: Gegen die Sozialdemokratie! Weil sie die rücksichtslose Vertreterin der Arbeiterschaft ist. Und deshalb heißt der Kampf gegen die Sozialdemokratie: Kampf gegen Arbeiterschaft, gegen Arbeiterschul und gegen alle Kulturfortschritte.

Koste-chemisch: Gewiß haben sich die Gegner über den Wahlausfall gefreut. Es steht doch aber fest — darüber waren sich doch die Gegner klar —, daß unsere Erwartungen nicht eingetroffen sind. Am Tage — und sonst auch später — nach der Reichstagsauflösung, da jubelten nicht am meisten die bürgerlichen Parteien, sondern wir, die Sozialdemokraten. Wir meinten, die Kolonialpolitik, die Fleischwertenerpolitik würde uns die Segel schwellen und uns den Sieg bringen. Eine Parteizeitung jubelte am Morgen des Wahltages, daß am Abend unsere Gegner durch die Brust geschossen sein würden. Und am Abend — war der Wahlkreis verloren. Ganz verkehrt ist es, wenn einige Parteizeitungen später meinten, der Arbeiterschaft könnte es gleich sein, ob wir 40 oder 100 Mandate haben. Der Schaden entsteht schon durch die Besetzung in den Kommissionen. Im Jahre 1907 hatten wir soviel Säle, wie noch niemals zuvor, unsere Organisations- und Abonnementziffer war seit 1903 gestiegen. Unsere Gegner haben uns Stimmen in erheblicher Zahl abgenommen. Früher sagten wir, wir sind keine reine Arbeiterpartei, sondern müssen alle jene Schichten zu gewinnen suchen, die nicht am Kapitalismus interessiert sind. Diese Schichten von uns abzustoßen, ist uns gründlich gelungen. Das war es auch, was David durchaus zutreffend auf der heftigsten Landeskonferenz sagte. Jene Schichten müssen wir wieder zu gewinnen suchen. An Organisation, vor allem in der Aufbringung von Geldern waren wir bis 1907 den Gegnern überlegen. Im Jahre 1907 bei der Wahl aber nicht mehr. Trotz allem können wir getrost in die Zukunft sehen, denn das, was die Gegner an Verheißungen im Wahlkampf schwindelten, können und wollen sie nicht erfüllen: 1. weil das Reich im Dalles ist, 2. weil sich die Gegner doch nicht deshalb in die großen Wahllöcher stürzen — besonders die großen Industriellen —, um eine großzügige Sozialpolitik zu treiben.

Müller-chemisch: Wir haben unsere Reichstagsabgeordneten durch Doppelmandate zum Landtag und zum Reichstage zu sehr belastet. Auch der Personenkultus muß aufhören. Wenn ein bekannter Genosse spricht, sind die Versammlungen gut besucht, nicht aber, wenn ein anderer kommt. Die Abstoßung der Mitläufer brauchen wir nicht zu bedauern.

Fleischer-Dresden: Wenn man die „Selbstkritik“ einiger Parteigenossen in wissenschaftlichen Revuen liest, besonders das, was gegen die Genossen mit „dogmatischer Richtung“ geschrieben wurde, dann scheint es, als wenn es Leute gibt, die glauben, daß sie sich keine Reserve aufzuwerfen brauchen. Es wird nötig werden, sich dagegen energisch zu wenden. Wir müssen uns auch klar werden, daß wir in Deutschland die Mittelschichten, die Intellektuellen aus dem Bürgertum, nicht für uns gewinnen können. Je mehr wir wachsen, um so geschlossener wird das Bürgertum gegen die Sozialdemokratie zusammengerückt. Die empfohlene „Anpassungspolitik“ führt dazu, den bürgerlichen Einfluß zu unterdrücken.

Lipinski-Leipzig sagt — unter allgemeiner Zustimmung — die Meinung der Landesversammlung zusammen in den Willen, durch Agitation und Organisation für die nächsten Wahlen Vor- sorge zu treffen.

Ueber:

„Die Wahlrechtsfrage und die nächsten Landtagswahlen“

führt Lipinski-Leipzig aus: Die Denkschrift der Regierung von 1903 beweist, daß im Jahre 1896 bei der Abänderung des Landtagswahlrechtes ein Wahlrechtsraub an der Arbeiterschaft begangen worden ist, daß über 80 Proz. der Landtagswähler keine entsprechende Vertretung im Landtage haben. Alle Wahlrechtsanträge seit 1903 haben das Leitmotiv: die Wirkung des Wahlrechtes abzuweichen, aber kein Wahlrecht zu schaffen, das den Einfluß der Sozialdemokratie im stärkeren Maße zuläßt. Auf welcher Grundlage ruht das Verlangen, dem Volke das allgemeine Wahlrecht zu geben? Der Staat setzt sich aus Individuen zusammen, wovon jedes Individuum Interesse am Gedeihen des Staates habe. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhänge schaffen die verschiedenartige Stellung des Individuums. Ob der eine durch Bildung glänzt oder durch seine Arbeitskraft für das Gedeihen des Staates schafft, ihre Leistung ist für die Gesellschaft gleichwertig. Das Verlangen, die Steuern, den Besitz, den Grundbesitz besonders beim Wahlrecht zu berücksichtigen, ist durchaus unberechtigt. Die Haupteinnahmen des Reiches, der Bundesstaaten werden durch indirekte Steuern — von der Arbeiterschaft ausgebracht. Berücksichtigt man die Steuern der Besitzenden beim Wahlrecht, warum dann nicht auch die von den Nichtbesitzenden ausgebrachten Steuern auf die notwendigen Lebensmittel beim Wahlrecht ebenso einschließen? Die demokratischen Parteien Sachsens forderten ja auch das Wahlrecht auf individueller Grundlage — das allgemeine Wahlrecht. Jenes Wahlrecht, das Sachsens Bevölkerung 1848 ja schon gehabt hat. Kann nun der neue Wahlgesetzentwurf des Grafen Hohenthal der Arbeiterschaft die Vertretung im Landtage bringen, entsprechend ihrer Stellung im Staate? Rein! Denn die vorgeschlagene Wahl eines Teiles der Abgeordneten durch Kommunalwahlen — wobei man bedenken muß, daß auch die Kommunen erheben zur Hälfte von Hausbesitzern besteht sind, zweitens aber auf Grund reaktionärer Gemeindevahlrechte zusammengefaßt werden — bringt alles andere, aber nicht, wie v. Hohenthal in der Begründung zu seinem Entwurfe sagte: ein Spiegelbild der Volkstimmung. Denn auf diese Art wird kein Sozialdemokrat in den Landtag kommen. Um so weniger, als planmäßig die Gemeinden darauf hinarbeiten, der Arbeiterschaft immer mehr die Erwerbung des Wahlrechtes zu erschweren. Die ganze Absicht der Regierung geht darauf hinaus,

ihren reaktionären Einfluß in den Gemeinden noch mehr zu steigern. Hat sie doch, als die Sozialdemokraten in den achtziger Jahren eindringen in die Landgemeinden, im Jahre 1882 ein reaktionäres Gemeindevahlrecht durchgesetzt. Der zweite Vorschlag sieht vor, daß 42 Abgeordnete auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes gewählt werden, daß aber denjenigen, die das „Einkaufsrecht“ besitzen oder über 1600 M. verfügen — eine Doppelstimme gegeben werden solle. Als Demagogie muß man das demokratische Mäntelchen bezeichnen, das durch die Proportionalwahl umgehängt ist. Man schlägt ein Proportionalwahlrecht, aber nur in jedem Kreise — nicht allgemein angewandt — vor. Nur große Stimmzahlen in dem einzelnen Kreise gewähren die Möglichkeit, vielleicht einen Kandidaten durchzubringen. Das wird uns — bei der Stimmenzersplitterung — in der größten Zahl der Kreise nicht gelingen. Das zeigt, daß immer dann die Regierung das Proportionalwahlrecht anwendet, wenn es gegen uns angewandt werden soll. Denn sonst würde sie ganz Sachsen zu einem Wahlkreis machen und nach dem Wahlergebnisse die Mandate entsprechend verteilen. Bei der Agitation werden wir in Sachsen auf uns allein angewiesen sein. Wir haben in Sachsen keine bürgerliche Partei, die das allgemeine Wahlrecht vertritt. Unsere Protestbewegung gegen das jetzige Wahlrecht, für das allgemeine Wahlrecht, muß und wird nicht nur in dem 1/4 der Wahlkreise — die diesmal wählen —, sondern im ganzen Lande einziehen.

Als zweiter Referent dieses Tagesordnungspunktes führte Goldstein, der jetzige einzige sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Sachsens, aus, daß der Kampf im Bürgertum gegen die „Rebenregierung“ in Sachsen sich gegen das Agrarierturnm wendet. Entsprechend seiner Bedeutung dürfte der Konservatismus höchstens 14 Proz. der Landesvertretung haben. In Wirklichkeit hat er aber 87 Proz. Daran aber trägt die Schuld der Liberalismus, der die Sozialdemokratie fortgesetzt bekämpft und die Macht der reaktionären Konservativen gestärkt hat. Das ganze Geschnäbe des Bürgertums gegen den Hohenthal'schen Gesetzentwurf wird am besten beleuchtet dadurch, daß die Industriellen in der konservativen Partei nicht mit den liberalen Industriellen gehen. Der Kampf zwischen Regierung und Konservativen dreht sich darum, daß die Regierung die jetzige feste Zweidrittelmehrheit des Landtags — die eine konservative ist — in eine einfache Mehrheit durch den neuen Entwurf umbilden will. Jener geschlossenen Organisation der Agrarier gegenüber wird auch Hohenthal und der, der nach ihm kommt, nichts ausrichten. Uns will man gnädigst 15 Mandate gewähren, aber das ist der „Rebenregierung“ der Konservativen schon zuviel. Man hofft, daß man noch einmal die Gebuld des sächsischen Volkes wird auf die Probe stellen können. Rein! Das allgemeine Wahlrecht muß zum Schibboleth des sächsischen Volkes werden. Wir lehnen den jetzigen Wahlrechtsentwurf glatt ab.

Die Diskussion ist eine äußerst lebhaft. Genosse Riem vertritt lebhaft den vom Genossen Rißche in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ verfochtenen Standpunkt, bei der Landtagswahl eventuell die Liberalen zu unterstützen. Ihm akkompagniert Koste-chemisch, während besonders Geyer und Sindermann auf die Nützlichkeit der Freisinnigen in der Wahlrechtsfrage und auf die politische Einflußlosigkeit der Liberalen in Sachsen hinweisen. Hierauf wird ein stimmig folgende Resolution zur Wahlrechtsfrage angenommen:

„Die Landesversammlung der sozialdemokratischen Partei Sachsens erklart in dem Wahlrechtsentwurf der Regierung den Versuch, unter Sicherung und Befestigung einer rein konservativen Majorität in der Zweiten Ständekammer die Mehrheit des sächsischen Volkes — die Arbeiterwähler — mit einigen Mandaten abzufinden, um die öffentliche Meinung, die die Einführung des Reichstagswahlrechtes verlangt, abermals zu täuschen. Die Landesversammlung beharrt bei den Beschlüssen früherer Landesversammlungen gegen das Dreiklassenwahlrecht und protestiert gegen den Versuch, durch den sogenannten Wahlreformentwurf der Regierung oder ähnliche Vorschläge bürgerlicher Parteien ein neues Wahlrecht zu schaffen und die Entrechtung der arbeitenden Massen in Sachsen zu verewigen.“

Die Landesversammlung fordert das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle Personen ohne Unterschied des Geschlechts über 21 Jahre für die Wahlen zum sächsischen Landtage, und beschließt, die Agitation zu den diesjährigen Landtagswahlen mit allen Kräften zur Verwirklichung dieser Forderungen zu führen.“

ferner wird beschlossen, das Zentralkomitee in Dresden zu belassen und die nächste Landesversammlung in Plauen abzuhalten.

Agitationsverein für Landtagswahlen. Generalversammlung am Freitag, den 16. d. M., abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 2. Bitte willkommen.

Verband der Freireuegehellen Deutschlands. Zweigverein Nordost. Donnerstag, den 15. d. M., abends 9 1/2 Uhr, bei Schmidt, Berlinerstraße 14: Versammlung.

Witterungsübersicht vom 14. August 1907, morgens 8 Uhr.

Table with 12 columns: Stations, Barometer, Wind, Clouds, Rain, Temp. in C and F, Stations, Barometer, Wind, Clouds, Rain, Temp. in C and F.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 15. August 1907. Temperatur wenig geändert, trübe und regnerisch, später auffarend bei möglichen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

JANDORF'S Woche 95 Wochen dauert nur noch bis Sonnabend den 17. August

Achtung! 4. Wahlkreis Achtung!

Am Sonntag, den 18. August:

Großes Sommerfest

in Menten Volksgarten (Lichtenberg), Röderstraße, und „Elysium“, Landsberger Allee 40.

Eröffnung 2 Uhr.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein

Billet 20 Pf.

Das Komitee.

Die alten Billetts, soweit dieselben noch nicht kopiert sind, behalten ihre Gültigkeit.

6. Wahlkreis (Schönhauser Vorstadt).

Sonnabend, den 17. August 1907,

in den Gesamträumen des Berliner Prater, Kastanien-Allee 7/9:

Sommer-Fest

bestehend in Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Eröffnung 1 Uhr.

Anfang 4 1/2 Uhr.

255/12* Entree im Vorverkauf 25 Pf., an der Kasse 30 Pf.

Im Saale: **Tanz.** Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr an geöffnet.

Kinder-Packelzug.

Jedes Kind erhält einen Bon gratis, wofür eine Stocklaterne verabreicht wird. Zu zahlreichem Besuch ladet ein Das Komitee.

Neubau „Armin-Kallen“, Kommandantenstr. 58/59.

Größe und kleine Säle an Sonnabenden und Sonntagen im Oktober, November, Dezember, Silvester 07 u. Januar, Februar, März 08 frei. 25575* Gebr. Mielitz, Kommandantenstraße 21 II.

Knorr's Hafermehl

Bestes Rohmaterial und sorgfältige Fabrikation bedingend die wertvollen Eigenschaften von Knorr's Hafermehl als leichtverdaulichste, nahrhafte und Durchfall vorbeugende Kindernahrung.

Nähre mit „Knorr“.

Dr. med. C. S. Engel. Wohnung: Friedrichstr. 42. Laboratorium: Friedrichstr. 125.

Hygienische Bedarfsartikel. Neuester Katalog in Kopie! viel Anträge u. Prof. gran. u. H. Unger, Gummiwarenfabrik Berlin NW. Friedrichstraße 91/92.

Mortal Flöhe!

einziges Spezial-Mittel gegen schnell u. sicher wirkend, zerstört radikal den Brutstock im Fußboden, so daß gänzlich keine Brut ausgetilgt wird. Man nehme nur „Mortal“ mit Marke „Tod u. Teufel“ in den Drogerien und bei Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pf. Stellengesuche und Schlußzeilen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (setzgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

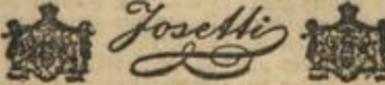
Für die nächste Nummer werden in den Annoncenstellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 3 Uhr angenommen.



Drei Dinge sind nötig zur Herstellung bester Cigaretten:

1. Umfassendes Verständnis der Fabrikation.
2. Allerbeste Rohmaterialien.
3. Technisch vollkommenste Fabrikeinrichtung.

Dafür zu sorgen ist unsere Sache. Eins nur ist nötig zum Einkauf bester Cigaretten: darauf zu achten, dass die Cigaretten die Marke



tragen.

Dafür zu sorgen ist Ihre Sache.

Diese vier Faktoren gewährleisten Ihnen den Einkauf denkbar bester Cigaretten.

Die Marke Josetti ist die Garantie.

Dass wir die besten Cigaretten fabrizieren, können Sie selbst feststellen bei einem Versuch mit irgend einer Sorte deren Vorzüglichkeit durch die Marke Josetti garantiert ist. Josetti Juno 10 St. 20 Pf. Josetti Vera 10 St. 30 Pf.



Neu! Jeden Montag, Mittwoch, Freitag u. Sonnabend: eine Fahrt ins alte romantische Land nach Heideschloß Hohenbünde „Zum Gutenberg“ 100 000 großes Lokal. Schönster Punkt der Obersee, herrlich im Walde gelegen. Abfahrt Berlin von der Halleschen Brücke, Ecke Stralauerbrücke 10 Uhr morgens. Vom Goltz Allee 10 1/2 Uhr. Rückfahrt 7 Uhr abends. Fahrpreis einfache Fahrt 50 Pf., hin und zurück 75 Pf., Kinder 40 Pf. Achtung! Am Sonntag, 18. August, morg. 7 Uhr. nach Tempitz. Reederei L. Kahnt, Stralau-Berlin, Tel. Amt VII 590 u. 12459.

Alle Wanzen

werden nebst Brut durch mein Mittel vollständig vertilgt. — 21. 50 Pf. u. 1.00. — Übers. Schwaben, Russen, Franzosen, Blattläuse usw. Schachtel 30 Pf. 00 Pf. u. 1.00. 25522*

1000 Mark Belohnung

zahlt demjenigen, der mir einen Richterfolg nachweist. Nur allein echt bei Hugo Barth, Drogerie, jetzt Brunnenstr. 14, früher Nr. 81.

Achtung! Vereine, Gewerkschaften, Klubs! Den Parteigenossen des Wedding zur Nachricht, daß ich zwei Vereinszimmer, 20 und 30 Personen, bestehend aus für Zahlstellen, zu vergeben habe. Ergebenst C. Röhmisch, „Zur Neuen Voltbadeanstalt“, Gerichtstr. 71.

Verkäufe.

Teppiche mit Farbenlehren Fabrik- Niederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre kein Laden. Manierhof. 41 Steppdecken billig! Großes Frankfurterstraße 9, parterre. 41 Werdinerhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. Kein Laden. Wauerhof. 14 Fahrräder, Teilzahlungen. In- dendenstraße 20, Stalitzerstraße 40. * Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 45.00. Holz Blumen- straße 36 B. 25156* Teppiche! (Stelcher) in allen Größen für die Halle des Hauses im Teppichlager Brunn, Odeischer Markt 4, Salshof Börse. 25117* Wandteppichhaus! Vermählungs- teppich, Extrablätter Bettdecken, Brautbetten, Aussteuerwände, Bett- stühle, Bettmattensätze, Bettdecken, Leinwand, Wandteppich, Gardinen- verkauf, Teppichverkauf, Steppdecken- verkauf, Tischdecken, Goldschalen, Schmuckkästen, Jagdgeschosse, Uhren- verkauf, Jackentanz, Gebirgsjäger, Sommerpaletots, Nähmaschinen. * Möbelteppicherei liefert gediegen. Wohnsitzrichtungen äußerst billig. Bunte Rahmen. Auch Matenanzahlung. Kein Laden. Garnad, Tischlermeister, Dresdenerstraße 124, nahe Rotzbufer Tor. Genossen erhalten 3 Prozent. * Restaurant zu verkaufen, täglich 200 Mark Kasse, Rixdorf, Omler- straße 119. 25114* Steppdecken. Großer Räumungs- ausverkauf, Stuhldecke 4.75, Post- atlas 5.85. Spezialhaus, Dresdener- straße 8. 25159* Kanarienvogel, flott singend, Papageier singend, sprechend. Restau- rant Kommandantenstraße 62. 25518*

Möbelfabrik, Oranienstraße 59 direkt Wartyplatz. In meinen fünf Etagen stehen komplette Wohnungs- einrichtungen in jeder Preislage vom Einfaßten bis zum Eleganteren. Besonders Gelegenheit bietet ich in verlebten gewesenen, fast neuen Möbeln, die bedeutend herabgesetzt sind. Beschäftigung erbeten, ohne Kauf- zwang. Auffallend billig verkaufe ich neue Spiegel, Schränke, Stühle, Sofas, Sessel, Tischlampen, Kleider- schränke, Kommoden, Kassetten, Bilderrahmen, etc. * Kinderwagen, Kinderbetten, Sportwagen, gebrauchte, zurückgelagerte, spottbillig. Sommer, Bienerstraße 51. * Wandtafel! stattgefunden. * Kinderwagen, Kinderbetten, Sportwagen, gebrauchte, zurückgelagerte, spottbillig. Schneider, Kuzjar- straße 172. 25179* * Tischdecken, volle Bettgröße 2.50, in Gebälk 0.35, 2.50, 1.85, Gebälk 4.35. Teppichhaus, Emil Lebere, Oranienstraße 158. * 2 Aquarien mit Fischen und Luft- pumpen zu verkaufen, Hoffmann, Gubenstraße 25, vorn III. 431

Zhanggeschäft, Fabrik, billig verlässlich, passend für Parteigenossen, Heidenstraße 21. 25915 * 5 Kilo besten Holländer Kaffee nur 2.90 gegen Kaffee. Seeligs Kaffeeverwand, Göttröm. 25955* * Restaurant, großes Fabrikgebäude, wegen Krankheit billig zu verkaufen. F. B., Weihenfer, Postamt I. 25134

Verschiedenes. * Buchhandlung Bornhörs, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, laut zurück: Neue Zeit, alle Jahrgänge auch in- komplett. Statistisches Jahrbuch fürs Deutsche Reich 1905, 1906. Sombart, Sozialismus und soziale Bewegung. Brunn, Die deutsche Gewerk- schaft. Berliner Arbeiterbildungs- Verein. Berlin. 25419* * Leiwandowitsch-Sänger-Gesellschaft, Oldenburgerstraße 23. 475* * Versteigerung der Bücher des Vater- lands. 25419*

Vermietungen. * Wohnungen. * Vorderhaus 2 Zimmer, Küche, Balkon, Zubehör, Hochhäuserstraße 4, Wedding. 25144 * Zimmer. * Balkonzimmer (Wohnung), herrliche Aussicht, Baumgartenweg, Trojanstraße 6 II, Bahndorf. 18945 * Sofort. Möbliertes Vorderzimmer, 1 oder 2, vermietet billig. Lützen- Ufer 36 III rechts (Oranienplatz). * Schlafstellen. * Separate Schlafstelle, Herrn. Bremer, Eisenbahnstraße 31, vorn IV. * Schlafstelle, Herrn. vermietet so- fort. Große Frankfurterstraße 74, Hof III. 22905

Arbeitsmarkt. * Stellengesuche. * Blinder Stuhlrechter bietet am Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. H. Götter, Pulver- straße 27. 14055

Stellenangebote. * Verkäufer oder Korarbeiter für eine Kunst- und Bauhölzerei ge- sucht. Derselbe muß kalkulieren und keine Zeichnungen anfertigen können. Offerten unter P. 1 an die Expedition dieser Zeitung. 25585

Automobilfahrer! Vorzüglichste theoretische und praktische Ausbildung zum Chauffeur unter Ingenieur- leitung. Verhältnisse mit elektrischer Kraft. Größter Stellennachweis gratis. Autotechnikum Berlin, Wilmersdorf, Hildesgardstraße 13. Bedeutsamste Lehranstalt Deutschlands. Von Be- hörden beantragt. 25105*

Chauffeurschule „Am Wedding“, nur Gerichtstraße 17, größte, be- deutendste, nimmt kein Lehrlinge an. Theoretische und praktische Ausbildung zum Chauffeur unter Ingenieur- leitung. Verhältnisse mit elektrischer Kraft. Kostenlos Vermittlung dop- pelgültiger Stellen. 25418*

Stellung als Chauffeur erhalten. Heven jeden Standes nach kurzer Lehrzeit kostenlos. Automobilfahrer- Lehrinstitut Potsdamerstraße 123 a/b. * Stempelabrik Ritterstraße 11 sucht einen branchenkundigen Hilfs- arbeiter. 25105*

Einen tüchtigen Rahmenmacher verlangt P. Klink, Köpenickerstr. 21. 25129

Wasserschloß, selbständige, ver- langt Blume, Charlottenburg, Schiller- straße 97. 25129

Korbmacher verlangt Leinwand, Zeitverstraße. 25245

Tüchtige Kunstschmiede gesucht P. Heinrich, Schönberg, Feuerstraße 54, Anfragen 4-6 nachmittags. 25265

Arbeiterinnen auf Damenpaletots in und auherm Hause, Friedrichs- berg, Schrammstraße 63. 25190

Damenputz. Gedächtnis- räumen sucht sofort Christian Ullrich, Wilmersdorf, Feuerstraße 87. 25417

Junge Mädchen zum Sticken- nagen verlangt Sonnenfeld, Span- dauerstraße 14/15. 25813

Wasserschloß auf Radetzki verlangt Haupt, Kleinsandstraße 16. 25813

Wasserschloß auf Radetzki verlangt Haupt, Kleinsandstraße 16. 25813

Korbmacher auf Roharbeit, hauptsächlich Ge- schloßsche (dammer Drillingförde, 4,00 M. Lohn) gesucht. 25506* Gebr. Wolf, Bernburg.

Lageristinnen mit guter Handschrift zum Auszeichnen von Waren für unter Referenzlager Kundenanträge gesucht. Abenden mittags 1-2 oder abends 8-9 Uhr. A. Jandorf & Co., Beckenhofstraße 12.

Pappen- und Papier- Zuschnelder, gerüst, wird sofort ver- langt. Offerten mit Gehaltsansprüchen unter E. G. 2510 bei Rudolf Mosse, Prinzenstr. 41 abzugeben. 25115

Deutscher Holzarbeiter-Verband. * Zahistelle Berlin. * Wegen Streit und Differenzen sind gebietet: für Tischler Winkler & Nots, Pianer 92 b. * Schachtmeyer in Rixdorf, Maloverstraße. * für Bergolder u. Reitenpollerer die Firma Mackensen, Ritter- straße 47. 25117* * für Bodenleger gepirrt der Bau Schillerstr. 121/122, Firma Mittag. * Bau Rixdorf, 3. Firma Pampian. * Bau der Firma Patsch, Kolen- hauerstraße, Ecke Kuyshäuserstraße. * für Korbmacher Schmidt, Dresdenstr. 82.

Achtung, Korbmacher! Bei der Firma Cohn & Ahlfeld, Bernburg sind Differenzen aus- gebrochen. * Zugversuchen. * Die Ortverwaltung.